

(Beginn: 15:38 Uhr - Ende: 21:30 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 24. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie selbstverständlich alle Mitglieder des Rates.

Zu Beginn der Sitzung möchte ich Herrn Karel Schiele als neues Ratsmitglied einführen. Herr Rouhs hat sein Mandat zum 5. April niedergelegt.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Herr Schiele, ich darf Sie bitten, nach vorn zu kommen. - Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Beifall bei pro Köln - Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist Herr Houben heute entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn van Geffen, Frau Welcker und Frau Lüttig.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet.

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben zum 6. April fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Beitragsfreies Kindergartenjahr“ eingereicht. Inzwischen haben mir die beiden Fraktionen jedoch mitgeteilt, dass sie angesichts der Fülle der Tagesordnungspunkte, die wir heute zu behandeln haben, diesen Antrag zurückziehen.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 5.5, 8.1, 17.4, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8, 17.9, 17.10 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.8.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 6.1.3, 10.1, 10.5, 10.22, 10.27, 23.2 und 24.2.

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.8 und 3.1.13 gemeinsam zu behandeln. Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, dass das so akzeptiert wird.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um zwei Tagesordnungspunkte: Zum einen erwarten wir zu der Vorlage 23.4 im nichtöffentlichen Teil noch eine Stellungnahme der Verwaltung. Diese ist bis heute noch nicht eingetroffen. Darauf will ich schon jetzt aufmerksam machen. Wenn sie nicht mehr im Laufe der Sitzung eingehen sollte, würden wir darum bitten, diesen Tagesordnungspunkt heute zurückzuziehen.

Zum anderen geht es um den Punkt 10.27, Kostenerhöhung bei der Generalsanierung der Feuer- und Rettungswache. Die Beratung in unserer Fraktion hat ergeben, dass hier noch Beratungsbedarf besteht, gerade auch im Vergleich zu einer Vorlage im Finanzausschuss vom Februar. Wir würden die Verwaltung gerne noch einmal in den nächsten Tagen dazu hören. Wenn sich das aufklärt, wird man das wahrscheinlich mit einer DE machen können. Wir bitten daher, diesen Punkt heute nicht zu behandeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Zu Punkt 23.4 der Tagesordnung Herr Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Frank, ich bin darauf eingestellt, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung hierzu eine Auskunft zu erteilen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. Dann bleibt Punkt 23.4 auf der Tagesordnung.

Sind Sie damit einverstanden, dass Punkt 10.27 heute nicht behandelt wird? - Ich sehe, das ist der Fall.

Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Punkt 8.1 sprechen. Diese Vorlage ist erst gestern bei uns eingegangen. Ein Großteil der Fraktion konnte sie deshalb nicht mehr vor der Sitzung lesen. Wir stehen dem Thema sehr aufgeschlossen gegenüber. Unser kulturpolitischer Sprecher Ralph Elster hat bereits entsprechende Gespräche geführt. Wenn die Vorlage jetzt als verfristet bezeichnet wird, wären wir damit einverstanden, per Dringlichkeitsentscheidung der Sache selber zuzustimmen. Wir wollen uns in der Fraktion nur ausreichend damit beschäftigen können. Das war bisher nicht möglich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Das ist hier so angekommen. - Ich sehe, es gibt keinen Widerspruch. Dann ist Tagesordnungspunkt 8.1 abgesetzt.

Wir stimmen nun über die Tagesordnung ab. Gibt es Gegenstimmen gegen die Reihenfolge und Zusammenfassung der Tagesordnungspunkte? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen. Wir können jetzt mit unseren Beratungen beginnen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers 1210/2011

Es handelt sich dabei um eine Schenkung der Dohle Handelsgruppe sowie um eine persönliche Schenkung des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Messe, Herrn Gerald Böse.

Gibt es Bedenken, diese Schenkungen anzunehmen? -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bin dagegen!)

Wer ist dagegen?

(Karl-Jürgen Klipper: Herr Oberbürgermeister, das nächste Mal machen wir aber eine korrekte Vorlage!)

- Teile der Grünen sind dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Gegen Einzelstimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist die Schenkung so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene / Unterzeichnung der Charta durch die Stadt Köln" AN/0702/2011

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0784/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/0800/2011**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Frau Scho-Antwerpes für die SPD. Bitte schön.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Als eine von vier antragstellenden Fraktionen regen wir an, dass die Stadt Köln die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern annimmt und dass wir beitreten. Diesen Beitritt verstehen wir als öffentliches und ausdrückliches Bekenntnis, uns auch weiterhin aktiv einzusetzen für mehr Gleichberechtigung von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft; denn wir alle wissen, trotz der Erfolge der Frauenbewegung gilt es auch heute noch, die völlige Gleichstellung von Mann und Frau im wirklichen

Leben zu realisieren, so wie es Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes fordert.

Nach wie vor geht es darum, dass Frauen und Männer gleiche Rechte, gleiche Chancen im täglichen Leben haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben können. Frauen und Männer müssen ihren Weg selbstbestimmt wählen können: gemeinsam oder getrennt, mit und ohne Familie.

Die Wirklichkeit sieht vielfach anders aus. Insbesondere in der Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Ungleichheiten fort. Dabei sind Frauen heute genauso gut, oftmals sogar besser ausgebildet als Männer. 55 Prozent der Abiturienten sind Frauen. Dennoch sitzen in den Führungsgremien der 200 größten Unternehmen nur 29 Frauen im Gegensatz zu 877 Männern. Kurzum: Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten sind immer noch Mangelware. Der Kölner Stadtvorstand ist da eine löbliche Ausnahme.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Stattdessen beherrschen Frauen den Niedriglohnsektor. Teilzeitarbeit ist immer noch weiblich. Bei gleichwertiger Arbeit erhalten Frauen in Deutschland 23 Prozent weniger Lohn als Männer. Diese Zahlen zeigen, wie weit wir noch von dem in Art. 3 des Grundgesetzes verankerten Staatsziel entfernt sind.

Damit wollen und damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Dass wir als Stadt Köln bereit sind, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv zu gestalten und voranzubringen, wollen wir mit unserem Beitritt zur Europäischen Charta dokumentieren.

Dabei knüpfen wir an die Traditionen erfolgreicher Gleichstellungspolitik in unserer Stadt an. 1982 wurde in Köln die Frauenpolitik institutionalisiert. Unter der Leitung von Lie Selter wurde die erste kommunale Frauengleichstellungsstelle eingerichtet. Diese wurde später zum Frauenamt und schließlich zum jetzigen Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern - so lautet die offizielle Bezeichnung - umgewandelt. Das Team dieses Amtes engagiert sich innerhalb wie außerhalb der Verwaltung mit Nachdruck und Erfolg für mehr Gleichstellung von Frauen und Männern in Köln. Dafür sage ich an dieser Stelle herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, in der Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern gibt es in unserem Land kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Genau da müssen wir ansetzen. Lassen Sie uns deshalb den Beitritt zur Charta als willkommenen Anlass sehen, den eigenen Standort bei der Realisierung tatsächlicher Gleichstellung zu prüfen und, wo nötig, neue Ziele zu bestimmen und Maßnahmen weiterzuentwickeln. Das ist ganz im Sinne eines Mannes, der, 1840 in Deutz geboren, auch im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter seiner Zeit weit voraus war. Ich spreche von August Bebel. Mit einem Zitat von ihm will ich schließen:

Freiheit und Befreiung für nur die Hälfte der Menschen kann es nicht geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es vonseiten der CDU Wortmeldungen? - Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor allem liebe Kolleginnen! Ich freue mich sehr, dass wir heute gemeinsam beschließen, dass Köln als bisher größte Stadt Deutschlands dieser Charta beitrifft.

Ich fand es sehr schön, dass wir das Jubiläum „100 Jahre Internationaler Frauentag“ am 25. März, dem Equal-Pay-Day, mit einem Straßenumzug begangen haben, der vom Roncalliplatz bis in den Ratssaal führte, wo wir dann zusammen 100 Jahre Frauenbewegung gefeiert haben.

Ich möchte diesen Tag zum Anlass nehmen, allen Frauen, insbesondere auch den jungen, die vielleicht meinen, dass sie sich, weil sie Familie und Beruf haben, nicht politisch engagieren können, sagen: Wenn unsere Großmütter und unsere Mütter nicht im Vorfeld des Ersten Weltkrieges 1911 europaweit, in England, in Amerika, in Frankreich und in Deutschland, für das Wahlrecht gekämpft hätten, wären wir als Frauen nicht da, wo wir heute sind. Deshalb

meine Bitte und mein Aufruf an alle: Wir sollten uns weiterhin politisch so engagieren, wie wir es bisher schon getan haben.

Ich denke, wir können uns heute alle dazu gratulieren, dass wir gemeinsam dieser Charta beitreten.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau Lüttig. Bitte schön.

Marion Lüttig (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne! In diesem Jahr feiern wir das Jubiläum „100 Jahre Internationaler Frauentag“ und nehmen dieses Ereignis zum Anlass, natürlich auch hier in der Stadt Köln ein Zeichen zu setzen, indem wir die Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene beantragen.

Ich gebe zu: Es freut mich wirklich ausgesprochen - das ist ganz ernst gemeint -, dass diese grüne Initiative

(Susana dos Santos Herrmann: Eine gemeinsame Initiative, würde ich mal sagen!)

und das Thema Gleichstellung der Geschlechter hier so große Zustimmung erfährt und es gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu stellen, der von einer so breiten Mehrheit unterstützt wird.

Wie gesagt, diese Charta ist für uns alle eine Einladung, eine Anleitung und ein Ansporn, um mit stetigem und sichtbarem Einsatz für die unverzichtbaren Grundwerte der Gleichberechtigung einzutreten, sie lebendig zu halten und zu verteidigen.

Die Vertreterinnen und Vertreter der 13 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Beschäftigte der Städtetage, die Politikerinnen und die Frauenbeauftragten, die diese Charta 2006 mitverfasst haben, waren sich damals einig, dass gerade in Zeiten des sozialen Wandels die gleiche Teilhabe an Gesellschaft und der lebendigen Demokratie ohne Ausschluss elementar ist. Teilhabe beginnt nicht zuletzt vor Ort, hier in Köln, auf lokaler Ebene. Sie merken

es vielleicht: Eigentlich geht es hierbei um Inklusion.

Die Charta bietet uns ein langfristiges Konzept, das die Tragweite der Grundrechte und Grundwerte der Gleichberechtigung von Frauen und Männern herausarbeitet, aber auch die vielfältigen Möglichkeiten aufzeigt, mit denen der erforderliche Wandel zu gleichberechtigter Teilhabe auf kommunaler Ebene unterstützt werden kann.

Die Charta fordert dazu auf, systematisch alle Institutionen und Organisationen im Stadtgebiet in den Prozess der Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern einzubeziehen. Hierbei vermeidet es die Charta, Geschlechterrollenklichses zu reproduzieren. Erklärte Absicht ist es, gegen Diskriminierungen, beispielsweise aufgrund von Rasse, sozialer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Identität, vorzugehen; denn es gibt eben nicht nur *den* Mann und *die* Frau. Hier gibt es natürlich Anknüpfungspunkte an das AGG, aber auch an die von der Stadt Köln unterzeichnete Charta der Vielfalt.

Die Erarbeitung eines ersten Gleichstellungsaktionsplans innerhalb von maximal zwei Jahren nach Unterzeichnung, wie von der Charta als zentrales Instrument vorgesehen, eröffnet uns die Möglichkeit, die vielen Aktivitäten und Initiativen in Köln konzeptionell zu ordnen, Handlungsnotwendigkeiten besser zu erkennen und auch politisch gezielter Prioritäten zu setzen. Damit erhalten wir erstmalig die Chance für eine Art von Steuerung; denn einen allumfassenden Überblick über die vielfältigen Gleichstellungsaktivitäten gibt es bislang nicht. So soll dieser Gleichstellungsaktionsplan den bisherigen Frauenförderplan nicht ersetzen - dieser ist ja gerade ausgelaufen; wir warten auf den neuen -, im Gegenteil: Der Frauenförderplan wird zu einem Teil des Gleichstellungsaktionsplans, der über die im Frauenförderplan benannten verwaltungsinternen Maßnahmen deutlich hinausgeht. Denn Gleichstellungspolitik in einer Kommune wie Köln bedeutet, den Blick über den Verwaltungsterrand hinaus zu heben, hin zu einer gleichberechtigten Teilhabe aller Kölnerinnen und Kölner.

Die Charta bietet hierfür den ausgezeichneten Rahmen für einen fortlaufenden, qualifizierten Kommunikations-, Lern- und Optimierungsprozess für die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern am Leben in einer

Kommune, und sie ist offen für, wie es in der Charta heißt, „die ganze Bandbreite lokaler Akteurinnen und Akteure“. Wir bekommen hiermit die Chance, noch einmal ernsthaft die Gleichstellung als Grundlage für unser Zusammenleben zu erarbeiten, und zwar mit einem besseren ganzheitlichen Konzept, als es uns in der Vergangenheit etwa mit dem ganzheitlichen Konzept zu den Themen Gender Mainstreaming oder Gender Budgeting gelungen ist.

Die kommunale Ebene ist enorm wichtig für die Gleichstellungspolitik. Sie ist der Ort, wo Demokratie am direktesten erfahrbar ist, und sie ist der Ort, wo wir vielleicht schon an das eine oder andere, das wir gleichstellungspolitisch erreicht haben, anknüpfen können. Aber wir wissen natürlich auch, dass von der lokalen Ebene allein die ehrgeizigen Ziele für Geschlechtergerechtigkeit nicht erreicht werden können. Hierzu braucht es Bündnisse auf allen Ebenen der Politik, in der Wirtschaft und in Schlüsselinstitutionen. Wir brauchen neue gesetzliche Regelungen und Verbindlichkeiten in Politik und Wirtschaft. Uns Grünen hat die Quote in den letzten 25 Jahren übrigens nicht geschadet, ganz im Gegenteil.

Es ist allerhöchste Zeit, den längst erforderlichen sozialen Wandel zu vollziehen. Die Charta leistet hierfür einen wichtigen Beitrag. Fangen wir also gemeinsam an - in der Politik, in der Verwaltung und in der Stadtgesellschaft. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön, Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein deutscher Physiker namens Georg Lichtenberg - er lebte Mitte bis Ende des 18. Jahrhunderts - hat einmal gesagt:

Es ist nicht gesagt, dass es besser wird, wenn es anders wird. Wenn es aber besser werden soll, muss es anders werden.

Vieles hat sich bereits geändert. Vieles muss und wird noch besser werden. Was gestern undenkbar war, wird heute zur Realität und morgen zur Selbstverständlichkeit. Damit aber diese Selbstverständlichkeit eintritt, bedarf es

immer mutiger Menschen: Menschen, die gegen den Strom schwimmen, Menschen, die Missstände, Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten nicht einfach als gegeben hinnehmen wollen. Das haben in der Vergangenheit viele Menschen getan - für die unterschiedlichsten Ziele und aus der unterschiedlichsten Motivation heraus, nicht selten unter Einsatz ihres Lebens.

Obwohl manches schon erreicht wurde in den vergangenen Jahren, Jahrhunderten und sogar Jahrtausenden, sind der Wille und die Bereitschaft für notwendige Veränderungen beim Thema Gleichstellung von Frauen und Männern auch im Europa des 21. Jahrhunderts ungebrochen. Bereits in den Anfängen unserer Zeitrechnung gab es das Thema Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. So sagte der römische Dichter Marcus Valerius Martialis:

Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist nur möglich, wenn die Frau sich unterordnet.

Ein Ausspruch, der heute Gott sei Dank Seltenheitswert hat und, egal, ob von Mann oder von Frau, meist nur noch müde belächelt wird, wie ich auch an Ihrer Reaktion ablesen kann.

Meine Damen und Herren, wenn man hier als vierte Rednerin zu einem fraktionsübergreifenden Antrag spricht, dann bleibt nicht mehr viel Neues zu sagen. Damit Sie aber nach der Abstimmung nicht sagen können, Sie hätten gar nicht so richtig gewusst, worüber Sie hier und heute eigentlich abstimmen, möchte ich Ihnen doch die von den Unterzeichnern vereinbarten Grundrechte dieser Charta kurz darlegen. Es handelt sich um sechs Punkte:

1. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht.
2. Vielfältige Diskriminierungen und Benachteiligungen müssen bekämpft werden, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu garantieren.
3. Die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen ist eine der Grundbedingungen einer demokratischen Gesellschaft.
4. Die Beseitigung von Geschlechterstereotypen ist von grundlegender Bedeutung für die

Gleichstellung von Frauen und Männern.

5. Die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle Aktivitäten von Lokal- und Regionalregierungen ist für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern erforderlich.

6. Entsprechend dotierte Aktionspläne und Programme sind notwendige Instrumente zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie alle jetzt der Meinung sind, dass diese eben aufgeführten Grundsätze der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern doch eigentlich selbstverständlich sind, so freut mich das sehr; denn das spricht für Sie und auch für Ihr dann hoffentlich entsprechendes Handeln in Politik und Gesellschaft, die Minderheit der Ewiggestrigen möglichst zeitnah von der Richtigkeit des Tuns und Handelns zu überzeugen.

Jetzt gilt es, die vereinbarten Grundrechte mit Leben zu füllen. Diesbezüglich sind alle zur Mitarbeit aufgerufen, sowohl Frauen als auch Männer. Es wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung, wenn in Zukunft in Zusammenhang mit dem Thema Gleichberechtigung ganz im Gegensatz zu heute auch einmal ein Mann hier am Rednerpult stünde und zu diesem Thema sprechen würde.

(Beifall bei der FDP - Henk van Benthem [CDU]: Für die Männer!)

- Dann auch vielleicht für die Männer, genau.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass auf Initiative und Ausarbeitung meiner Ratskollegin Marion Lüttig dieser fraktionsübergreifende Antrag entstanden ist, den wir hoffentlich heute mit großer, überwältigender Mehrheit hier im Rat der Stadt Köln verabschieden können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es vonseiten der Fraktion Köln den Wunsch, den Änderungsantrag zu begründen?

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich möchte dazu reden!)

- Herr Uckermann, bitte.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich habe einen Namen, Herr Oberbürgermeister!)

- Ich habe gesagt: Herr Uckermann, bitte.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das haben wir nicht gehört!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bitte vorab um Entschuldigung, dass ich hier keine Zitate, sondern nur einen praktischen Vorschlag präsentieren kann. Sie wollen hier heute wieder irgendeine Resolution beschließen, wonach irgendjemand anderes etwas anders machen soll. Wir dagegen schlagen vor, zu schauen, wie es mit der Gleichstellung hier in der Stadt Köln tatsächlich aussieht.

Wir haben zwar ein Gleichstellungsamt, aber da vermisse ich die Männer. Vor diesem Hintergrund haben wir uns gedacht: Da könnte die Verwaltung wirklich einmal etwas tun. Wenn es tatsächlich ein Gleichstellungsamt ist, sollte die Verwaltung auch dafür sorgen, dass die Planstellen dort adäquat auch mit Männern besetzt werden.

Noch viel wichtiger ist uns Folgendes: Wir reden hier oft über die Ganztagsbetreuung und die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Wie aber sieht es denn in diesem Bereich mit der Gleichstellung aus? Die Kinder werden quasi nur von Frauen erzogen. Es wird ja immer von der väterlosen Gesellschaft geredet. Wenn wir jetzt die Ganztagsbetreuung anbieten, sollte man sich zumindest bemühen, dass in diesen Berufen auch die Männer zum Zuge kommen.

(Beifall bei pro Köln)

In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung für unseren Änderungsantrag. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Stahlhofen, bitte schön.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste oben auf der Tribüne!

Es dürfte Ihnen nicht entgangen sein, dass wir einen fast textgleichen Antrag gestellt haben. Die EU-Charta zur Gleichstellung der Geschlechter ist ein parteiübergreifendes Thema und auch uns ein Anliegen. In anderen Bereichen ist eine Zusammenarbeit ja auch möglich, wie sich in den letzten Tagen gezeigt hat. Wir, die Fraktion Die Linke, erwarten auch an dieser Stelle ein Stück weit Gleichstellung.

Die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene wurde am 29. November 2006 beschlossen. Wir haben heute 2011. Gleichstellung bedeutet nicht nur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie Sie es, Herr Oberbürgermeister, auf dem Empfang anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Internationalen Frauentags in der Piazzetta formulierten. Lebenspartner sind nicht dazu da, um dem anderen den Rücken freizuhalten. Sie haben das wahrscheinlich nicht so gemeint. Aber das zeigt, dass Männer noch einiges dazulernen müssen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Gleichstellung muss für alle Menschen gelten: für Frauen und Männer, für Migrantinnen und Migranten, für Jung und Alt. Man könnte die Aufzählung jetzt unendlich weiter führen. Dazu gehört selbstverständlich auch Equal Pay.

Die Charta beinhaltet die Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes und die Erarbeitung eines Aktionsplanes mit Ziel und Prioritäten. Das hat Frau Gebauer gerade sehr schön dargestellt. Ich fasse mich da ein bisschen kürzer.

Die Charta gliedert sich in drei Abschnitte: Der erste Teil enthält Grundsätze zur Gleichstellung von Männern und Frauen, der zweite Teil behandelt die Aufstellung eines kommunalen Gleichstellungsaktionsplans, der dritte Teil konkretisiert in 30 Artikeln die Bereiche kommunalen Handelns, in denen die Gleichstellung gefördert werden soll. Wir brauchen also das Rad Gott sei Dank nicht neu erfinden.

Ogleich Köln mit dem heutigen Tag die größte Mitunterzeichnerkommune sein wird, so haben andere Kommunen diese Charta bereits 2007 unterzeichnet. Diese werden einen Aktionsplan, der ja binnen zweier Jahre erstellt werden soll, bereits erarbeitet haben. Ich setze voraus, dass Sie, meine Damen und Herren von der Verwaltung, sich schon die Aktionspläne anderer Kommunen, wie zum Beispiel der Stadt Mainz, besorgt und die Arbeit aufgenommen haben.

Wenn nicht schon heute, dann eben ab morgen. Ich will jetzt nicht drängeln. Damit Sie diesen Prozess in Gang setzen können, wird Ihnen der Rat, aber auch Organisationen und Initiativen eine breite Unterstützung geben.

Es darf aber nicht nur bei Absichtserklärungen und Konzepten bleiben, die EU-Charta Gleichstellung muss auch umgesetzt werden. Nur so kann gleichberechtigtes Leben hier in unserer Stadt mit Leben erfüllt werden. Mir ist klar, dass das alles nicht von heute auf morgen geht. Aber wir wollen heute damit beginnen. Die Fraktion Die Linke wird sich auf jeden Fall daran beteiligen, und zwar nicht nur bei der Abstimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau Kronenberg. - Weil Frau Stahlhofen das gerade angesprochen hat: Ich will noch den Hinweis geben, dass Frau Kronenberg mich tatkräftig unterstützt und mir zur Seite gestanden hat, als ich auf dem Empfang anlässlich des Internationalen Frauentags für meine Worte: Meine Frau achtet darauf, dass meine Anzüge in Ordnung sind, ausgebuht worden bin. Frau Kronenberg hat mich aber verteidigt.

Christine Kronenberg (Gleichstellungsbeauftragte): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Da bitten vier einflussreiche Herren in ihrer Funktion als Fraktionsgeschäftsführer den Herrn Oberbürgermeister, etwas mehr für die Gleichstellung zu tun. Als ich den Antrag gelesen und insbesondere als ich die vier Unterschriften gesehen habe, wusste ich nicht so richtig, ob ich als Gleichstellungsbeauftragte weinen sollte oder ob ich mich freuen sollte. Ich habe mich natürlich gefreut, dass es den Antrag zur Charta gibt. Aber ich glaube, diese Unterschriften zeigen auch, wie sehr wir sie nötig haben.

Zu diesem Antrag ist jetzt schon vieles gesagt worden. Dennoch ist es wichtig, Ihnen noch zweierlei mitzuteilen:

Zum einen sollte Ihnen sehr bewusst sein, dass mit der Umsetzung dieser Charta natürlich auch ein Ressourcenproblem verbunden sein wird. Spätestens nach dem Ratsbeschluss wird die Diskussion über die Ressourcen entschieden werden müssen. Mir ist wichtig, dass Sie mich in

dieser Ressourcenfrage unterstützen. Das geht nicht zum Nulltarif.

Wichtig für Sie ist aber noch ein zweiter Aspekt. Wir als Verwaltung arbeiten natürlich daran, die Charta umzusetzen. Wenn ich jedoch in Ihre Reihen schaue, muss ich feststellen, dass wir, wenn wir in vier oder fünf Jahren einen Erfolg feiern wollen, das nur dann tun können, wenn hier mindestens zwei Fraktionsgeschäftsführerinnen sitzen und vielleicht sogar mindestens zwei oder drei Fraktionen von Frauen geleitet werden. Das möchte ich Ihnen als Selbstverpflichtung aufgeben. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Kronenberg.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln.

(Markus Wiener [pro Köln]: Die CDU ist nicht dafür? - Gegenruf von Gisela Manderla [CDU]: Nein!)

Wer enthält sich? - Niemand. Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zu den weiteren Abstimmungen. Es gibt einen Antrag der vier großen Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, sowie einen Antrag der Fraktion Die Linke und Herrn Thor-Geir Zimmermann. Ungeachtet der Tatsache, dass diese beiden Vorlagen wortgleich sind, lasse ich getrennt über die Anträge abstimmen.

Der Antrag der vier großen Fraktionen ist zuerst eingegangen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er so angenommen. Es erübrigt sich, über den wortgleichen Antrag der Fraktion Die Linke und von Herrn Zimmermann abzustimmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

**3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend
"Keine türkisch-nationalistische
Propaganda in Köln"
AN/0657/2011**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kommen wir nun zu einem Thema, was die Bürger wirklich bewegt: Es geht um die großflächig plakatierte türkisch-nationalistische Propaganda, die es überall in Köln im März bzw. im Februar gegeben hat. Darauf war nicht nur das Konterfei eines fremden Ministerpräsidenten, eines fremden Premier, nämlich das des Herrn Erdogan, abgebildet, sondern die Plakate waren auch in türkischer Sprache verfasst und haben sich anscheinend an Teile der hiesigen Bevölkerung gerichtet.

Aus den Zuschriften und Reaktionen, die wir dazu bekommen haben, wissen wir, dass das in weiten Kreisen, und zwar auch solchen, die nicht unserem Spektrums zuzurechnen sind, für Irritationen gesorgt hat, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass das jetzt schon zum wiederholten Male der Fall war.

Wir erinnern uns: Bereits 2008 hat sich dieser Herr Erdogan hier als Führer der Türken in Deutschland feiern lassen. So war es ja gewesen. Auch damals war alles nur in türkischer Sprache verfasst. In der deutschen Übersetzung hieß es dann: Der Führer der Türken ist in Deutschland. Gleichzeitig wurde auch unsere Nationalfahne mit Halbmond und Sternen verziert. Dass man das zugelassen hat, war schon an sich ein Unding.

(Beifall bei pro Köln)

Vor diesem Hintergrund muss jetzt die Stadt Köln tätig werden. Wir haben die Möglichkeit, über eine Werbesatzung dafür zu sorgen, dass solch schädliche Propaganda, die die Grundlagen unseres Gemeinwesens infrage stellt, unterbunden wird - und das insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir immer mehr Parallelgesellschaften bekommen, dass sich die Integration mehr und mehr verschlechtert und dass wir auch in der dritten Generation türkischer Zuwanderer noch erhebliche Sprachdefizite feststellen müssen.

Was soll das denn für ein Signal für die jungen Leute sein, wenn sie am Heumarkt oder am Neumarkt aussteigen und dort die großen Plakate sehen, auf denen alles in türkischer Sprache steht? Wer soll die denn noch motivieren, Deutsch zu lernen?

(Beifall bei pro Köln)

Denen muss klar gemacht werden: Amts- und Arbeitssprache muss Deutsch bleiben.

(Beifall von pro Köln - Zurufe von der Zuschauertribüne: Buh)

Aber unser Antrag geht noch weiter. Unser Antrag bittet bzw. verpflichtet Sie, Herr Oberbürgermeister, dieses Thema im Rahmen der Städtepartnerschaft anzusprechen. Istanbul ist die größte Stadt und dominierend in der Türkei. Da müssen Sie darauf hinweisen, dass wir uns so etwas hier nicht bieten lassen. Wir brauchen die Etablierung einer türkischen Minderheit hier in Deutschland nicht.

(Beifall bei pro Köln)

Ich habe keine Lust, hier zukünftig über eine - -

(Efkan Kara [SPD]: Es reicht!)

- Es reicht nicht, Herr Kara. Das sind eben Sachen, die stimmen. - Ich habe keine Lust, hier in ein paar Jahren über eine UN-Charta abzustimmen, dass Türkisch als Zweitsprache hier anerkannt wird. Das wird es nicht geben.

(Beifall von pro Köln - Zurufe von der Zuschauertribüne: Aufhören!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich bitte Sie, sich in Ihrer Sprachwahl zu mäßigen.

(Zurufe von der Zuschauertribüne: Aufhören! - Gegenruf von Marcus Wiener [pro Köln]: Darf er hier mal weiterreden?)

Ich bitte Sie, Herrn Uckermann zu Ende sprechen zu lassen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das muss hier einmal gesagt werden. Sie können Ihre Identität nicht über die des Gastlandes stellen, Herr Kara.

(Zuruf von Efkan Kara [CDU])

Man muss hier nicht leben, Herr Kara.

(Zurufe von der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie noch einmal, sich zurückzuhalten.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich zitiere den Oberbürgermeister von Rotterdam, Herrn Aboutaleb, der gesagt hat: Wem das hier in Europa nicht passt - hören Sie zu, Herr Kara und Frau Mucuk-Edis oder wer auch immer hier herumschreit -, man muss hier nicht leben.

(Zurufe und Pfiffe von der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wenn Sie sich hier weiter so aufführen, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. Ich verwarne Sie hiermit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Jörg Uckermann (pro Köln): Für was denn? Das ist vollkommen klar: Wenn es um die echten Probleme geht, gehen Ihnen die Argumente aus, und dann muss man einen Maulkorb verhängen, Herr Oberbürgermeister.

(Beifall bei pro Köln)

Stattdessen wird über eine UN-Charta abgestimmt.

(Zuruf: Raus!)

- Wie, raus? Was fällt Ihnen denn ein? Der sagt hier zu mir: Raus!

(Henk van Benthem [CDU]: Wo er recht hat, hat er recht! - Gegenruf von Markus Wiener [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte Sie, jetzt auch zu Ende zu kommen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Im Namen der Fraktion pro Köln erteile ich Ihnen auch einen Ordnungsruf.

(Beifall bei pro Köln - Anhaltende Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wegen Missbilligung des Sitzungsleiters erteile ich Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und erkläre: Falls es

noch einmal vorkommt, dass Sie sich hier so äußern, werde ich darüber entscheiden lassen, ob Sie den Sitzungssaal zu verlassen haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Jörg Uckermann (pro Köln): Eine bessere Bestätigung für meinen Redebeitrag konnte ich nicht bekommen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Auf Wiedersehen!

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Der Antrag ist abgelehnt.

Damit haben Sie, meine Damen und Herren, gezeigt, dass Sie Art und Weise sowie Form und Inhalt dessen, was in dem Antrag der Fraktion pro Köln zum Ausdruck gebracht wird, mit allem Nachdruck ablehnen. Auch ich als Oberbürgermeister möchte ein Zeichen setzen in Richtung unserer türkischen Mitbürger, nämlich dass wir es nicht dulden, dass der Ministerpräsident eines befreundeten Landes hier in unserem Hause in der Art und Weise, wie sie eben hier vorgetragen wurde und wie sie auch in dem Antrag schriftlich formuliert worden ist, diffamiert wird.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Unverzügliche Abschaltung aller Atomkraftwerke"
AN/0707/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0785/2011

Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Hätten wir diesen Antrag zur letzten Ratssitzung gestellt, wäre die jetzt folgende Diskussion wahrscheinlich komplett anders verlaufen. Als wir hier im Dezember unseren Antrag gegen die

Atomtransporte von Jülich nach Ahaus vorgelegt hatten - -

(Auf der Zuschauertribüne wird ein Transparent mit der Aufschrift „Atomausstieg sofort - Auch in Köln“ entrollt - Zurufe von der Zuschauertribüne: Sofort abschalten! Aussteigen! Köln fängt an! - Abschalten! Abschalten! Abschalten!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte, von Meinungsäußerungen auf der Tribüne Abstand zu nehmen, und bitte die Ordner, dafür Sorge zu tragen, dass das Transparent entfernt wird. - Bitte, Herr Ludwig, fahren Sie fort.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Als wir hier im Dezember den Antrag zu den Castortransporten eingereicht hatten, sprach Herr Breite noch davon, dass dieser Antrag in die Abteilung „Angst schüren“ gehört, und Frau Manderla wiederholte das alte Märchen von der Stromverknappung. Das dürfte sich heute erledigt haben. Die Debatte wird vermutlich heute anders verlaufen.

Heute ist jedem und jeder klar, dass die Atomenergie keine Brückentechnologie ist, sondern ein akutes Risiko birgt, dass auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern das Restrisiko existiert, dass die Frage der Endlagerung nicht geklärt ist und dass jede weitere Betriebsstunde das Reaktorproblem vergrößert. Das alles ist heute sogar Allgemeinut in der FDP.

Die AKWs - auch das ist klar - sind keineswegs effektiv in der Stromerzeugung, sondern sie sind reine Gelddruckmaschinen, weil sie, nachdem sie jahrzehntelang staatlich subventioniert wurden, längst abgeschrieben sind.

Die Atomenergie war nie eine Brückentechnologie, sondern eigentlich immer nur ein Nebenprodukt der atomaren Aufrüstung. Insofern helfen auch alle Debatten über Restlaufzeiten nicht weiter. Der sofortige Ausstieg ist geboten, und er ist möglich. Deswegen haben wir hier heute diesen Antrag vorgelegt.

Die Stromverbrauchsspitze in Deutschland liegt an einem kalten Wintertag um die Mittagszeit bei 82 Gigawatt. Selbst bei Abschaltung aller AKWs und nicht nur der jetzt in Rede stehenden werden 92,4 Gigawatt Strom erzeugt. Es besteht also immer noch eine Überkapazität. Insofern

stellte das Bundesumweltministerium 2008 zu Recht fest: Auch ohne Atomstrom bleibt es hell.

(Zuruf von der FDP)

Eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums, vorgelegt im Juni 2010, bestätigt die Auffassung des Bundesumweltministeriums voll und ganz und führt aus, dass die Versorgung sichergestellt ist und der Atomausstieg keinerlei Problem darstellt. Und das gilt nicht nur für die Zukunft, in der weitere Energiesparmaßnahmen ergriffen werden müssen, sondern das gilt auch schon heute. Dem stehen keinerlei energiepolitische oder gar technische Gründe entgegen, sondern einzig und allein ökonomische, privatwirtschaftliche Interessen. Die Atomkonzerne möchten ihre Meiler als Quelle garantierter Profite weiter betreiben.

Die Linke ist der Überzeugung, dass gegen diese privaten Profitinteressen vorgegangen werden muss. Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der auf private Kapitalinteressen keine Rücksicht genommen werden kann. Daher ist für eine konsequente Energiewende die Vergesellschaftung der Energiekonzerne und die demokratische Planung der Energieversorgung unter Einbeziehung von Umweltschutzverbänden und kontrolliert von der Bevölkerung nötig.

Von der RheinEnergie sind bezüglich unseres hier heute vorliegenden Antrages erste positive Signale zu hören, in Richtung Ausstieg aus der Atomenergie und Verstärkung erneuerbarer Energien tätig zu werden. Allerdings agiert auch die RheinEnergie AG als privatrechtlich organisierter Betrieb in Konkurrenz zu anderen Konzernen und argumentiert mit Wirtschaftlichkeit. Diese betriebswirtschaftliche Denke ist zwar Aufgabe eines Unternehmensvorstands, aber sie hilft bei der Energiewende nicht weiter.

Auch die heutigen Strompreise sind nicht einfach Ergebnisse des Marktes. Sie sind vielmehr politisch gemacht bzw. gesteuert und allein möglich durch die Ausblendung der Folgekosten zerstörerischer und gefährlicher Energieerzeugung. Wir brauchen deshalb eine gesamtgesellschaftliche Rechnung und Planung, wie die Umstellung auf erneuerbare Energien schnell zu bewältigen ist.

Meine Damen und Herren, heute gehen viele davon aus, dass die alten Reaktoren im Juni nicht wieder ans Netz gehen werden und der

beschleunigte Ausstieg schon auf dem Wege ist. Allerdings: Wenn - das ist heute noch nicht abzusehen - die Katastrophe in Fukushima zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung eingedämmt werden kann, dann werden auch die Atomkraftbefürworter und -befürworterinnen - da bin ich mir sicher - wieder ihr Haupt erheben.

Daher bleibt richtig: Den Ausstieg müssen die Menschen selbst machen. Ohne den großen Druck, der in den letzten Jahren durch Demonstrationen und den massenhaften Widerstand gegen die Castortransporte konkret ausgeübt wurde, hätte die Regierung Merkel heute nicht so panisch den Rückzug angetreten. Dieser Druck muss noch verstärkt werden, zum Beispiel durch die Blockade der RWE-Aktionärsversammlung am 20. April in Essen, durch die Demonstration zum Jahrestag von Tschernobyl am 25. April und durch die Verstärkung von kommenden Blockaden und Schotteraktionen bei den Castortransporten.

(Zurufe von pro Köln)

Allerdings können auch Gremien wie dieser Rat und die Kommunen - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Ludwig - -

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Die Aktion vorhin ist von meiner Zeit abgegangen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. Ich wollte aber gar nicht sagen, dass Sie zum Ende kommen sollen - das sollen Sie natürlich auch -, sondern: Aus Ihrem Redebeitrag ist erkennbar, dass Sie zu Gewalttaten aufrufen. Das wird hier nicht geduldet.

(Beifall bei pro Köln und der FDP)

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Keineswegs.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie haben von „Schottern“ gesprochen.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Ich spreche vom Ausdruck des zivilen Ungehorsams.

(Lachen bei pro Köln)

Allerdings können auch Gremien wie dieser Rat und die Kommunen einen Beitrag dazu leisten, indem sie den Druck auf ihre Energieversorger erhöhen und Maßnahmen für eine ökologische Energiewende einleiten.

Wir von der Linken schlagen daher Folgendes vor: Der Rat der Stadt Köln strebt an, Köln schnellstmöglich zur „Atomstromfreien Zone“ zu erklären, und fordert die RheinEnergie auf - sie ist dabei unbestritten das entscheidende Instrument -, sofort Maßnahmen zu ergreifen, damit künftig auf den Einsatz von Atomstrom verzichtet werden kann, wie es zum Beispiel seit dem 1. April die Stadtwerke Jena machen, wie es die SPD in Leverkusen vom dortigen Energieversorger fordert und wie es jetzt in vielen Kommunen in NRW diskutiert wird.

Meine Damen und Herren, dieses Gremium ist zwar nicht zuständig für den Ausstieg aus der Nukleartechnologie,

(Beifall von pro Köln)

aber wir können heute konkrete Maßnahmen beschließen, und zwar weitaus konkretere, als die SPD und die Grünen es in ihrem wiederum sehr weichgespülten Änderungsantrag vorschlagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wenn es eines Beweises bedurft hätte, warum man dem Antrag der Linken hier heute nicht zustimmen kann, dann war es die Rede, die wir gerade gehört haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Herr Kollege Ludwig, Ihre Maske haben Sie sich eben ein Stück weit selbst vom Gesicht gezogen. Ich hatte es immer so verstanden, dass wir gerade angesichts der entsetzlichen Ereignisse in Japan, die wir zurzeit mitverfolgen müssen und die viele Menschen zu Recht in Angst, Schrecken und Sorge versetzen, hier einen sachlichen Dialog pflegen wollen über die Frage: Wohin wollen wir energiepolitisch in der Bundesrepublik, und welchen Anteil kann Köln

mit seinem lokalen Energieversorger RheinEnergie leisten? Dieses Anliegen, hier sachlich zu diskutieren, haben Sie wirklich verspielt. Das finde ich außerordentlich bedauerlich.

(Andreas Köhler [CDU]: Peinlich!)

Ich will auf zwei Aspekte eingehen, die am Anfang und Ende Ihrer Rede standen, Herr Ludwig.

Sie sprechen sich in Ziffer 2 Ihres Antrags für die Vergesellschaftung der privaten Energiekonzerne aus. Ich hatte, ehrlich gesagt, in der Vergangenheit immer den Eindruck, dass das eher ein folkloristischer Teil Ihres Wahlprogramms ist und es Ihnen inzwischen peinlich ist, dort einmal eine solche Forderung aufgenommen zu haben, die von der Mehrheit Ihrer Mitglieder jetzt so nicht mehr vertreten wird. Ich jedenfalls kann sagen: Als es auf Landesebene Gespräche und Sondierungen über eine mögliche Zusammenarbeit in Düsseldorf gab, wurde das außerordentlich verschämt vorgetragen nach dem Motto: Das ist ja alles nicht so gemeint.

(Henk van Benthem [CDU]: Das war so gemeint!)

Schön, dass Sie das hier jetzt noch einmal klargestellt haben, Herr Ludwig. Auf dieser Ebene ist Energiepolitik mit Ihnen nicht machbar.

(Beifall bei der FDP)

Eines vorweg: Es gibt zum Glück seit geraumer Zeit zumindest den gesamtgesellschaftlichen Konsens, aus der Atomenergie aussteigen zu wollen. Es ist traurig, dass es erst der schlimmen Ereignisse in Japan bedurfte, um jetzt offenkundig auch einen politischen Konsens in dieser Frage zu erreichen. Aber immerhin: Offenkundig gibt es ihn jetzt. Ich finde es allemal besser, wenn Parteien und Kräfte, die noch in jüngerer Vergangenheit für die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerke gestimmt haben, jetzt in der Lage sind, zu sagen: Neue Ereignisse - ich sage es einmal ganz neutral - müssen auch dazu führen können, dass man sein eigenes Handeln überprüft. Ob das glaubwürdig ist oder nicht, ist eine andere Frage. Aber dass es jetzt offensichtlich breite politische Mehrheiten für einen Ausstieg aus der Atomenergie gibt, ist erst einmal vernünftig und richtig.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn wir Deutschland möglichst schnell frei von Atomkraft machen wollen, gibt es eine Menge zu tun. Deshalb sollten wir uns hier auf unsere lokalen Möglichkeiten beschränken. Dabei kommt der RheinEnergie im Hinblick auf unsere lokale Kölner Energieversorgung unbestritten eine Schlüsselrolle zu. Jetzt kann man sagen: Gottlob haben wir hier in Köln die RheinEnergie und haben nicht den Fehler vieler Städte und Gemeinden gemacht, die ihre Energieversorger an die Oligopolisten verkauft haben; denn damit wären wir nämlich auch Bestandteil der Atomstromkette geworden. Dem haben wir uns hier entzogen. Das ist eine sehr vernünftige Entscheidung gewesen.

Ich glaube auch, feststellen zu können, dass das Unternehmen RheinEnergie insgesamt bereits heute eine richtige und vernünftige Strategie eingeschlagen hat; denn schon heute lässt sich der Strombedarf aller Kölner Haushalte mit atomstromfreier Energie aus eigenen Anlagen der RheinEnergie decken. Das ist ein Punkt, auf den wir stolz sein sollten; denn das ist keineswegs selbstverständlich. Ich wiederhole es noch einmal: Schon heute kann jeder private Haushalt im Versorgungsgebiet der RheinEnergie mit eigenerzeugtem und damit atomstromfreien Strom versorgt werden. Das finde ich sehr positiv. Deshalb sollte man dem Vorstand der RheinEnergie und auch seinen Vorgängern dafür Dank sagen, dass er schon frühzeitig solche Möglichkeiten geschaffen hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU -
Winrich Granitzka [CDU]: Und dem
Aufsichtsrat!)

Ich will allerdings ergänzen: Dass das heute schon möglich ist, liegt auch daran, dass bestimmte Entscheidungen getroffen worden sind. Zu diesen Entscheidungen gehört, dass die RheinEnergie einen sehr vernünftigen Energiemix ihr Eigen nennen kann. In diesen Zusammenhang fällt allerdings auch, dass man sich nicht immer nur wohlfeil auf die Forderung „Atomstromfrei in der Zukunft“ beschränken kann, in der Gegenwart aber nicht bereit ist, beispielsweise in die modernste Steinkohlekraftwerksanlage in Deutschland zu investieren.

(Beifall von Christraut Kirchmeyer
[FDP])

Denn nur dieses Investment trägt dazu bei, dass die RheinEnergie alle Kölner Haushalte mit atomstromfreien Strom versorgen kann.

Die RheinEnergie möchte auch weiterhin in erneuerbare Energien investieren. Es ist geplant und längst Bestandteil der Strategie, mittelfristig 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen selbst zu produzieren. Das kann natürlich nicht der Endpunkt sein. Aber man muss sich immer kurz- und mittelfristige Ziele setzen. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich für die SPD-Fraktion sagen: Diese Zielsetzung teilen wir uneingeschränkt.

Man muss bei einer solchen Debatte auch immer ehrlich sein. Es nützt eben nichts - Herr Kollege Ludwig hat auf Beispiele anderer Städte hingewiesen -, sich ein reines Gewissen oder ein ordentliches Marketinginstrument zu erkaufen, indem man beispielsweise Zertifikate alter, abgeschriebener Anlagen erwirbt. Andere Städte machen das und tun dann so, als würden sie nur noch Strom aus erneuerbarer Energie an ihre Kunden verkaufen. In Wahrheit ist es aber so, dass der Kauf von Zertifikaten alter, abgeschriebener Anlagen sogar eher dazu führt, dass gerade nicht Investitionen in erneuerbare und ökologisch erzeugte Energien getätigt werden. Genau diesen Fehler sollte die RheinEnergie nicht machen. Da haben die Damen und Herren des Hauses unsere volle Unterstützung.

Ich will zum Schluss noch folgenden Gedanken vortragen. Abstrakt sind sich offensichtlich alle hier in der Forderung „Atomstromfreie Zukunft“ einig, und abstrakt sind sich jedenfalls die meisten einig, dass man so schnell wie möglich und so viel wie möglich auf erneuerbare Energien setzen sollte. Ich finde aber, mit wohlfeilen Ankündigungen ist es hier nicht getan. Vielmehr müssen wir spätestens dann, wenn sich der Rauch der aktuellen Debatte verzogen hat, ehrlich miteinander die Frage diskutieren: Wie und zu welchem Preis ist das erreichbar, und mit welchen Kosten ist das verbunden?

Denn eines ist doch klar: Wenn Sie nicht nur aus der Atomenergie, sondern auch noch schnellstmöglich aus der Kohleverstromung, insbesondere der Braunkohleverstromung aussteigen wollen, dann wird die Energieerzeugung zunächst einmal teurer. Das bedeutet auch, dass die Kundinnen und Kunden höhere Preise zahlen müssen. Das ist ein Punkt, den man in die Abwägungen mit einbeziehen muss.

In diese Abwägungen ist auch Folgendes mit einzubeziehen: Abstrakt sind zwar alle für den Ausbau der Netze und für die Errichtung von Windparks und Windanlagen. Aber immer dann,

wenn es konkret darum geht, eine Windkraftanlage zu bauen oder eine Hochspannungsleitung zu verlegen, sind diejenigen, die in Berlin und in Düsseldorf noch dafür waren, vor Ort ganz schnell dagegen. Das kann natürlich auch nicht im Sinne des Erfinders sein.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Noch ein letzter Gedanke in diesem Zusammenhang: Wir müssen auch immer grundlastfähig bleiben. Ich gebe ja zu, dass das eine komplizierte Debatte ist. Aber es gibt nun einmal in unserem hochindustrialisierten Land Industrien - Zement, Papier, Stahl, Aluminium und andere -, die darauf angewiesen sind, dass ihnen eine hohe Menge Strom und Energie ununterbrochen, 364 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag, rund um die Uhr, zur Verfügung steht. Wir müssen bei den Debatten, die wir dann zu führen haben, auch so ehrlich sein, zu sagen: Wir müssen dafür sorgen, dass für unsere auf Wachstum angelegte, hochindustrialisierte Gesellschaft immer auch die notwendige Stromversorgung sichergestellt ist.

Deswegen sage ich: Lassen Sie uns in der Tat auf diesem Weg weitergehen, aber bitte nicht wohlfeil, sondern unter Abwägung aller Argumente. Und da ich schon bei wohlfeil bin: Die Linke hat ja in Ihrem Antrag gefordert: „Keine Erhöhung der Strompreise für private Verbraucher.“ - Lieber Herr Kollege Ludwig, Herr Kollege Detjen und andere, das ist genau die unehrliche Forderung - ich sage das hier ganz bewusst -, die ich meinte. Zum einen fordern Sie, dass es keine Strompreiserhöhungen geben darf, zum anderen soll die RheinEnergie aber die sanierungsbedürftigen Bäder und den öffentlichen Personennahverkehr weiterhin mit Zuschüssen unterstützen und auch eine Gewinnausschüttung der Stadtwerke in Höhe von 80 Millionen Euro an die Stadt Köln soll weiterhin möglich sein. Alles zusammen geht nicht. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, seien sie ehrlich. Alles andere würde bedeuten, den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen zu streuen. Und diesen Weg sollten wir alle gemeinsam nicht gehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der Zuschauertribüne: Augenwischerei! Dummheit! Das ist reiner Dummquatsch! So etwas Naives und Dummes! Das kann ja mein Sohn besser!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte die Zuschauer auf der Tribüne, Missfallensäußerungen zu unterlassen.

Wer spricht für die Grünen? - Herr Brust, bitte.

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir alle sind uns einig, dass wir möglichst schnell aus der Atomenergie aussteigen wollen. Allerdings hat die Linke entweder keine Ahnung, was das bedeutet, oder sie will den Leuten bewusst nicht die Wahrheit sagen. Herr Ludwig, ich empfehle Ihnen, den Artikel auf Seite 3 der taz von heute zu lesen, der die Kosten des Ausstiegs thematisiert. Lesen Sie das dort einfach einmal nach!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allein die Einspeisevergütung für die Solarenergie liegt heutzutage höher als der Strompreis insgesamt, und das ohne Einbeziehung der sonstigen Kosten wie Konzessionsabgabe, Mehrwertsteuer usw. In Zukunft werden die enormen Kosten für Netzausbau, Speichertechnologien usw. noch dazukommen.

Für die RheinEnergie bedeutet das, dass sie im Moment auf dem Weltmarkt höhere Preise für Steinkohle und Gas zahlen muss. Würden wir die Forderung der Linken „Keine Strompreiserhöhungen“ ernst nehmen, müssten wir die RheinEnergie in Zukunft subventionieren. Das kann hier im Rat ernsthaft keiner wollen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Im Moment machen wir Gewinne, lieber Gerd!)

- Wir machen im Moment Gewinn. Aber allein die Kostensteigerungen in den letzten Wochen seit Abschaltung von noch nicht einmal der Hälfte der AKWs würden dazu führen, dass wir, wenn wir die Preise nicht erhöhen, keinen Gewinn mehr machen würden.

(Zuruf: Hört! Hört!)

Ich will ein weiteres Beispiel nennen, das belegt, dass Ihr von der Linken keinerlei Ahnung habt. Es war immer Konsens, dass die Preise für umweltfreundlich erzeugte Energie auch eine ökologische Wahrheit ausdrücken müssen. Claus Ludwig hat eben selbst gesagt: Heute werden die Folgekosten ja ausgeblendet. In der Tat: Würden wir alle Folgekosten einrechnen, wären die Energiepreise heute schon wesentlich

höher. Sie werden, wenn wir ernsthaft schnell aus der Atomenergie aussteigen wollen, erst einmal steigen. Langfristig wird es irgendwann billiger werden, nämlich dann, wenn die Windräder abgeschrieben sind und die Subventionierung der Atomenergie wegfällt. Erst dann werden wir in der Tat echte billige Energie haben. Aber bis dahin werden wir sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen. Es ist einfach Feigheit vor dem Wähler, wenn man ihm nicht sagt, dass Energie zunächst teurer werden wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber eher Dummheit!)

Zum zweiten Punkt Ihres Antrags, der Forderung nach Vergesellschaftung. Mich wundert schon sehr, dass sich die Linke ernsthaft Herrn Mappus zum Vorbild nimmt.

(Martin Börschel [SPD]: Das können Sie ja aufnehmen!)

Er hat das ja in Baden-Württemberg vorgemacht.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wir können es ja privatisieren! - Gegenruf von der CDU: Vergesellschaftung ist etwas anderes als Privatisierung, Herr Detjen!)

Was Herr Mappus in Baden-Württemberg gemacht hat, das ist Vergesellschaftung. Die Hälfte der EnBW gehört den Kommunen, die andere Hälfte hat das Land gekauft. Die neue Landesregierung steht nun vor folgendem Problem: Dem Land gehört ein Unternehmen, das die abgewählte Landesregierung erst kürzlich zu einem sehr hohen Preis auf Kredit gekauft hat. Weil aber jetzt zwei der vier Atomkraftwerke dieses Unternehmens abgeschaltet worden sind und damit deren Gewinne, die für die Zinstilgung vorgesehen waren, wegfallen, wird die Landesregierung Einsparungen im Haushalt vornehmen müssen, um die Zinsen zahlen zu können. Das heißt, praktisch freut sich EDF in Frankreich darüber, dass der Mappus so doof war.

Einen solchen Fehler wollen wir bei den anderen AKWs vermeiden. Wir werden erst die AKWs stilllegen, und dann kann man weiterreden. Richtig ist, dass wir natürlich ein Netz brauchen, das in der Hand der Gesellschaft ist. Ich denke, wir sind uns einig, dass wir das möglichst schnell erreichen müssen.

Herr Ludwig hat uns eben vorgeworfen, wir hätten einen weichgespülten Antrag vorgelegt.

Dem halte ich entgegen: Einen weichgespülteren Antrag als den der Linken kann man sich eigentlich gar nicht vorstellen. Wenn Sie hier fordern, dasselbe wie in Jena oder in Brühl zu machen, nämlich die Kommune als atomstromfrei zu deklarieren, ist das nicht anderes, als den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Das bedeutet nämlich lediglich, die Strommengen auf dem Papier umzuverteilen: Die Industrie bekommt den Atomstrom, und die Bürger bekommen den sauberen atomfreien Strom. Das ist doch Schwachsinn. Das kann man nur sagen, wenn man die Leute verarschen will.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: So etwas darf man nicht sagen, Herr Brust!)

- Das ist so. Jeder weiß doch, dass heute nur 17 Prozent Erneuerbare im Netz eingespeist sind. Daraus kann man nicht einfach 100 Prozent für alle Bürger machen. Es wird enormer Anstrengungen bedürfen, um die Quellen für erneuerbare Stromerzeugung aufzubauen. Bis dahin ist es Augenwischerei, zu fordern: 100 Prozent atomfreier Strom. Das heißt nichts anderes, als dass ein anderer dann mehr Atomstrom in seinem Mix hat.

Das Entscheidende an unserem Antrag ist, dass wir vorschlagen, in zwei Schritten vorzugehen:

Erstens. Es darf langfristig nur noch in Erneuerbare bzw. in Kraft-Wärme-Kopplung investiert werden. Kraft-Wärme-Kopplung ist wichtig, weil sie Schwankungen bei der Einspeisung der Erneuerbaren ausgleichen kann. Deswegen ist unser Antrag weitergehend; denn er fordert. Die RheinEnergie darf nur noch in Erneuerbare, in KWK und Speichertechnik investieren, also zum Beispiel nicht mehr in Kohlekraftwerke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens. In den Punkten 4 und 5 fordern wir, den Menschen klar zu sagen: Wenn ihr dafür seid, möglichst schnell aus der Atomenergie auszusteigen, dann müsst ihr möglichst schnell euren Stromverbrauch senken. Wir müssen bei der Energiereduzierung vorankommen.

Auch dort sollten wir in zwei Schritten vorgehen: Zum einen haben wir heute einen Antrag für den nächsten Umweltausschuss gestellt, in dem wir detaillierte Vorgaben machen, wie bei der Stadt selbst Energie gespart werden kann. Zum

anderen läuft beim Umweltamt im Moment ein CO₂-Minderungsprogramm, dessen Ergebnis in den nächsten Monaten vorgelegt wird. Darin werden dann auch im Detail Vorschläge enthalten sein, wie wir die Kölner Bürger zu ernsthaftem Energiesparen bewegen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Brust. Ihre Wortwahl in einem Einzelfall sollte allerdings nicht zum Regelfall unserer Debatten hier werden. - Dann kommen wir zu Herrn Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht all das, was Herr Börschel hier schon gesagt hat, wiederholen; denn inhaltlich sind wir voll einer Meinung.

(Martin Börschel [SPD]: Au! Da muss ich doch noch mal was sagen!)

Wir haben im Aufsichtsrat der RheinEnergie eine Strategiedebatte geführt, in der die im Antrag der SPD aufgeführten Punkte, die ich jetzt nicht noch einmal einzeln erwähnen will, im Vordergrund standen.

Ich möchte aber doch einen Satz hinzufügen: Es lohnt sich nicht, sich mit dem Antrag der Linken auseinanderzusetzen, weil er wirklich rückwärtsgerichtet ist und nichts Neues enthält.

(Martin Börschel [SPD]: Deshalb muss man sich ja damit auseinandersetzen!)

Wenn Sie von der Linken in Punkt 2 Ihres Antrags fordern - Herr Börschel hat es eben schon angesprochen -: Der Rat der Stadt Köln spricht sich für eine Vergesellschaftung des privaten Energiekonzerns aus, dann erinnert mich das doch sehr an DDR-Zeiten, in denen das auch so gemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU und pro Köln)

Meine Damen und Herren von der Linken, ich darf Sie daran erinnern, dass sowohl die Stadt Köln als auch jeder einzelne Steuerzahler mit dem Soli noch immer für die Fehler zahlt, die die DDR von 1949 bis 1990 gemacht hat. Eine Vergesellschaftung wollen wir hier nicht.

(Beifall bei der FDP)

Allein dieser Punkt reicht schon aus, den Antrag der Linken abzulehnen. Aber er zeugt auch inhaltlich - das muss ich ehrlich sagen - von großer Ahnungslosigkeit. Es wäre so einfach gewesen, die erheblichen inhaltlichen Fehler zu vermeiden, wenn Sie sich nur einmal auf der Internetseite der RheinEnergie informiert hätten

(Beifall bei der CDU, der FDP und pro Köln)

oder im Stadtwerkekonzern nach den Abschlüssen gefragt hätten. All das haben Sie nicht gemacht. Stattdessen haben Sie hier einen Schauantrag gestellt, mit dem ich mich jedenfalls nicht auseinandersetzen will.

Lassen Sie mich hier klar zum Ausdruck bringen, welche Strategie die RheinEnergie verfolgt. Auch wir wollen aus dem Bezug von Strom, der mittels Kernenergie erzeugt wird, herauskommen. Aber das geht natürlich nicht so leicht. Deswegen hat der Aufsichtsrat in den letzten zwei Jahren - seitdem bin ich dort Vorsitzender - auf Folgendes geachtet:

Erstens. Wir investieren in Kraft-Wärme-Kopplung. Es existieren bereits Planungen für ein neues Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk in Niehl. Wir hoffen, mit dem Bau in circa einem Jahr beginnen zu können.

Zweitens. Es ist kein Geheimnis - aber ich will Sie hier einmal daran erinnern -, dass wir in Andasol in Spanien in eine Photovoltaikanlage investiert haben. Des Weiteren haben wir in einen Windpark in Deutschland investiert; das Investitionsvolumen betrug ungefähr 100 Millionen Euro. Das heißt, wir sind längst weiter, als hier von Ihnen angedeutet wird.

Drittens. Wir versuchen natürlich auch, den Mix, der erforderlich ist, zu streuen. Deswegen war es sinnvoll, in das Steinkohlekraftwerk Rostock zu investieren und uns eine große Scheibe der Anteile zu sichern. Diese Entscheidung ist bisher nicht genannt worden.

Aber ich sage auch: Ich bin froh, dass wir im Jahr 2002 die Entscheidung getroffen haben, die RheinEnergie aus der GEW auszugliedern und eine Aktiengesellschaft zu gründen. Es war gut, dass wir eine 20-prozentige Beteiligung von RWE mit hereingeholt haben; denn damit ist es möglich, ein viel größeres Gebiet abzudecken.

Ich halte es auch für sehr wichtig, dass wir den kommunalen Träger im Hintergrund haben. Die kommunale Trägerschaft garantiert nämlich, dass wir als Stadt über den Aufsichtsrat Einfluss

auf die RheinEnergie ausüben können, ohne - und das ist der Unterschied - die Negativsituation eines Eigenbetriebs zu haben. Wir können vielmehr mit der RheinEnergie als Aktiengesellschaft am Markt frei arbeiten. Das betrifft sowohl den Vertrieb als auch den Einkauf. Das ist hervorragend für Köln, für die Wirtschaft und auch für die Bürger. Damit wird sichergestellt, dass sie erheblich weniger Kosten zu tragen haben und all die Produkte bekommen, die die RheinEnergie anbietet. Neben Gas sind das ja auch noch Wasser, Strom und natürlich Fernwärme. Diese Kombination bringt es.

Wenn Sie von der Linken der Meinung sind, dass Sie mit Smart Energy - ich will einmal diesen Begriff verwenden - punkten können, lassen Sie sich gesagt sein: In diesem Punkt sind wir bei der RheinEnergie schon sehr viel weiter. Wir haben letztes Mal im Beirat die Strategie diskutiert und haben auch schon eine Aufsichtsratssitzung zu diesem Thema durchgeführt. Smart Energy bedeutet ja unter anderem, dass für den Endverbraucher technische Voraussetzungen geschaffen werden, die dazu beitragen, die Energieeffizienz zu verbessern. Wir werden in den nächsten ein bis zwei Monaten einen Versuch starten, bei dem 30 000 Häuser mit sogenannten intelligenten Stromzählern ausgestattet werden. Gehen Sie also ruhig davon aus, dass wir bei Smart Energy schon weiter sind. Da sind wir Vorreiter in ganz Deutschland. Auch in dieser Hinsicht läuft Ihr Antrag also ins Leere.

Mit dem Antrag von SPD und Grünen stimmen wir voll überein, weil sich darin in allen Punkten die Strategiediskussion, die wir geführt haben, widerspiegelt. Dem ist nichts hinzuzufügen. Das ist im Aufsichtsrat der RheinEnergie einstimmig so beschlossen worden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man hier die Inszenierung von Herrn Ludwig und auf der Besuchertribüne gesehen hat, fällt einem gleich wieder das Schreiben des Kölner Polizeipräsidenten Klaus Steffenhagen zur Räumung des „Autonomen Zentrums“ ein.

(Beifall bei der CDU und pro Köln - Zurufe von der Zuschauertribüne)

Das Thema AKW und Kernkraft wird von bestimmten linken Kräften instrumentalisiert, um unsere demokratische Grundordnung zu destabilisieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das haben wir hier heute wieder erlebt. Man darf, glaube ich, weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind sein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn in diesem Antrag zum Thema „Ausstieg aus der Atomenergie“ die Vergesellschaftung der Erzeuger, Versorger und Netze gefordert wird, dann geht es letztlich darum, unsere soziale Marktwirtschaft abzuschaffen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und da - das muss hier klar und deutlich gesagt werden - machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es war aber auch sehr interessant, den anderen Redner zuzuhören, insbesondere Herrn Brust, der hier in aller Deutlichkeit gesagt hat, dass der Strom, wenn die AKWs abgeschaltet werden, teurer werden wird und dass man diese Wahrheit sagen muss. Diese klaren Worte hätte ich mir in der Debatte im Deutschen Bundestag oder auch bei Pressekonferenzen der Grünen gewünscht; denn das wissen viele Bürgerinnen und Bürger noch nicht.

Das war der Grund, warum auch wir von der FDP gesagt haben: Wir unterstützen das von der Bundesregierung verkündete Moratorium; denn es sorgt zum einen dafür, dass die Sicherheit der Bürger gewährleistet ist - diese hat natürlich höchste Priorität -, aber es wird zum anderen auch deutlich machen, was es bedeutet, jetzt abzuschalten. Es wäre doch aberwitzig, wenn wir, nachdem wir unsere AKWs vom Netz genommen haben, aus anderen Ländern Atomstrom importieren müssten. So kann es nach unserer Meinung auch nicht sein. In Tschechien wird ja jetzt schon überlegt, trotz der Pannenserie des Reaktors Temelin noch einen weiteren dort zu bauen. Wir sind der Meinung: Unsere sicheren Reaktoren müssen weiter betrieben werden und nicht die in Tschechien. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Uckermann. Wollen Sie es vom Platz aus machen?

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, wenn Sie wünschen, komme ich auch gerne nach vorne.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, nein, machen Sie es ruhig vom Platz aus.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich stelle nämlich jetzt hier fest, dass der ganze Antrag - das war ja schon in der Schriffform zu erkennen - mit der kommunalen Selbstverwaltung, also dem, was die Stadt Köln selbst angeht, nichts zu tun hat

(Beifall pro Köln)

und dass er außer schönen Formulierungen nichts Neues enthält. Eine dieser Formulierungen möchte ich den letzten Zuschauern, die jetzt noch da sind, kurz zu Gemüte führen: Köln wollen Sie zur atomfreien Zone erklären. - Wie wollen Sie das denn machen? Wollen Sie das auf alle Ortstafeln schreiben? Das ist doch eine reine Showdebatte, die Sie hier führen.

Ich plädiere dafür, dass wir uns jetzt um die Klärung von Fragen kümmern, die viel wichtiger sind, beispielsweise, ob die Gebühren erhöht werden müssen oder nicht.

(Beifall pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Ersetzungsantrag von SPD und Grünen ab. Wer gegen diesen Ersetzungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln angenommen.

(Beifall bei der Linken.Köln - Martin Börschel [SPD]: Auch die FDP ist für den Atomausstieg! Sehr schön!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf:

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verbesserung der Luftqualität" AN/0704/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/0798/2011

Wer spricht dazu? - Herr Götz, bitte.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, Herr Bacher! - Heiterkeit)

- Entschuldigung, Herr Götz Bacher. Bitte schön.

Götz Bacher (SPD): Die Belastung unserer Luft mit Schadstoffen sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen sieht man kaum, man riecht sie kaum, doch sie bedroht unser aller Gesundheit täglich. In Ballungsräumen wie Köln ist die Belastung unserer Luft mit Stickoxiden und Feinstaub besonders hoch.

In den Städten und deren Umgebung entstehen die meisten Stickoxide neben Gewerbe und Industrie durch Autoabgase, also durch die Verbrennung von Treibstoff in einem Automotor. Trotz der Einführung des Katalysators sind in den Städten die NO_x-Konzentrationen nur im geringen Maße zurückgegangen. Der Kraftfahrzeugverkehr macht weiterhin circa 55 bis 60 Prozent der Emissionen aus und stört durch seine Verbrennungsprozesse das natürliche Gleichgewicht unserer Luft.

Stickoxide - NO_x - gehören somit zu den Massenschadstoffen in unserer Luft. Allein in Deutschland werden mehr als 1 Million Tonnen freigesetzt. Dabei haben Stickoxide negative Auswirkungen auf unsere Gesundheit. Sie schädigen Mensch, Tier und Vegetation in vielfacher Weise unmittelbar.

Längerfristige Expositionen können die Lungenfunktion beeinträchtigen und erhöhen im starken Maße das Risiko von Atemwegserkrankungen wie akute Bronchitis, Husten und Auswurf, insbesondere auch bei Kindern. Sie führen zu einer Zunahme von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bedingen eine höhere Sterblichkeit.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Bitte?

(Ulrich Breite [FDP]: Da wird mir ganz anders, was du da alles aufzählst!)

- Ja, mach dir doch eine Zigarette an.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Erhöhte Feinstaubbelastungen führen ebenfalls zu vermehrten Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen und verkürzen die Lebenserwartung weiter. Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation zeigen, dass mit Feinstaub belastete Luft die durchschnittliche Lebenserwartung um circa zehn Monate verkürzt.

In den Ballungsräumen, in denen Feinstaubbelastungen bekanntermaßen besonders hoch sind, ist der Straßenverkehr eine bedeutende Quelle, und dieser kommt nicht nur aus den Motoren, er entsteht auch beim Bremsen und durch Reifenabrieb, aber auch durch die Aufwirbelung des auf der Straßenoberfläche vorhandenen Staubs. Anders als bei vielen anderen Schadstoffen wie zum Beispiel Schwefeldioxid führen nicht nur kurzzeitig erhöhte Konzentrationen zu negativen gesundheitlichen Auswirkungen; auch geringere Konzentrationen wirken längerfristig schädigend auf unsere Gesundheit.

Bestätigend durch die Antwort unserer Anfrage ist festzustellen, dass trotz der Einführung der Umweltzone die Schadstoffbelastung in Köln nicht wesentlich gesunken ist. Von daher ist es für uns unbedingt erforderlich, in Wahrnehmung der Verantwortung für die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner die Bezirksregierung aufzufordern, kurzfristig Maßnahmen zur Umweltzone mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bitten darum um Zustimmung zu unserem Antrag.

Abschließend noch kurz zum Änderungsantrag der FDP. Diesen lehnen wir natürlich ab. Zwar ist es erfreulich, dass sich auch die FDP mit diesem Thema beschäftigt, allerdings unserer Meinung nach nicht zielgerichtet. Wir sind der Meinung, dass mit der Verabschiedung unseres Antrags dem Thema ausreichend Rechnung getragen wird. - Ich danke Ihnen, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Bacher. - Herr Dr. Welpmann, bitte schön.

Dr. Matthias Welpmann (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Roters, Sie haben ja am Montag auf unserer Mitgliederversammlung darauf hingewiesen, wie wichtig es für Köln ist, dass die Stadt attraktiv bleibt für Menschen aller Altersgruppen, für Menschen mit vielfältigen beruflichen Spektren und Qualifikationen, sei es aus dem produzierenden Gewerbe oder aus dem Dienstleistungsbereich. Sie haben auch gesagt, dass wir aktiv daran arbeiten müssen, damit Köln nicht nur eine dynamische und wachsende Stadt, sondern auch eine für Unternehmen attraktive Stadt bleibt, die den hier lebenden Menschen qualifizierte Arbeitsplätze bietet.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Meine Damen und Herren, damit das zutrifft, müssen wir aber neben den Beschäftigungsmöglichkeiten in Wirtschaft und Verwaltung auch Folgendes bedenken: Es gibt noch einen ganz entscheidenden Faktor, der in der Konkurrenz mit anderen Städten in Deutschland, im europäischen und außereuropäischen Ausland eine zunehmende Rolle spielt, nämlich den Faktor Lebensqualität. Zu dieser Lebensqualität gehört eben auch die Luft. Ob sich zum Beispiel eine junge Familie mit kleinen Kindern in der Stadt wohlfühlt und hier bleibt oder ob sie sich entscheidet, ins suburbanisierte Umland abzuwandern, hängt nicht zuletzt auch von der Lebensqualität ab, die unter anderem durch den Parameter Luftqualität bedingt wird, der - das werden Sie sicherlich nicht bestreiten - für uns alle wichtig ist, weil wir alle Luft einatmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen also nicht nur dafür sorgen, dass Menschen und Unternehmen aus wirtschaftlichen Erwägungen nach Köln kommen, sondern wir müssen diesen Menschen eine interessante, vielfältige und nicht zuletzt gesunde Stadtlandschaft anbieten, welche die Leute nachhaltig an die Stadt bindet. Hierzu gehört als ein Faktor auch eine möglichst schadstofffreie Luft.

Welche Folgen es hat, wenn Menschen über längere Zeit hohen Luftschadstoffbelastungen ausgesetzt werden, hat Kollege Bacher gerade schon dargelegt. Ich möchte in dem

Steuergelder ausgegeben haben. Wir haben ein Gutachten beantragt und es ausführen lassen. Wir haben die Verwaltung über ein Jahr lang beschäftigt. Da können Sie doch jetzt nicht einfach sagen: Das ist uns alles egal; wir machen jetzt einen ganz tollen Antrag und wissen es alles besser. Wir haben die Gelder der Bürger ausgegeben - ob Bundesgelder oder städtische Gelder -, damit wir ein vernünftiges Konzept erhalten, mit dem wir an die Öffentlichkeit gehen können. Stattdessen sagen Sie nun: Das ist mir egal, ich will es bitte jetzt. Das halte ich für einen Fehler.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wenn ich es richtig verstanden habe, hat die CDU den Antrag auf Vertagung gestellt. Da dieser Antrag der weitergehende ist, lasse ich darüber zuerst abstimmen. Wer sich für die Vertagung dieses Antrags ausspricht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen CDU, FDP und pro Köln sowie Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen als Nächstes zur Abstimmung über den Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag der FDP. Wer für den Antrag der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Letztlich kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Linken sowie der OB. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zu:

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Erhalt der Leistungsfähigkeit Kölner Straßen“ AN/0695/2011

Dazu hat sich zunächst Herr Möring gemeldet.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir einen Blick in die jüngere Vergangenheit zurückwerfen und uns vergegenwärtigen, welche baulichen Maßnahmen wir in Köln im Bereich von Straßen, Wegen und Plätzen durchgeführt haben, fällt uns auf, dass wir zwar eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen und umgesetzt haben, bei denen es um die Reduzierung der Leistungsfähigkeit von Straßen geht - meistens zugunsten anderer Nutzer des öffentlichen Raumes -, dass wir aber beim Bau neuer Straßen oder bei der Erweiterung von Straßen deutlich sparsamer gewesen sind.

Jedes Mal, wenn wir die Diskussion über solche Fragen führen, reden wir letztlich über die Frage, wie die Flächenkonkurrenz zwischen den verschiedenen Teilnehmern des Verkehrs oder Nutzern des öffentlichen Raumes ausgetragen wird. Das heißt, dass es neben stadtgestalterischen Dingen immer auch um die Frage der Funktion von Verkehrsverbindungen bzw. Verkehrswegen geht.

In den einzelnen Vorlagen steht manchmal etwas dazu - zum Beispiel, die Verkehrsbelastung lasse das zu, oder Ähnliches, was mehr pauschal ist. Wir haben manches Mal über die Frage diskutiert, ob ein solcher Rückbau oder eine solche Reduzierung der Leistungsfähigkeit auch vertretbar ist. Gerade wir haben oft kritisch angemerkt, dass wir davon nicht überzeugt sind.

Mit dem Antrag, den wir heute gemeinsam mit der FDP vorlegen, wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass diese Diskussion auf eine rationalere Grundlage gestellt wird. Daher erwarten wir von der Verwaltung, dass bei der Vorlage entsprechender Vorschläge grundsätzlich die Einschränkung der Leistungsfähigkeit erörtert und mit Zahlen belegt wird. Wie das im Einzelnen zu geschehen hat, wollen wir nicht vorschreiben. Wir brauchen aber eine klare Entscheidungsgrundlage, die zu dem Thema Leistungsfähigkeit deutliche Aussagen macht.

Ich will nicht auf einzelne Beispiele eingehen und nur einmal die Diskussion um die Einengung der Bonner Straße, insbesondere vor dem Hintergrund der Querung der Rheinuferstraße, nennen. Es gibt aber genug andere Beispiele in Köln, die man auch dafür heranziehen könnte.

Das ist der Sinn. Wir wollen eine Entscheidungsgrundlage haben, die uns eine fundierte Entscheidung möglich macht. Es darf

nicht immer nur nach Treu und Glauben oder nach Ideologie gehen; nach dem Motto: Wir machen die Straßen mal ein bisschen enger; es kommt immer etwas Gutes dabei heraus - notfalls weniger Verkehr. An sich ist das zwar schön. Verkehrswege sind aber nun einmal dazu da, genutzt zu werden. Die Einschränkung von Verkehr kann ja nicht das Ziel sein.

Uns geht es also darum, hier eine vernünftige, sachliche Entscheidungsgrundlage zu bekommen. Das ist unsere Aufforderung an die Verwaltung. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es noch eine Wortmeldung von der FDP? - Ja. Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einige wenige Ergänzungen.

Ich bin der festen Meinung, dass die Kollegen von SPD und Grünen diesem Antrag zustimmen werden, weil dies auch ein Beitrag zum Umweltschutz und zur Luftreinhaltung ist. Deswegen gehe ich davon aus, dass sicherlich eine Zustimmung erfolgen kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Aber hallo!)

Schließlich sind wir eine Millionenstadt. Frau Stahlhofen glaubt das zwar nicht, wie sie eben in ihrer Rede deutlich gemacht hat. Wir sind aber kein Dorf in der Eifel. Daher sollten wir uns auch mit unseren leistungsfähigen Zufahrtsstraßen und innerstädtischen Straßen entsprechend präsentieren.

Herr Welpmann hat das in seiner Rede zum Umweltschutz gerade anders ausgedrückt. Er sprach von einer gesunden und vielfältigen Stadtlandschaft. Dazu gehören auch gut erreichbare Innenstädte.

Die Infrastruktur in Köln muss und soll erhalten bleiben. Die Leistungsfähigkeit einiger Straßen lässt schon sehr zu wünschen übrig. Daher ist hier eine ganzheitliche Betrachtung erforderlich.

Ich bitte nochmals um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Kirchmeyer. - Frau dos Santos Herrmann, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Kirchmeyer, ich muss Ihrem Antrag weder zustimmen, noch muss ich ihn ablehnen. Meiner Auffassung nach ist er durch Verwaltungshandeln erledigt.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: So kann man es natürlich auch machen!)

- Ja, das ist so. Schauen Sie sich das doch einmal an. Uns wird dargelegt, welche Auswirkungen Veränderungen im Stadtraum und in den Straßen haben. Wir können uns dann gemeinsam dafür entscheiden oder uns auch dagegen stellen, wenn wir anderer Auffassung sind.

Ich würde auch gerne mit CDU und FDP ideologiefrei und sachlich darüber diskutieren, welche Verkehrspolitik wir brauchen. Im Übrigen gibt es natürlich immer Stellen, an denen man vielleicht auch mal über eine breitere Straße diskutieren muss.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Aber wann immer dieser Versuch gestartet wird, landet er spätestens nach drei Minuten bei der eher beschränkten Politik mit Tunnelblick. Deswegen glaube ich Ihnen nicht, dass Sie damit wirklich eine sachliche Basis für Verkehrspolitik erreichen wollen.

(Henk van Benthem [CDU]: Das kennt man doch schon alles!)

In der Begründung Ihres Antrags schreiben Sie tatsächlich, es gehe um „den optimalen Mix zwischen Individualverkehr und ÖPNV“. Schaut man dann in Ihren Antrag, sieht man aber immer wieder nur Autoverkehr. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist wiederum keine sachliche Debatte und auch keine ideologiefreie Debatte um vernünftige Verkehrspolitik in Köln.

Im Übrigen haben wir im September des vergangenen Jahres, also vor einem guten halben Jahr, im Verkehrsausschuss eine Anfrage gestellt, und zwar anlässlich der Behauptung,

Köln sei die autofeindlichste Stadt in Deutschland.

(Manfred Wolf [FDP]: Das hat der ADAC festgestellt!)

- Nein, wenn Sie die Antwort des ADAC bzw. der Verwaltung auf die Anfrage lesen, werden Sie feststellen, dass das alles gar nicht so undifferenziert ist, wie Sie es gerne darstellen wollen.

Wir haben unter anderem die Frage gestellt, ob es denn zutrifft, dass die Entscheidungen im Stadtrat in den vergangenen Jahren zu einer schwächeren Leistungsfähigkeit der Straßen oder zur Benachteiligung von Verkehrsträgern wie beispielsweise dem Auto geführt haben.

Herr Streitberger hat uns darauf schon in der Sitzung mündlich sehr ausführlich geantwortet und das später noch einmal schriftlich nachgereicht. Ich darf zitieren:

Insofern gibt es nach Ansicht der Verwaltung keine Belege dafür, dass einseitig nachteilige Beschlüsse zulasten einer Gruppe gefasst werden.

Das ist der erste Punkt.

Im Übrigen weist die Verwaltung auch zu Recht darauf hin, dass die Förderung bestimmter Verkehrsträger natürlich auch eine Entlastung für etwa den Kraftfahrzeugverkehr bedeutet. Erlauben Sie mir, auch hierzu noch einmal aus der Antwort der Verwaltung zu zitieren:

Die Förderung alternativer Verkehrsmittel wie Fußgängern, Radfahrern und öffentlichem Personennahverkehr führt im Ergebnis dazu, dass der Kraftfahrzeugverkehr langsam, aber kontinuierlich abnimmt.

Es ist daneben erforderlich, Straßenum- und -ausbauten punktuell auch im Sinne des Kraftfahrzeugverkehrs vorzunehmen, um Problempunkte, die trotz dieser Entwicklung bestehen bleiben, abzubauen.

Mit „Mobil im Rheinland“ und anderen Signalsteuerungs- und Verkehrsmanagementsystemen ist - - Nein; Entschuldigung. Mit Verkehrsmanagement- und Signalsteuerungssystemen arbeitet die Verwaltung im Übrigen auch für einen besseren Fluss im Verkehr. Insofern heißt nicht jeder Umbau, dass eine Straße dann leistungsschwächer wäre.

(Karsten Möring [CDU]: Haben Sie nicht „Mobil im Rheinland“ gerade zurückgefahren?)

- Im Gegenteil.

Mit „Mobil im Rheinland“ ist hier ein Verkehrsträger und Gemeindegrenzen überschreitender Ansatz entwickelt worden, der europaweit beachtet wird.

Das ist wiederum aus der Antwort der Verwaltung.

Außerdem ist kurzfristig mit dem „Verkehrskalender Köln“ noch zielgerichteter und klarer über Verkehrsverhältnisse in Köln zu informieren.

Das ist ja inzwischen eingeführt worden und zeigt auch schon erste Erfolge.

Im Übrigen sind wir alle dazu aufgerufen, nach geeigneten Maßnahmen zu suchen, die eben nicht unbedingt bauliche Maßnahmen sind, sondern auch verkehrslenkende Maßnahmen, die den Verkehrsfluss verbessern können, wie das Programmieren von Signalsteuerungsanlagen und Ähnliches.

Eine meiner Lieblingskreuzungen, die wir auch im Verkehrsausschuss immer mal wieder thematisiert haben, auf die die CDU aber nicht so gerne guckt, weil sie nicht in ihrem Kerngebiet liegt, und bei der sie offenbar auch keinen Tunnel haben möchte, ist die Kreuzung Frankfurter Straße/Rösrather Straße in Ostheim. Diese Straße ist in Spitzenzeiten des Verkehrs durchaus stark belastet und hatte in der Vergangenheit auch nicht unerhebliche Engpässe. Inzwischen ist aber das passiert, was wir schon lange eingefordert haben, nämlich eine Überprüfung der dortigen Signalanlage.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das hat nichts gebracht!)

- Doch, einiges. Ihre CDU-Mitglieder aus Ostheim bestätigen mir, dass die Reparatur der Ampelanlage doch eine ganz erhebliche Entlastung gebracht hat. Das an dieser Stelle einsetzende Verkehrsleitsystem mit neuer Beschilderung lenkt den Verkehr bereits heute ordentlich über den Vingster Ring.

(Zuruf von Gisela Manderla [CDU])

- Das ist wahr.

(Gisela Manderla [CDU]: Wer denn?)

- CDU-Mitglieder aus Ostheim. Ich weiß den Namen des Herrn im Moment leider nicht.

(Henk van Benthem [CDU]: Ross und Reiter nennen, oder man glaubt es nicht! - Gisela Manderla [CDU]: Wer denn?)

- Den Namen liefere ich gerne nach, Frau Manderla.

(Henk van Benthem [CDU]: Wie heißt er?)

- Ich kenne ihn ja. Auf einer Veranstaltung, die ich durchgeführt habe, hat er es mir selber gesagt.

(Henk van Benthem [CDU]: Na also! Wie heißt er denn?)

- Ihr Ortsverbandsvorsitzender in Ostheim.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau dos Santos Herrmann - -

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister, erlauben Sie mir noch eine Bemerkung.

(Henk van Benthem [CDU]: Der kam aus Rodenkirchen!)

- Der kam nicht aus Rodenkirchen, sondern aus Ostheim. Ich liefere den Namen gerne nach.

Wir betrachten Ihren Antrag als erledigt und werden ihn, weil Sie ihn wahrscheinlich aufrechterhalten, natürlich ablehnen. Das tun wir aber mit gutem Gewissen. Die Verwaltung arbeitet unserer Auffassung nach im Sinne Ihres Antrags. Er ist überflüssig. Letztlich ist er auch kein Beitrag zu einer ideologiefreien Debatte, sondern das genaue Gegenteil. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Tull, bitte.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die CDU erst einmal loben.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

- Ja. - Offensichtlich hat auch die CDU verstanden, dass es mit der bisherigen Verkehrspolitik, bei der man dem motorisierten Individualverkehr absolute Vorherrschaft im Stadtbild gibt

(Karsten Möring [CDU]: Wo ist das denn der Fall?)

und ihm eine Bevorrechtigung gegenüber allen anderen Verkehrsarten einräumt, nicht so weitergeht.

Deshalb begrüße ich es sehr, dass sich die CDU in letzter Zeit verstärkt inhaltlich mit dem Thema „Mobilität in der Stadt“ auseinandersetzt und dazu auch interessante Diskussionsveranstaltungen durchführt.

(Zuruf von der CDU: Offensichtlich mit Spionen dabei!)

Aber leider scheint das der CDU-Fraktion im Stadtrat nicht ganz geheuer zu sein. So schlägt sie ihre Räder wieder in die verkehrte Richtung ein. Jüngstes Beispiel ist die CDU-Kampagne zum sofortigen Bau des Rheinufertunnels.

(Winrich Granitzka [CDU]: Die läuft doch toll!)

Man kann ja die Haltung haben, dass, egal was es kostet - Geld, Bäume, mehr Stadtverschandelung -, ein solcher Tunnel absolut notwendig ist, damit auch nur die Möglichkeit eines Staus in jedem Fall vermieden wird. Diese Haltung kann man ohne Zweifel haben. Ich habe aber außerhalb von Karneval selten so gelacht wie beim Lesen Ihres Slogans: „Mein Papa soll nicht im Stau stehen, sondern mit mir spielen.“

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Beifall bei der CDU)

Hallo? Wir haben das Jahr 2011 - nicht 1961, auch wenn Sie das gerne hätten. Ihre ganze Antiquiertheit kommt in diesem Satz zum Ausdruck, der die völlig veränderten Lebens-, Mobilitäts- und Familienumstände in einer Großstadt wie Köln komplett ignoriert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie peinlich ist das denn?

In diesem Zusammenhang muss man leider auch Ihren Antrag sehen. Statt zur Kenntnis zu nehmen, dass sich der Modal Split verändert, dass Bus und Bahn ohne Ende Zuwächse haben, dass der Radverkehrsanteil immer weiter

steigt und dass der Fußverkehr in der Innenstadt die wichtigste Verkehrsart ist, halten Sie an dem völlig überkommenen Konzept der autofreundlichen Stadt fest. Sie versuchen alles, um moderne Mobilitätsentwicklung in dieser Stadt auszubremsen. Zum Glück haben Sie dafür keine Mehrheit. Sie tun so, als würde der Umbau von Straßen zu einer Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse führen.

(Gisela Manderla [CDU]: Ja, das ist so!)

Das Gegenteil ist der Fall. Entschleunigung und Verstetigung des Verkehrs führen zu weniger Staus, zu besserer Luft, zu weniger Lärm und zu mehr Aufenthaltsqualität.

Dies kommt letztlich allen zugute - nicht nur den Papas, die aus Bornheim-Roisdorf oder Niederkassel-Rheidt oder von noch weiter her morgens ihre trostlose Reihenhaussiedlung verlassen,

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Henk van Benthem [CDU]: Pfui! - Weitere Zurufe von der CDU)

um sich dann mit den anderen Papas im Auto auf den langen und steinigen Weg in die große Stadt zu machen.

Lassen Sie mich nun einmal zu den konkreten Straßen kommen, die Sie in Ihrem Antrag benennen.

Die Bonner Straße, an der im Übrigen sehr viele Wohnungen liegen, sollte eigentlich nach der Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn komplett zweispurig werden. Das war im Straßenverkehrskonzept so vorgesehen. Leider konnte und wollte sich daran niemand mehr erinnern - außer uns. Dass der südliche Teil jetzt vierspurig ist, ist ein schmerzhafter Kompromiss.

Die Cäcilienstraße leidet vor allem darunter, dass die Papas aus dem rechtsrheinischen Bergischen Land ausschließlich das Kaufhaus-Parkhaus kennen und auch kein anderes Parkhaus kennenlernen wollen.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb gab es in der Vergangenheit immer wieder Staus.

(Ralph Sterck [FDP]: Die Straße liegt doch weiter westlich, Frau Kollegin!)

Dies wird sich jetzt ändern, weil nicht mehr zugelassen wird, dass eine öffentliche Fahrspur als Wartezone für ein privates Parkhaus genutzt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stattdessen verschaffen wir den Kölner Bürgerinnen und Bürgern - denen wir im Übrigen verpflichtet sind, nicht den Papas aus dem Umland - mehr Raum.

Die Frankfurter Straße wird schöner gestaltet. Dies kommt insbesondere den dort ansässigen Geschäftsleuten zugute, die dringend Unterstützung brauchen.

Und Mülheim kann nun wirklich ein paar schönere Ecken gebrauchen. Das müssen Sie doch wohl zugeben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als reine Durchgangsschnellstraße ist die Frankfurter Straße viel zu schade.

Insofern läuft Ihr Antrag ins Leere, da mit den angestrebten Verbesserungen im Kölner Straßenland nicht etwa rot-grüner Stauwahnsinn, sondern ein wirklicher Benefit für die Kölner Bevölkerung geschaffen wird.

Die von Ihnen angeregten Untersuchungen zu Schleichverkehren usw. sind im Übrigen Bestandteil jeder Vorlage und werden selbstverständlich vorgelegt. Ihr Antrag ist also auch in dieser Hinsicht völlig überflüssig. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! So abstrus, wie der Antrag an sich meines Erachtens ist, so abstrus war natürlich auch die Debatte. Anscheinend sind die Grünen jetzt auch eine papafeindliche Partei.

(Beifall bei pro Köln)

An dieser Stelle kann ich die Grünen nur fragen - wir werden dem Antrag übrigens zustimmen -: Was haben Sie denn aus der Venloer Straße gemacht? Ist das Ihre Art von Stadtverschönerung, Frau Tull? Wollen Sie das

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer für diesen Antrag der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keiner. Damit ist er abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.7:

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Vergabe durch die Stadt Köln nach sozialen und ökologischen Standards“ AN/0708/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! In einer Mitteilung vom 11. Juni 2007 teilte die Verwaltung dem AVR mit, dass bei der Vergabe von Aufträgen Unternehmen, die ausbilden, nicht mehr bevorzugt behandelt werden. Der damalige Regierungspräsident Lindlar von der CDU hatte einer Beschwerde des Bauunternehmens Helf GmbH & Co. KG nachgegeben. Die Empörung im Ausschuss war parteiübergreifend groß.

Ich habe vor einigen Wochen bei der Bezirksregierung nachgefragt, wie der aktuelle Sachstand ist und wie in der Sache weiter verfahren werden kann. Mir wurde mitgeteilt, dass die Bezirksregierung 2007 mit der damaligen CDU-Landesregierung vereinbart hatte, dass ein neuer Erlass, also ein überarbeiteter Erlass, zur Bevorzugung von Ausbildungsbetrieben nicht mehr auf den Weg gebracht werden sollte. Die Bezirksregierung teilte mir aber auch mit, dass sich durch die Modernisierung des Vergaberechts vom April 2009 viel geändert habe und - ich zitiere - „insbesondere soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte“ eine neue Rolle spielen würden.

Die politische Situation in NRW und die rechtlichen Möglichkeiten haben sich seit 2010 geändert. Da wir inzwischen eine rot-grüne Landesregierung und eine sozialdemokratische Regierungspräsidentin haben, wäre unseres Erachtens ein neuer Vorstoß in Sachen Vergaberecht bezüglich der Ausbildungsplätze zu wagen. Der Kölner Rat könnte hier mit Erfolg eine neue Änderung anstoßen.

Ein solches Vorgehen würde auch mit der beginnenden Diskussion über ein neues Tariftreuegesetz korrespondieren. Auch hier könnten soziale Kriterien wie zum Beispiel der Mindestlohn einfließen.

Meine Damen und Herren, auf den städtischen Baustellen in Köln gab es immer wieder Betriebe, die Arbeiter zu Dumpinglöhnen beschäftigten. Die Sanktionsstelle des Vergabeamtes - das ist eine Person - ist einigen korrupten Bauunternehmen auf die Schliche gekommen. Die Unternehmer wurden angezeigt und mit Ordnungsgeldern belegt. Das nennt man einen erfolgreichen Kampf gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Diese Sanktionsstelle wollen wir stärken, um konkrete Aktivitäten zu entwickeln. Was nutzen uns Vergabebestimmungen, wenn sie nicht eingehalten werden und wenn nicht gegen Verstöße vorgegangen wird?

Weit über 200 000 Euro hat diese Sanktionsstelle in einem Jahr eingenommen. Hier sollte die Verwaltung meines Erachtens prüfen, inwiefern eine Aufstockung des Personals möglich ist. Diese Aufstockung wäre ja auch kostenneutral.

Das sind die beiden Punkte aus unserem Antrag, die wir für wichtig erachten. Zu den Dingen, die wir in den Punkten 1 und 2 ansprechen, laufen zum Teil Sachen; das ist keine Frage. Das ist ja auch eine Begrüßung. Die Punkte 3 und 4 halten wir aber für sehr konkrete Dinge. Sie könnten umgesetzt werden bzw. es könnte geprüft werden, ob man sie in Anwendung setzt. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Detjen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Die Ratssitzung ist an sich schon lang genug. Deshalb fragt man sich auch bei jedem Antrag: Hat er einen tieferen Sinn? Lohnt es sich, sich damit zu befassen? Und ist überhaupt eine weitere Beschlussfassung des Rates notwendig?

Eine kurze Recherche zu dem Antrag der Linken zeigt, dass alle diese Fragen mit Nein zu beantworten sind. Warum?

Der Rat hat am 6. Februar 2007 mit breiter Mehrheit beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass Ausbildungsbetriebe in Vergabeverfahren berücksichtigt werden sollen. Allerdings sind wir kein Gesetzgeber. Das heißt: Wir können dafür sein, brauchen aber die Unterstützung des Gesetzgebers.

Nun sind wir etwas weiter. Im März 2011 hat die Regierungskoalition aus SPD und Grünen im Düsseldorfer Landtag bekannt gegeben, dass sie ein Verfahren zum Tariftreue- und zum Vergabegesetz einleitet. Wer das genau nachlesen möchte, kann sich auf die entsprechende Homepage begeben. Dort findet er, dass im Koalitionsvertrag dazu Verabredungen getroffen worden sind, dass man inzwischen eine Anhörung durchgeführt hat und dass es jetzt Vorbereitungen dazu gibt, dass das Land NRW, wie es hier heißt, mit seinem Auftrags- und Vergabeverhalten seinem Vorbildcharakter gerecht wird. Es wird also daran gearbeitet, eine entsprechende Regelung zu treffen.

Der Rat hat am 25. September 2008 einen weiteren Beschluss gefasst, der im Kern beinhaltet, soziale und ökologische Kriterien bei Vergabeverfahren zu berücksichtigen und die Regelungen auch dahin gehend anzupassen.

Schließlich hat der Rat am 25. November 2010 beschlossen, eine Fachtagung zur Vergabepaxis unter der Überschrift „Regionale Wirtschaft in der kommunalen Vergabepaxis“ durchzuführen.

Ich will betonen, dass alle diese Anträge von SPD und Grünen initiiert worden sind, aber mitunter - insbesondere der letzte Antrag - eine sehr breite Mehrheit gefunden haben.

Die Verwaltung hat uns mitgeteilt, dass die besagte Fachtagung im September dieses Jahres durchgeführt wird, und zwar in Kooperation mit dem Landschaftsverband Rheinland und in Kooperation mit der Stadt Bonn. Das ist sehr begrüßenswert. Dort werden diese und andere Fragen aktuell mit Fachleuten geklärt. Vielleicht sind wir dann auch mit dem Gesetzgebungsverfahren in Nordrhein-Westfalen ein Stück weiter.

Das Fazit lautet also: Wir brauchen hier keine weiteren Beschlüsse. Beschlüsse haben wir viele gefasst. Wir haben allenfalls einen Umsetzungstau.

Insofern können wir diesem Antrag nichts abgewinnen. Eigentlich müssten wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. Wenn die Linke das wünscht, können wir aber auch darüber abstimmen.

Mehr ist dazu wirklich nicht zu sagen. Ich denke, bevor man solche Anträge stellt, sollte man erst einmal recherchieren, anstatt hier platte Plagiate zu machen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir über diesen Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann rufe ich die Tagesordnungspunkte 3.1.8 und 3.1.13 gemeinsam auf:

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Stadtklima- / Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer“ AN/0706/2011

3.1.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Schmuckbeete“ AN/0705/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Bacher.

Götz Bacher (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zielsetzung unseres heutigen Antrags ist es, den von SPD und Grünen für 2011 eingebrachten Haushaltstitel „Stadtklima- / Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer“ nun mit Leben zu erfüllen. Mit der Schaffung dieser Haushaltsposition wollen wir einen Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Stadtverschönerung leisten.

Dass es Sinn macht, dies heute durch diesen Antrag zu untermauern, zeigen unter anderem ein Artikel in der *Kölnischen Rundschau* vom 16. März 2011 unter dem Titel „Schmuckbeeten

Programm zur Null-Emissions-Stadt Köln 2050 installiert und mit entsprechenden Standards unterstützt werden; Hamburg macht es vor. Ferner bietet sich der Einsatz von Elektroautos und Hybridfahrzeugen - die Kollegen Bürgermeister fahren ja mit Hybridfahrzeugen - oder von Erd- und Flüssiggasfahrzeugen bei der KVB an.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, im Sinne des eingangs zitierten Begriffs der Nachhaltigkeit und des Aspekts der Generationengerechtigkeit sind wir davon überzeugt, dass nachhaltige Politik verlangt, dass das Handeln der Stadt Köln ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in Einklang bringt, diese zu einem Gesamtkonzept verbindet und Ökonomie und Ökologie zum Nutzen unserer Stadt versöhnt.

Wir verstehen diesen Antrag als einen ersten Schritt, als Chance, Köln zukunftsfähig zu gestalten, und bitten Sie, Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, uns dabei zu unterstützen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Kienitz. - Herr Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit will ich es relativ kurz machen. - Herr Kienitz, im ersten Punkt Ihres Antrags schlagen Sie von der CDU-Fraktion vor, die Stadt solle sich den „Strategischen Eckpunkten für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ anschließen. Diese Eckpunkte sind - Sie haben sie ja genannt -: verstärkte Partizipation, strukturelle Entlastung der Kommunen, Umsetzung der Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe sowie verstärkte Zusammenarbeit von Kommunen, Land, Bund und Europäischer Union.

Gibt es irgendeinen in diesem Saal, der dagegen wäre?

(Beifall bei pro Köln)

Das kann ich mir nicht vorstellen. Dieser Punkt ist also in Ordnung. Da wird keiner widersprechen.

Mit dem zweiten Punkt Ihres Antrags wollen Sie die Verwaltung beauftragen, „eine umfassende Strategie zur Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe zu entwickeln und im täglichen Verwaltungshandeln umzusetzen“. Das ist völlig richtig und vernünftig.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sollten aber nicht so tun, als wäre das für die Verwaltung und für die Stadt Köln revolutionär und etwas völlig Neues.

Eigentlich hatte ich erwartet, dass Herr Klipper zu diesem Thema spricht; denn Nachhaltigkeit ist ein im Stadtentwicklungsausschuss breit diskutiertes Thema.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Davon versteht er nichts! - Gegenruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Im Gegensatz zu Frau Moritz!)

Herr Klipper hätte hier auch schildern können, dass wir im Stadtentwicklungsausschuss sehr ausführlich über das Konzept „Strategische Stadtentwicklung Köln“ diskutiert haben.

Im Rahmen dieses Stadtentwicklungskonzepts soll unter anderem ein sehr umfassendes strategisches Konzept, orientiert an einer allgemeingültigen Zielsystematik, für die zukünftige Stadtentwicklung erarbeitet werden, das die bereits vorliegenden und beschlossenen Ziele für die einzelnen Teilbereiche, die Sie zum Teil genannt haben, Herr Kienitz - Klimaschutz, aber auch Flächenentwicklung usw. -, einbringt, sie auch im Hinblick auf die Zielkonflikte bewertet und eine Richtung vorgibt. Schließlich widerspricht sich einiges von dem, was Sie eben angesprochen haben, durchaus. Daher muss man sehen, wie man das im Interesse einer Zukunftsentwicklung zusammenbekommt.

Darüber hinaus werden im Rahmen dieses Konzepts Vorschläge zur Partizipation der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet. Außerdem wird ein Monitoring zur Wirkungs- und Erfolgskontrolle entwickelt.

All das, was Sie im Punkt 2 Ihres Antrages fordern, ist also bereits bei der Verwaltung in Arbeit. Es wurde auch in unterschiedlichen Ausschüssen ausführlich diskutiert und beschlossen.

Das Thema „nachhaltige Stadtentwicklung und nachhaltiges Verwaltungshandeln“ wird ein wesentlicher Teilbereich dieses Konzepts zur strategischen Stadtentwicklung sein.

Allerdings ist die Frage der Nachhaltigkeit nur ein Aspekt im Zusammenhang mit der Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Weitere Aspekte, die dort behandelt werden sind zum Beispiel die Folgen des demografischen Wandels für unsere Stadt, die zunehmende soziale und räumliche Polarisierung in dieser Stadt, die weitere Globalisierung in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel, die Sicherung und Förderung von Wissenschaft, Bildung und Arbeit, eine ausgewogene Flächen- und Siedlungsentwicklung oder die Auswirkungen des Klimawandels und der Klimaschutz, um nur einige zu nennen. Alles das sind Probleme, die zu bearbeiten sind. Sie werden von der Stadtverwaltung auch bearbeitet. Das ist alles nichts Neues.

Um die Stadtverwaltung auf ihrem Weg, den sie schon eingeschlagen hat, zu bestärken und das, was an unterschiedlichen Stellen bereits beschlossen ist, erneut zu bekräftigen, wird die SPD-Fraktion Ihrem Antrag, den Sie heute eingebracht haben, gerne zustimmen; denn es kann nichts schaden, wenn man der Verwaltung sagt: Ihr seid auf dem richtigen Weg; führt das zusammen, und legt es uns so schnell wie möglich vor.

Ich möchte allerdings eines erwähnen, was mir ausgesprochen wichtig ist. Es betrifft den letzten Satz Ihres Beschlussvorschlags, in dem verlangt wird, ein explizites Konzept zu erstellen und dem Rat zu einem bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. An dieser Stelle möchte ich in Richtung der Verwaltung ausdrücklich sagen: Es geht nicht darum, jetzt wieder ein neues Konzept zu erstellen, sondern darum, das zusammenzuführen, was auf dem Weg ist, und dies den Fachausschüssen und dem Rat so schnell wie möglich konzentriert vorzulegen. Das wäre unser Wunsch. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange einmal mit der guten Nachricht an. Herr Granitzka und Herr Kienitz, wir werden Ihrem Antrag zustimmen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir freuen uns!)

Wir freuen uns auch sehr, dass Sie ihn gestellt haben, ist doch Politik der Nachhaltigkeit das Gegenteil einer Politik von Wahltermin zu Wahltermin und von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr.

Es hat allerdings sehr lange gedauert - von Rio nach Johannesburg, von Johannesburg nach Berlin und von Berlin nach Köln.

Ich kann auch nicht verhehlen, dass wir verhalten misstrauisch sind. Wissen Sie, woran das liegt? Das ist ein bisschen in unserer politischen Sozialisation angelegt. Bei uns gibt es den einen oder anderen, der fürchtet, dass die CDU angesichts der Ereignisse jetzt auf einer Ökowelle mitschwimmt und dass sie es gar nicht so ernst meint. Es gibt also ein gewisses Misstrauen. Aber jeder kann natürlich helfen, dieses Misstrauen abzubauen. Und ich sage ganz deutlich: Wir nehmen Ihren Antrag ernst. Wir werden Sie auch beim Wort nehmen.

Meine Damen und Herren, es ist nicht so, als hätten wir in den vergangenen Jahren hier im Rat nicht eine Reihe von Beschlüssen zur Nachhaltigkeit gefasst. Ich erinnere nur an einige wenige. Wir haben zum Flächenmanagement Beschlüsse gefasst, bei denen es auch um einen sparsamen Verbrauch der Ressource Fläche geht. Wir haben im Ausschuss für Bauen und Wohnen jede Menge Anträge zur energetischen Optimierung beschlossen. Wir haben den Beschluss zum „Handlungskonzept demografischer Wandel“ gefasst. Wir haben bei der Verwaltung ein Konzept über die Folgen des Klimawandels in Auftrag gegeben. Wir haben im Stadtentwicklungsausschuss - deshalb hatte ich auch gedacht, dass Sie reden würden, Herr Klipper - beschlossen, dass es ein Konzept zur Stadtentwicklung gibt, das im Amt des Oberbürgermeisters erstellt wird.

Herr Zimmermann hat bereits gesagt, er könne sich sehr gut vorstellen, dass die Entwicklung eines Konzepts zur Nachhaltigkeit in diesem Kontext erfolgt. Bei all den Projekten fehlt nämlich tatsächlich eine Strategie.

Was heißt es denn, eine Strategie zu entwickeln? Eine Strategie muss zunächst einmal ein Ziel definieren. Das wäre Aufgabe der Stadtentwicklungsplanung. Dann muss sie eine Bestandsaufnahme machen. Anschließend muss sie einen Maßnahmenkatalog vorschlagen. Letztlich muss sie auch eine Überprüfung dieser Dinge, und zwar unter bestimmten zeitlichen Voraussetzungen, einleiten. Diese Überprüfung wird mit dem Fachausdruck Monitoring genannt.

... daß den Untertanen und Bergwerken, soviel möglichen und die Gehölze ertragen können, eine währende Hilfe, auch eine unseren Ämtern eine vor und vor bleibende und beharrliche Nutzung bleiben möge.

Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist die erste belegte Quelle des heutigen Tagesbegriffs Nachhaltigkeit. Sie stammt aus der kursächsischen Forstordnung aus dem Jahre 1560.

Seitdem hat dieser Begriff Karriere gemacht. Es gibt die preußische Forstordnung aus dem Jahre 1795. Der Club of Rome - 1972 - wurde von Ihnen nicht erwähnt, Frau Moritz. Anzuführen ist auch das U. N. Sustainability Program aus dem Jahre 1980. Die Brundtland-Kommission wurde vom Antragsteller genannt. Und siehe da: 1987 erfährt das Wort Nachhaltigkeit Eingang in den Langenscheidt.

Was ist denn Nachhaltigkeit? Forstwirtschaft: Ursprung. Rohstoffsicherung: Ressourcen wurden vorhin schon genannt. Abfallentsorgung: war 1983 in der Brundtland-Kommission das Ziel. Umweltschutz, heute Klimaschutz: wurden soeben genannt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Also für euch erst seit heute? Für uns schon lange!)

- Frau Moritz, wenn ich Sie reden höre, ist mein Eindruck: Unter dem mehrheitsfähigen Deckmäntelchen der Nachhaltigkeit versteckt sich aus Ihrer Sicht viel, viel mehr egoistisches Sendungsbewusstsein.

(Beifall von Christraut Kirchmeyer [FDP] - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Frau Moritz, nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Sie haben einen Alleinvertretungsanspruch für gute oder auch für solide Politik nicht gepachtet.

(Beifall bei der FDP)

Das ökologische Sendungsbewusstsein wird jedoch von der Christlich Demokratischen Union wiederentdeckt. In diesem Zusammenhang mag der Begriff des christlichen Sendungsbewusstseins auch eine Rolle gespielt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU unternimmt hier einen sympathischen Anlauf in Bezug auf den Begriff der Nachhaltigkeit.

Ich habe mir erlaubt, bei jedem der vorhergehenden Redebeiträge einmal unter dem Tisch mitzuzählen. Wir haben den Begriff Nachhaltigkeit heute genau elf Mal gehört. Bei allen möglichen Themen wurde er genannt.

(Martin Börschel [SPD]: Dann waren Sie ja sehr beschäftigt, wenn Sie das gezählt haben!)

Wir haben ihn beim Thema Soziales gehört. Aber was heißt denn dort Nachhaltigkeit? Man kann nur so viel ausgeben, wie man einnimmt. Das ist Solidität.

Wir haben ihn im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel gehört. Dort wurde daran erinnert, dass wir für die Zukunft sorgen müssen. Das nennt man Vorsorge.

Wir haben also einen bunten Strauß von Themen, den uns auch die CDU heute kredenzt, die sich unter dem Begriff der Nachhaltigkeit verbergen sollen.

Es gibt auch eine Nachhaltigkeit in der Verkehrspolitik. An dieser Stelle sei mir eine persönliche Meinungsäußerung erlaubt. Frau Tull, wenn ich höre, wie Sie hier über junge Familienväter reden, die ihr Lebensglück in der Vorstadt - Sie brauchen jetzt nicht noch Fratzen zu schneiden -, am Stadtrand und wo auch immer finden, kann ich nur sagen: Aus Ihrer Sicht sind die Lebensstile offensichtlich nur frei, solange sie in Ihren grünen Wertekonsens passen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP - Beifall bei der CDU)

Frau Tull, das lasse ich Ihnen als Mitglied der Freien Demokratischen Partei nicht durchgehen. So etwas ist alles andere als liberal. Sie haben sich entlarvt.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] und Ossi Werner Helling [Bündnis 90/Die Grünen])

Der Antrag der CDU wird von der FDP unterstützt. Wir verlangen jedoch klare Definitionen von messbaren Zielen. Was hier geliefert wird, reicht uns nicht aus. Wir verlangen eine klare, messbare Qualitätskontrolle am Ende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Antrag findet sich auch kein Wort zur Kostenkontrolle. Eine nachhaltige

besteht nicht darin, Soldatinnen und Soldaten dorthin zu schicken, sondern vielmehr in aktiver Hilfe. So ist es auch gut und richtig gewesen, dass die Bundesregierung sich gegen einen Einsatz von Soldaten in Libyen ausgesprochen hat.

Meine Damen und Herren, schließen Sie sich unserem gemeinsamen Antrag an, und lassen Sie uns gemeinsam Hand in Hand den Menschen Unterstützung auf ihrem Weg in eine demokratische Gesellschaft anbieten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Wolf. - Frau Möller, bitte.

Monika Möller (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion beobachtet mit hoher Anerkennung die aktuellen Demokratisierungsprozesse in Nordafrika und in der arabischen Welt. Für uns steht völlig außer Frage: Dieser Keim braucht Unterstützung, und zwar in erster Linie die Unterstützung der westlichen Staaten Europas, die über ihre diplomatischen Möglichkeiten dazu beitragen müssen, die Prozesse zu fördern und den Menschen vor Ort echte Hilfe beim Aufbau eines volksbestimmten Rechtsstaates zu leisten.

Aber auch die europäischen Städte können sich einbringen. Wie wir alle wissen, muss Demokratie von unten wachsen und gelebt werden. Gerade die Städte als Keimzellen des demokratischen Zusammenlebens können diesen Prozess authentisch vermitteln.

Die Städtepartnerschaft der Stadt Köln zur Stadt Tunis kann hier ein wirkungsvoller Verbindungsanker sein. Insofern ist es erfreulich, dass zu dieser Thematik die vier großen Fraktionen zu einem gemeinsamen Antrag gefunden haben.

Meine Damen und Herren, die Situation in Tunesien ist momentan noch völlig unübersichtlich. Die gewohnten Strukturen sind infrage gestellt. Bisherige Ansprechpartner stehen nicht mehr zur Verfügung. Im Klartext: Im Moment weiß niemand, wo wir mit unserem Engagement überhaupt ansetzen können und welche Hilfe vor Ort wirklich gewünscht und gebraucht wird.

Deshalb ist es wichtig, den zweiten Schritt nicht vor dem ersten zu tun. Wir möchten die Verwaltung zunächst auffordern, die konkrete Interessen- und Bedürfnislage vor Ort aufzuklären und geeignete Ansprechpartner zu finden. Ein solcher Partner könnte beispielsweise der erst kürzlich gegründete Verein „Helft Tunesien“ sein. Erste Gesprächskontakte seitens der Verwaltung hat es zu diesem Verein meiner Kenntnis nach bereits gegeben. Erst wenn diese Vorarbeit durch die Verwaltung geleistet wurde, können wir entscheiden, wie wir unsere Partnerschaft zu Tunis zielgerichtet intensivieren können.

Dabei sehe ich die Stadtverwaltung ausdrücklich nicht alleine in der Verantwortung; denn nicht nur unsere finanziellen Möglichkeiten sind begrenzt. Deshalb sollten wir uns ausdrücklich dafür aussprechen und aktiv dafür werben, dass sich auch andere Kölner Institutionen wie die Handwerkskammer oder die IHK sowie Kölner Großunternehmen engagiert in die Städtepartnerschaft einbringen.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass Tunis nicht die einzige Partnerstadt Kölns ist, die wir gerade in der heutigen Zeit noch stärker unterstützen könnten und sollten. Was ist beispielsweise mit Japan? Heute hat es erneut ein Erdbeben der Stärke 7,4 sowie eine Tsunami-Warnung gegeben. Unserer Partnerstadt Kioto würde es aufgrund der aktuellen Katastrophensituation sicherlich ebenfalls guttun, wenn wir unsere Partnerschaft intensivierten, beispielsweise durch Austauschprojekte oder sonstige Hilfen.

Wenn wir unsere Städtepartnerschaften wirklich ernst nehmen, müssen wir uns der Partnerschaft gerade in jenen Zeiten erinnern, in denen es dem Gegenüber schlecht geht und er unsere Unterstützung braucht. Zu dieser Verantwortung sollten wir stehen. Die SPD-Fraktion ist hierzu bereit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Möller. - Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte meiner Vorrednerin und meinem Vorredner ganz herzlich danken, die in ihren Wortbeiträgen dargestellt haben, wie ernsthaft die Lage in Afrika ist - und nicht nur in Tunis,

Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion pro Köln einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Herr Roters, wenn Sie schon in Nordafrika unterwegs sind, müssen Sie denen klarmachen, dass wir nicht noch mehr von ihnen aufnehmen können. Das geht einfach nicht. Gucken Sie sich einmal die Videos aus Lampedusa an. Ich will so etwas nicht in Köln-Chorweiler haben. Na gut; Sie kommen ja aus Düsseldorf. Wahrscheinlich denken Sie, dass das weit weg ist - wie auch immer. Das mag ja alles sein.

(Unruhe)

- Habe ich etwas Falsches gesagt? Ich will Ihnen ja nur helfen, dass Sie keinen Ärger in Nordafrika bekommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben hier bei uns im Hause ein bestimmtes Niveau. Solche lächerlichen Sachen können wir uns gerne ersparen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken.Köln sowie von Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln])

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Roters, ich habe ja Verständnis für Sie. Wegen uns hätte die Sitzung nicht so lange dauern müssen. Die ganzen niveaulosen, nichtssagenden Anträge kommen nicht von uns.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie jetzt bitte zur Sache.

Jörg Uckermann (pro Köln): Natürlich komme ich zur Sache. - Wir fordern in unserem Antrag, dass Sie in einer Öffentlichkeitskampagne in Tunis klarmachen, dass wir nicht noch mehr Leute aufnehmen können. Ich habe in der Zeitung gelesen - und Sie sind ja alle hier in die Bütt gegangen, damit Sie wieder bei Onkel Alfred abgedruckt werden - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie auch, diese diffamierenden Äußerungen zu unterlassen. Das habe ich Ihnen schon einmal gesagt.

Jörg Uckermann (pro Köln): „Onkel Alfred“ ist diffamierend? Das ist doch nicht diffamierend. Heute sind Sie aber dünnhäutig, Herr Roters. Ich weiß nicht, woran das liegt. Es scheint daran zu liegen, dass meine Rede wirkt.

Ich denke, das ist herübergekommen. Wir müssen klarmachen: Schluss mit der weiteren Massenzuwanderung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Wegen des vorliegenden Änderungsantrags der vier Parteien kann sich die FDP, glaube ich, bei den anderen Parteien bedanken; denn sie versuchen, die FDP vor einer Peinlichkeit zu bewahren, und legen hier einen Änderungsantrag vor, der so weit auch für uns zustimmungsfähig ist und in dem nichts Problematisches enthalten ist.

Die Peinlichkeit, die die FDP in ihrem ursprünglichen Antrag dargelegt hat, möchte ich hier aber nicht einfach unter den Tisch fallen lassen. Der Antrag der FDP kommt nämlich in der freundlichen Verkleidung einer Hilfe für eine Partnerstadt daher. Eigentlich ist dieser Antrag aber total arrogant und eurozentristisch. Die FDP weiß, was die Menschen in Tunesien denken und was sie brauchen. Sie weiß, wo sie Hilfe benötigen, nämlich beim Bildungssystem und bei der städtischen Verwaltung.

Aber wer hat denn die Revolution in Tunesien gemacht, die FDP oder die Menschen dort?

(Beifall bei der Linken.Köln - Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Die FDP macht grundsätzlich keine Revolution! Das kann die gar nicht!)

- Okay; Entschuldigung für den Ausrutscher. - Die Menschen dort können uns vielleicht besser erzählen, wie man sich demokratisch von unten nach oben organisiert; denn sie haben wichtige Erfahrungen gemacht. Woher wollen Sie wissen, dass wir alles besser können und ihnen nur die Hilfe geben müssen?

In dem FDP-Antrag sind auch einige durchaus amüsante Passagen enthalten. Beispielsweise heißt es dort, es gehe darum, ein „für alle

**3.1.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend
„Buslinie zwischen Porz und
Rodenkirchen“
AN/0683/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der
SPD-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
AN/0789/2011**

Herr van Benthem, bitte.

Henk van Benthem (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich freue mich, dass wir wieder zu einem Kölner Thema zurückkommen, nachdem wir schon sehr viele ausschweifende Dinge über die Landes-, Bundes- und internationale Politik gehört haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich ganz besonders darüber, heute zwei Reden gehört zu haben, in denen es um die Verkehrspolitik ging. Als wir diesen Antrag kreiert haben, haben wir nicht geglaubt, dass wir hier so viel Zustimmung finden würden. Ich sage einmal so: Bei den Reden von Frau dos Santos Herrmann und unserer lieben Kollegin Tull kam ich mir schon irgendwie in einer Art heiligem Gral für Fußgänger und Fahrräder gegen den Individualverkehr mit den Schutzpatroninnen Frau dos Santos Herrmann und Frau Tull vor.

(Beifall von Christtraut Kirchmeyer
[FDP])

Das war schon sehr bemerkenswert. Ich fand es auch gut; denn damit kommen wir genau zu dem Punkt, um den es in unserem Antrag geht.

Liebe Frau Tull, vor diesem Hintergrund können Sie nämlich eigentlich gar nicht mehr dagegen stimmen, wenn wir den Individualverkehr in den beiden südlichen Bezirken weg haben und durch Busverkehr ersetzen wollen.

Wir wissen, dass wir ein sehr gutes ausgebautes Netz haben. Der ÖPNV in Köln ist hervorragend. Sie kommen von Nord nach West und von Ost nach Süd, also quer durch. Aus der Innenstadt können Sie in alle Stadtbezirke fahren - alles mit der KVB. Fast alle Kölner Brücken sind auch ins Netz eingebunden. Im Norden haben wir Mülheimer Brücke und die Zoobrücke, im Zentrum die Deutzer Brücke und die Severinsbrücke.

Bei uns im Süden ist die Rodenkirchener Brücke aber, was den ÖPNV angeht, noch absolut jungfräulich. Im Interesse der Menschen, die im Süden wohnen, muss das abgestellt werden.

Meine Damen und Herren, eine direkte Busverbindung von Porz nach Rodenkirchen bzw. umgekehrt bringt eine große Erleichterung für die Menschen, die hier wohnen.

Wer heute von Porz nach Rodenkirchen fährt - ich nehme einmal diese Richtung; umgekehrt ist es genauso; man muss ja auch wieder zurück - und aus den südlichsten Bereichen kommt, also aus Libur oder Langel, braucht circa anderthalb bis zwei Stunden. Er steigt in den Bus ein, fährt zur Stadtbahnlinie 7, steigt in die Bahn ein, fährt zum Neumarkt, steigt aus der Bahn aus, wartet auf die nächste Bahn, steigt in die Bahn ein, fährt in Richtung Süden nach Rodenkirchen, steigt aus der Bahn aus, wartet auf den Bus und fährt irgendwohin. Da ist er bis zu zwei Stunden unterwegs. Wenn ich mit meinem Auto fahre, ist das eine Zeitachse von circa 25 Minuten.

Ich frage Sie: Welchen Autofahrer bringen Sie bei dieser Reisezeit dazu - das ist ja auch Ihr Credo, Frau Tull -, in den Bus einzusteigen und nicht die Straßen zu belasten? Ich würde es nicht tun. Wenn Sie jetzt sagen, Sie würden es tun, glaube ich das auch nicht unbedingt. Dann nimmt der Peter das Auto, Sie setzen sich daneben, und Sie fahren auch beide mit dem Wagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und
der FDP)

Entschuldigen Sie bitte; aber ein bisschen Unförmlichkeit kann ab und zu mal gut tun.

(Heiterkeit - Peter Kron [SPD]: Es gibt
viele Peter!)

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag wollen wir nicht nur die Autofahrer sensibilisieren, mit dem Bus nach Rodenkirchen zu fahren und ihr Auto stehen zu lassen. Wir wollen auch Nebenwirkungen haben - Nebenwirkungen, bei denen wir nicht den Arzt oder Apotheker fragen müssen, sondern Nebenwirkungen, die in einer Entlastung der Rheinuferstraße bestehen. Vielleicht erreichen wir das, wenn nicht auch noch alle Porzer auf der Rheinuferstraße fahren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die
Grünen]: Seid ihr eine Ein-Themen-
Partei?)

Wir warten die Stellungnahme der KVB und der Verwaltung ab und sind gespannt auf die Diskussion im Verkehrsausschuss. Ich glaube, dass es sich bei diesem Thema auf jeden Fall lohnt, es ernsthaft im Verkehrsausschuss zu diskutieren. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Waddey.

Manfred Waddey (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte zunächst die CDU loben, weil sie diesen Antrag eingebracht hat. Wir freuen uns immer, wenn Anträge oder Anregungen kommen, bei denen es darum geht, den öffentlichen Nahverkehr in dieser Stadt zu verbessern.

(Martin Börschel [SPD]: Aber?)

Frau dos Santos Herrmann hat bereits zu Recht darauf hingewiesen, dass dieses Thema vor vielen Jahren - ich weiß allerdings nicht, ob es wirklich 20 Jahre sind - schon einmal behandelt worden ist, und zwar nicht zuletzt auf Wunsch der betroffenen Bezirksvertretungen. In der Tat ist damals gesagt worden: Es gibt kein Verkehrsbedürfnis, und es ist sowieso nicht praktikabel, dort über den Rhein zu fahren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht nicht! Es ist zu teuer!)

Diese Aussage haben wir auch jahrelang gehört, als wir eine direkte Verbindung von Nippes über Ehrenfeld nach Lindenthal gefordert haben, nämlich einen Bus über die Innere Kanalstraße. Als es uns dann vor zwei Jahren gelungen ist, eine Mehrheit dafür zu finden, diesen Bus gegen die Bedenken der Verwaltung und der KVB sowie gegen die Stimmen der CDU und der FDP durchzusetzen, waren wir erst einmal sehr froh. Noch froher sind wir darüber, dass dieser Bus äußerst erfolgreich ist, sodass mittlerweile Gelenkbusse eingesetzt werden, weil der normale Bus die Nachfrage gar nicht mehr bewältigen kann.

Deshalb halte ich es für richtig, auch die Verbindung zwischen Rodenkirchen und Porz erneut zu überprüfen und dabei zu überlegen, wie diese beiden Stadtteile im Kölner Süden direkt und schneller miteinander verbunden werden können.

Herr van Benthem, übrigens habe ich gerade während Ihrer Rede nachgesehen. Ganz so schlecht ist es heute gar nicht. Von Libur nach Sürth - immerhin 29 Kilometer - brauchen Sie 68 Minuten. Das ist zwar lange; es sind aber keine zwei Stunden.

(Henk van Benthem [CDU]: Ich habe gesagt: bis zu zwei Stunden!)

- Gut; wenn Sie am Neumarkt noch ein paar Kölsch trinken, dauert es länger. Das ist klar.

(Heiterkeit bei der CDU - Henk van Benthem [CDU]: Das würde ich nie tun!)

- Darüber kann man ja nachdenken.

Trotzdem ist es natürlich - das muss man objektiv sagen - nicht ganz einfach, wenn man mit einem Bus von Porz nach Rodenkirchen fährt, weil man dann die oft überlastete Rodenkirchener Brücke überqueren muss und über den Bonner Verteiler fahren muss, der doch etwas abseits liegt.

Deshalb halten wir es für sehr sinnvoll, zu überprüfen, ob es nicht besser ist, diese Stadtteile direkt über den Rhein miteinander zu verbinden. Das könnte schneller gehen. Es könnte attraktiver sein als ein Bus. Wir sind da offen. Wir werden sehen, was die Prüfung ergibt. In diesem Zusammenhang erwarten wir eine entsprechende Vorlage im Verkehrsausschuss spätestens mit der Vorlage des Nahverkehrsplans.

Ich darf Sie bitten, dem Antrag der CDU in der Fassung unseres Ergänzungsantrags zuzustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Waddey, Herr Möring möchte Ihnen noch eine Frage stellen.

Manfred Waddey (Bündnis 90/Die Grünen): Ja.

Karsten Möring (CDU): Lieber Herr Waddey, das ist nur eine Zwischenfrage zur Buslinie auf der Inneren Kanalstraße. Sind Ihnen die Zahlen dazu bekannt, wo die Passagiere, die mit dieser Linie fahren, vorher gefahren sind? Dort haben wir wohl Verlagerungsprozesse. Hingegen reden wir bei der Buslinie im Kölner Süden über den

Rhein von Ersatz des Individualverkehrs. Das sind zwei Paar Schuhe, denke ich.

Manfred Waddey (Bündnis 90/Die Grünen): Die Untersuchungen über die bisherigen Erfahrungen mit der Linie über die Innere Kanalstraße liegen uns ja noch nicht vor. Wir bekommen sie demnächst aber. Ich denke, dass es sowohl Verlagerungsverkehr - also Fahrgäste, die auch schon vorher mit der Bahn gefahren sind - als auch Neuverkehr gibt.

Das wird es bei einer Verbindung zwischen Porz und Rodenkirchen natürlich auch geben; denn selbstverständlich werden die Leute, die heute von Porz nach Rodenkirchen oder umgekehrt fahren wollen oder müssen und kein Auto zur Verfügung haben, entweder mit dem Fahrrad fahren - das kann man sogar auch direkt mit der Fähre machen, wenn man zu den richtigen Zeiten da ist; im Übrigen kann man auch mit dem Fahrrad über die Rodenkirchener Brücke fahren - oder auch, auf Libur bezogen, mit dem ÖPNV in 68 Minuten über den Neumarkt fahren.

Das ist aber kein Argument dagegen; denn wir brauchen mehr Kapazität im öffentlichen Nahverkehr. Ich habe jedenfalls nicht festgestellt, dass die Linie 13 oder die Ringlinien seit der Einführung der Buslinie über die Innere Kanalstraße leer wären.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Waddey. - Ich schaue mich um. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Ja. Bitte schön, Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer heute von Porz nach Rodenkirchen mit der KVB fahren möchte, muss sich auf einen Tagesausflug einrichten. Los geht es mit der Linie 7 von Porz Markt bis zum Neumarkt; circa 27 Minuten. Anschließend wird in die U-Bahnlinie 16 umgestiegen. Am Bahnhof Rodenkirchen steigen wir dann in den Bus 131 und fahren bis zum Rathaus in Rodenkirchen. Laut Fahrplanauskunft der KVB sind wir also 62 Minuten unterwegs, um von Porz nach Rodenkirchen zu kommen. In die 51 Kilometer entfernte verbotene Stadt Düsseldorf gelangt man übrigens bereits nach 37 Minuten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann nicht sein, dass man innerhalb von Köln halbe Weltreisen hinter sich bringen muss, um mal an der Rodenkirchener Riviera ein Eis zu essen statt an der Porzer Groov. Ziel muss es sein, unsere vielfältigen Veedel schnell und sicher zu erreichen. Dabei gilt es, möglichst Direktverbindungen und hohe Fahrtaktzeiten zu schaffen.

Da Rodenkirchen und Porz so nah aneinander liegen und sich doch so fern sind, begrüßen wir Liberalen die Prüfung einer direkten Buslinie zwischen diesen beiden Stadtbezirken.

Dies kann aber nur eine Übergangslösung sein; denn auch eine Buslinie über die Rodenkirchener Brücke wird in Schwerpunktzeiten nicht flüssig fahren können, sondern im Stau stehen. Langfristig fordert die FDP daher immer noch die lang ersehnte Brücke, die Porz-Langel und Rodenkirchen/Godorf eines Tages verbinden soll.

(Beifall bei der FDP)

Erst dann kann man von einer guten Verbindung zwischen den beiden Stadtbezirken sprechen.

Um aber schnell Abhilfe zu schaffen und die KVB-Fahrt für die Bürgerinnen und Bürger zu verkürzen, appellieren wir auch an die KVB, jetzt zügig eine neue Direktroute zu prüfen.

Kurzfristig schlagen nun SPD und Grüne in ihrem Änderungsantrag die zusätzliche Prüfung einer Wasserbuslinie vor. Das ist grundsätzlich eine schöne Idee - aber nicht neu, sondern von den Liberalen geklaut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von Volker Görzel [FDP] - Zurufe von der CDU: Hey!)

Denn bereits im Jahre 1983 forderte die FDP die Prüfung einer Wasserbuslinie.

Seither ist jedoch bekannt, dass eine Längsverbinding über den Rhein wirtschaftlich sehr problematisch ist. Dies wird auch heute in der Antwort der Verwaltung zur Anfrage unter TOP 4.4 noch einmal bestätigt.

Wir werden daher dem Antrag der CDU zustimmen und lehnen den Änderungsantrag von SPD und Grünen ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bin, genauso wie meine Fraktion, von diesem Antrag und der Idee angetan, endlich diese beiden Stadtbezirke miteinander zu verbinden. Ich kann die Problematik sehr gut nachvollziehen, da ich selber schon in beiden Stadtbezirken lange gewohnt habe.

Jedoch weise ich darauf hin, dass man hier nicht nur die KVB, sondern vielleicht auch die RVK einbinden sollte. Ich habe Bedenken, inwieweit - vielleicht kann Herr Fenske uns da aufklären - KVB-Busse überhaupt über die Autobahn fahren dürfen. Das ist der feine Unterschied zwischen der Inneren Kanalstraße, die eben angesprochen wurde, und der Rodenkirchener Brücke. Die Rodenkirchener Brücke ist eine Autobahn, auf der eben nicht jedes Fahrzeug fahren darf. Soweit ich weiß, dürfen normale Linienbusse das nicht. RVK-Busse dürften das vielleicht. Daher sollte man die RVK bei dieser Gelegenheit mit einbinden.

Was die Wassertaxen betrifft, sind wir auch dabei. Generell begrüßen wir diese Verbindung der beiden Stadtbezirke. Wir beantragen nur, dass die RVK mit eingebunden wird.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bevor wir abstimmen, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bitte ich Herrn Fenske um Beantwortung der Frage, ob die autobahnähnliche Rodenkirchener Brücke sich für den Busverkehr eignet.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Grundsätzlich eignet sich die Rodenkirchener Brücke natürlich für einen Solobus und auch für einen Gelenkbus. Allerdings ist das Problem - das sage ich einmal als Anwohner, der nahezu täglich mitbekommt, was dort läuft -, dass die Verkehrs- und Stausituation auf der Rodenkirchener Brücke recht unkalkulierbar ist. Alles das wird aber zu prüfen sein und gegebenenfalls im Verkehrsausschuss noch vertieft werden müssen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich habe eine Nachfrage!)

- Bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Fenske, die Frage war ja: Ist es möglich, mit einem Linienbus der Kölner Verkehrs-Betriebe im Fahrplanverkehr über die Autobahnbrücke zu fahren, oder dürfen das nur die Überlandbusse der RVK?

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Nein, es ist genehmigungsrechtlich möglich, dass auch Linienbusse dort verkehren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Damit kommen wir zur Abstimmung.

Zum Ersten stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist er so angenommen.

Zum Zweiten stimmen wir über den CDU-Antrag in der Fassung des gerade beschlossenen Änderungsantrages ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linke, die Grünen, die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann; ich hätte also besser andersherum gefragt. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe Punkt 3.1.12 auf:

3.1.12 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Videoüberwachung in KVB-Bussen" AN/0670/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0790/2011

Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr

geehrter Herr Fenske, es freut mich, dass auch Sie der Debatte hier folgen. In Bonn soll Busfahren in Zukunft sicherer werden. Die Stadtwerke Bonn setzen jetzt vermehrt auf Videoüberwachungssysteme. Bis zu 48 Stunden können von den Kameras aufgenommen werden. Danach wird das Material automatisch gelöscht.

Wie der SWB-Geschäftsführer Heinz Jürgen Reining völlig zu Recht ausführt, geht es dabei ausdrücklich nicht um das Ausspionieren von Kundinnen und Kunden, sondern um das subjektive Sicherheitsgefühl von Passagieren und Personal. Auch soll mit dieser Maßnahme Vandalismus vorgebeugt werden. Durch die automatische Löschung wird der Datenschutz voll gewährleistet. Im Falle einer Straftat jedoch können Polizei und Staatsanwaltschaft das Videomaterial als Beweismittel nutzen. Die Bonner Stadtwerke wollen bis zum Jahr 2012 zwei Drittel ihrer Busse mit Videoüberwachung zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls ihrer Kundinnen und Kunden und ihres Personals sowie zum Schutz vor Vandalismus ausgestattet haben.

Die Videoüberwachung in Bussen ist nicht neu. Sie wird unter anderem in Hamburg, Kiel, Bochum, Chemnitz und Oldenburg durchgeführt, leider jedoch nicht in Köln. Darum hat die FDP-Fraktion nun die Initiative gestartet, auch den KVB-Kundinnen und -Kunden in Kölner Bussen diesen Sicherheitsservice anzubieten. Dabei hat unsere KVB schon Erfahrung mit Videoüberwachung; denn sie setzt dieses Instrument zur Verbesserung der Sicherheit ihrer Kundinnen und Kunden sowie zur Strafverfolgung bereits in ihren Stadtbahnen ein.

Wie die Kölner Kriminalstatistik, aber auch die Zeitungsberichte verdeutlichen, ist die Videoüberwachung in den Stadtbahnen nicht nur bitter nötig, sondern auch bei der Strafverfolgung sehr erfolgreich. Häufig können durch die Veröffentlichung von Videofotos in den Tageszeitungen Gewalt- und Straftäter gefasst werden. Vermehrt stellen sich Straftäter nach einer Veröffentlichung sogar selbst. Es ist festzuhalten, dass die Videoüberwachung nicht nur in den Bahnen, sondern gerade auch an den Haltestellen zur Identifizierung von Gewalttätern führt; leider nehmen auch dort die Übergriffe zu. Wenn die KVB dieses Instrument einsetzt, kann kein Täter mehr sicher sein, mit seinen Gewalttaten unerkannt zu bleiben. Darum ist es nur folgerichtig, auch in den KVB-Bussen die Videoüberwachung als Sicherheitsservice einzuführen.

KVB-Vorstand Jürgen Fenske hatte zu der FDP-Forderung nach mehr Sicherheitsservice in KVB-Bussen in der *Bild*-Zeitung geäußert, dass die KVB dies nicht komplett ablehnen würde. Jürgen Fenske stellte ebenfalls dazu fest, dass es in Köln auch zu gewaltsamen Übergriffen in KVB-Bussen kommt, wenn auch weniger als in den Stadtbahnen. Dass es in KVB-Bussen weniger gewaltsame Übergriffe als in den Stadtbahnen gibt, ist zwar eine gute Nachricht; eine bessere Nachricht wäre aber, wenn auch diese Übergriffe in KVB-Bussen demnächst durch Videoaufzeichnungen strafverfolgt werden könnten, was letztlich zu mehr Sicherheit für die Kundinnen und Kunden führen würde.

Bedauerlicherweise fehlt SPD und Grünen in Köln diese Einsicht. Anscheinend lesen Sie keine Zeitung. Sie wollen die Einführung von Videoüberwachung für mehr Sicherheit in KVB-Bussen erst einmal prüfen und fordern dafür ernsthaft eine empirische Untersuchung. Vielleicht sollte Rot-Grün einfach einmal ihre Kollegen in den vielen Städten anrufen, mit deren Stimmen die Videoüberwachung in Bussen erfolgreich eingeführt worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Das würde Zeit und Geld sparen. Ich bin sicher, dass schon ein kurzes Gespräch mit dem Kölner Polizeipräsidenten oder der Staatsanwaltschaft heilsame Überzeugungsarbeit bei SPD und Grünen leisten würde. Doch es fehlt, wie schon gesagt, die Einsicht. So müssen die Kundinnen und Kunden weiter auf mehr Sicherheit in KVB-Bussen warten, weil Rot-Grün einmal wieder nicht zu Potte kommt. Ich bin gespannt auf die Argumentationslinie von SPD und Grünen, vor allem im Hinblick auf die von Ihnen vorgeschlagene empirische Untersuchung. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr van Geffen.

Jörg van Geffen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In dem Ziel, das der vorliegende FDP-Antrag beschreibt, dürften wir alle uns einig sein. Wir wollen ein Mehr an Sicherheit für Busfahrgäste der KVB, aber natürlich auch ein Mehr an Sicherheit für die Busfahrerinnen und Busfahrer, die - das möchte ich bei dieser Gelegenheit einmal deutlich sagen - einen wirklich wichtigen

und guten Job für die Menschen in dieser Stadt leisten. Dies nötigt mir besonderen Respekt ab, weil ich als Fahrgast tagtäglich erlebe, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KVB bisweilen aushalten müssen. Da ist nicht nur die notwendige Konzentration auf das Verkehrsgeschehen angesagt; leider gibt es auch viel zu viele Mitmenschen, die ihren Frust, ihren Ärger über was auch immer und manchmal schlicht ihre Aggressionen am Fahrpersonal der KVB auslassen. Es sei an dieser Stelle an das Geschehen in Merheim vor wenigen Tagen erinnert.

Ziel von Aggressionen sind natürlich immer wieder auch andere Fahrgäste. Auch wenn dies Gott sei Dank nicht in jedem Fall in körperlicher Gewalt ausartet und auch wenn die Zahl der betroffenen Fahrgäste gemessen am Gesamtaufkommen der Fahrgastbeförderung nicht höher als in anderen gesellschaftlichen Räumen sein mag: Das subjektive Sicherheitsempfinden der Fahrgäste hat gelitten. Deshalb ist es unseres Erachtens legitim und richtig, über geeignete Gegenmaßnahmen nachzudenken. Die zusätzliche Bereitstellung von Servicepersonal - Stichwort Schaffner -, die auf Initiative des OB erfolgt ist, war bereits ein erster Schritt.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, hier nochmals die Überlegungen zur Einführung der Videoüberwachung auch in den Bussen der KVB aufgreifen, dann begrüßen wir das grundsätzlich. Allerdings sind wir schon ein wenig verwundert, dass Sie diese Diskussion nicht zunächst dort angestoßen haben, wo sie unseres Erachtens hingehört, nämlich im Verkehrsausschuss. Dass Sie den direkten Weg in den Rat und damit die vermeintlich große Bühne gewählt haben, lässt zumindest leise Zweifel an der Ernsthaftigkeit Ihres Anliegens aufkommen. Das finde ich ausgesprochen schade.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir glauben, dass es richtig und notwendig ist, vor einer endgültigen Entscheidung über diese Frage zunächst im Verkehrsausschuss eine eingehende fachliche Diskussion auf der Grundlage bisheriger Erfahrungen in unseren Stadtbahnen, aber auch in anderen Städten wie zum Beispiel Bonn sowie einer qualifizierten Kostenschätzung zu führen. Bitte folgen Sie deshalb unserem Änderungsantrag für einen Prüfauftrag und der Verweisung in den Verkehrsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Marx.

Werner Marx (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Diskussion der Einführung einer Videoüberwachung ist sicherlich nicht neu. Wir führen sie schon seit geraumer Zeit. Aus meiner Sicht haben wir entsprechende Erfahrungen sammeln können. Die KVB führt schon seit längerem eine Videoüberwachung durch. Vonseiten der KVB wurden uns diesbezüglich keinerlei negative Erfahrungen mitgeteilt. Wir haben vonseiten der KVB auch nicht gehört, dass diese Videoüberwachung erfolglos ist. Von daher kann man die Forderung der FDP nur unterstützen. Wir als CDU werden daher diesem Antrag zustimmen.

Der Änderungsantrag von SPD und Grünen scheint mir etwas scheinheilig zu sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aus meiner Sicht verfolgen Sie mit diesem Antrag lediglich das Ziel, das Thema auf die lange Bank zu schieben. Ich denke, da gehört dieses Thema nicht hin. Die Bürger hier in Köln haben einen Anspruch darauf, sowohl in der Bahn als auch in den Bussen sicher zu fahren. Von daher unterstützen wir explizit diesen Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Tull.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz. Sowohl die subjektive als auch die objektive Sicherheit in den Bussen und Bahnen ist uns sehr wichtig; das ist keine Frage. Für die Fahrgäste der KVB ist es sehr entscheidend, ob sie sich an den Haltestellen und in den Bussen und Bahnen sicher fühlen können. Alles, was dazu beiträgt, unterstützen wir.

Aber: Maßnahmen müssen auch wirksam sein. Für diese Wirksamkeit haben wir bis jetzt keine Belege. Wir möchten, dass im Verkehrsausschuss dazu eine sachlich-fachliche Diskussion stattfindet, in der die Erfahrungen aus

anderen Städten, zum Beispiel aus Bonn, die Erfahrungen der Polizei und die Erfahrungen der KVB mit der Videoüberwachung in den Stadtbahnen vorgetragen werden. Auf dieser Grundlage möchten wir dann eine fundierte Entscheidung treffen.

Das Thema soll auch nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das geht mit Sicherheit relativ schnell. Wir möchten das Thema ausführlich im Verkehrsausschuss diskutieren. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau Tull. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln begrüßt ausdrücklich diesen Antrag der FDP-Fraktion, zeigt er uns doch, dass unser nunmehr über siebenjähriges Engagement hier im Stadtrat für mehr Sicherheit und eine bessere Kriminalitätsbekämpfung nicht umsonst war. Da können Sie gerne lachen; ich will Ihnen das auch gern erklären.

Auch wenn unsere eigenen Anträge aus grundsätzlichen Erwägungen von den Altparteien hier zunächst stets abgelehnt werden, können wir erfreut feststellen, dass unsere Argumente und der Inhalt unserer Anträge doch ab und zu auf fruchtbaren Boden fallen, gerade auch bei der FDP, der CDU und der Verwaltung. Wir sind froh, sozusagen als Korrektiv von Rechts auch einmal etwas wieder in die richtige Richtung schieben zu können. Das haben wir nicht umsonst in den letzten Jahren als Pro-Köln-Effekt erkannt und nach außen propagiert. Ich bedanke mich also ganz ausdrücklich bei der FDP-Fraktion, dass sie einen früheren Antrag von uns, der ganz ähnlich war, aufgegriffen hat. Wir unterstützen das natürlich, weil es uns um die Sache geht. Deswegen bitte ich, den Originalantrag der FDP zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag von SPD und Grünen ab. Wer für den Änderungsantrag von SPD und Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD und die Grünen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag so angenommen.

Wir entscheiden jetzt über den FDP-Antrag in der geänderten Form, wie eben beschlossen. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag so angenommen.

Damit haben wir alle Anträge, die auf der heutigen Tagesordnung standen, abgearbeitet. Ich übergebe die Sitzungsleitung an Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 4:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Folgerungen aus rechtswidrigen Ausschuss-Entscheidungen" AN/0687/2011

Antwort der Verwaltung vom 07.04.2011 1374/2011

Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bedaure, dass Sie die Anfrage nicht im vollen Wortlaut aufgerufen haben. Es geht um die Folgerungen aus rechtswidrigen Ausschuss-Entscheidungen. Diese Anfrage hatten wir schon am 23. März gestellt. Heute haben wir die Antwort als Tischvorlage bekommen. Die Öffentlichkeit soll das wohl nicht weiter mitbekommen. Deshalb hat wohl auch OB Roters jetzt - ich will es einmal so sagen - die Flucht ergriffen.

Ich muss zu dem, was wir hier auf den Tisch bekommen haben, noch einiges ausführen. Es geht darum, dass die Stadt rechtswidrig

gehandelt hat, als sie einer jungen Familie den Eigenheimerwerb sozusagen untersagt hat, obwohl das Bieterverfahren ganz klar diese Familie als Käufer avisiert hatte.

(Götz Bacher [SPD]: Fragen!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Würden Sie bitte Ihre Frage formulieren?

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, natürlich. Ich formuliere die Frage.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann fangen Sie jetzt damit an.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich möchte ja auch eine sachgerechte Antwort bekommen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Stellen Sie erst einmal Ihre Frage.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, dazu muss ich ja erst einmal ausführen, damit sie richtig beantwortet werden kann, nicht wahr. - Es ging also darum, dass da ein Rechtsbruch begangen worden ist, den wir eher in Nordafrika als hier vermuten würden.

Unsere Frage lautet jetzt: Nach diesem offensichtlich rechtswidrigen Verhalten des Ausschussvorsitzenden - im Ausschuss wurde zweimal dieselbe Vorlage abgestimmt; ich war bei der Sitzung zugegen - hat die Verwaltung gesagt, dass eine weitere Ausschussentscheidung dagegen ein krasser Rechtsbruch ist. Hier ist mit voller Absicht Recht gebrochen worden. Das Landgericht hat das wieder korrigiert. Ich möchte gerne wissen: Wie will die Verwaltung dafür sorgen, dass so etwas nicht wieder vorkommt?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Es gibt bereits eine Antwort vonseiten der Verwaltung.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, diese liegt vor. Entschuldigung, aber anscheinend haben Sie sie auch nicht gelesen. Sie sagen, es gibt eine Antwort. Wenn Sie das hier als Antwort verkaufen - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ihre Belehrungen brauche ich nicht.

(Bernd Schöppe [pro Köln]: Natürlich brauchen Sie die!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Die brauchen sie anscheinend doch. Ich habe die Antwort doch hier in der Hand. Dass Ihnen das peinlich ist, kann ich verstehen. Aber man wird doch noch, wenn man hier eine Frage stellt, eine Antwort bekommen dürfen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sie können sich einen Ordnungsruf einhandeln, wenn Sie so weitermachen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Jörg Uckermann (pro Köln): Donnerwetter! Für was denn? Entschuldigung, wir haben eine offizielle Anfrage gestellt, und - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Und Sie haben eine Antwort bekommen.

(Markus Wiener (pro Köln): Was denn für eine Antwort? - Gegenrufe von der SPD)

Jörg Uckermann (pro Köln): Haben Sie die Antwort überhaupt gelesen, Frau Bürgermeisterin? Lassen Sie sich doch nicht irgendetwas zuflüstern von irgendeinem Souffleur.

(Götz Bacher [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! - Martin Börschel [SPD]: Das ist ein Angriff auf die Sitzungsleitung!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Die Frage, die Sie gestellt haben, ist von der Verwaltung korrekt beantwortet worden.

Jörg Uckermann (pro Köln): Wir werden das in Form eines Antrags vorbringen. - Ich danke Ihnen.

wie Duisburg mit 12 Euro, Düsseldorf mit 16 Euro, Bochum mit 18 Euro. Eine Journalistin wusste, dass man in Berlin nur 10 Euro zahlt. Versteckt in den Extragebühren für Hörbücher, Lernprogramme usw. hat man in Köln schon bislang doppelt so viel gezahlt wie in anderen Städten. Jetzt aber wird die katastrophale Lage der Stadtbibliothek offensichtlich.

Bar jeder Kultur ist diese Tariferhöhung, die nach Aussagen der Verwaltung dazu führt, dass die Stadtbibliothek 10 Prozent ihrer Kunden verlieren wird. Wären Sie, meine Damen und Herren, an Kultur und Bildung interessiert, würden Sie auf diese Gebührenerhöhung verzichten. Dann würde die Stadtbibliothek zu den jetzigen Kunden weitere 10 Prozent dazugewinnen. Auch dies ist eine Aussage der Verwaltung auf unsere Anfrage.

Bar jeder Kultur ist es, die fehlenden 270 000 Euro nicht in die Hand zu nehmen und 20 Prozent mehr Menschen Teilhabe und Bildung zu ermöglichen. Dieses Geld ist im Kulturretat vorhanden. Der Betriebskostenzuschuss an die Bühnen kann um diesen Betrag gesenkt werden, da im Jahresabschluss 2009 2 Millionen Euro nicht ausgegeben wurden.

Bar jeder Kultur ist es, meine Damen und Herren, wenn geringe Investitionsmittel in die Stadtbibliothek fließen. 95 Prozent der Großstädte sind bei den Medien besser ausgestattet als Köln.

Bar jeder Kultur ist Ihre Politik, die Stadtbibliothek unattraktiv zu machen. Von der schwarz-grünen Kürzungsorgie im Jahre 2004 hat sich die Stadtbibliothek nie erholt. Zwar hat Rot-Grün im letzten Haushalt 320 000 Euro zusätzliche Mittel für Medien eingestellt, aber bis heute nicht angewiesen. Nötig wären aber 716 000 Euro, um wenigstens im Mittelfeld vergleichbarer Bibliotheken zu liegen.

Bar jeder Kultur ist Ihr Umgang mit den Beschäftigten. Der Rat beschließt längere Öffnungszeiten in den Stadtebibliotheken; gleichzeitig beschließt die Verwaltung eine Wiederbesetzungssperre. Proteste des Personalrats während der letzten Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur werden schlicht und ergreifend ignoriert. Der Personalrat legt deshalb Veto gegen längere Öffnungszeiten ein, er befürchtet den Verlust qualifizierten Personals. Der Personalrat schreibt in seinem Flugblatt: „Damit sind Schließungen von Bibliotheken zu befürchten.“

Bar jeder Kultur ist Ihre Ignoranz. Wären Sie an Kultur und Bildung interessiert, wäre Köln nicht Schlusslicht bei den Mittelzuschüssen, und dann würden Sie auch erkennen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtbibliothek eine super Arbeit machen, die man unterstützen sollte.

(Beifall bei der Linken)

Die Stadtbibliothek ist eine wichtige Säule für Bildung, Kultur und Teilhabe. Wer nicht liest, der geht auch nicht ins Schauspielhaus.

Warum Sie von der SPD dieses Spiel mitgemacht haben, nachdem die Grünen Sie bei den Kosten für Oper und Schauspielhaus so vorgeführt haben, das habe ich nicht verstanden und das enttäuscht mich. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Detjen, irgendwie beschleicht mich ein Déjà-vu-Gefühl. Wir haben dieses Thema nicht nur im Kulturausschuss, sondern auch im AVR ausführlich beraten. Da kam es zu einem sehr ähnlichen Schlagabtausch. Man kann das so machen, immer mal wieder und immer wieder neu. Aber es gibt weder neue Sachverhalte noch Erkenntnisse, leider auch nicht bei Ihnen. Dabei wäre Zeit gewesen. Das ist schade. Information hätte Ihnen zu dem Punkt nicht geschadet.

So kommt es, dass in Ihrem kleinen Blättchen - ich meine Ihre Zeitung - und auch in Ihrer Rede Hinweise darauf fehlen, wer eigentlich die Gewinner der neuen Bibliotheksgebührenordnung sind. Es fehlt der Hinweis, welche Neuerungen vorgesehen sind. Es fehlt der Hinweis, warum es überhaupt zu einer neuen Gebührenordnung kommt. Es sieht nach Enthüllung aus, es sieht nach Skandal aus; aber es fehlt wie damals schon im AVR auch heute wieder die Hälfte der Wahrheit. Kein Wort über den besseren Service und die erfolgreichen Bildungsprogramme der Stadtbibliothek. Kein Wort über die mehrsprachige Leseförderung, die Projekte mit internationalen Förderklassen und die Halbjahreskarte. All das wird nicht genannt.

Daher noch einmal nur für Sie: Bisher war mit den Bibliotheksgebühren nur das Entleihen von

Büchern abgegolten. Für jedes digitale Medium mussten Extragebühren bezahlt werden.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Das kennen wir ja!)

- Ich habe den Eindruck, nicht. - Nach der neuen Gebührenordnung können diese Medien nicht nur länger als bisher, sondern vor allem kostenlos entliehen werden, und zwar von allen. Somit handelt es sich eigentlich nicht um eine Gebührenerhöhung, sondern eher um eine Gebührenverschiebung. Schon nach der Entleihe von neun Medien hat sich die Erhöhung auch für Vollzahlende neutralisiert.

Wir haben uns in der Fraktion intensiv mit der geplanten Neuordnung auseinandergesetzt und werden ihr zustimmen, wie schon im AVR und im Kulturausschuss. Ausschlaggebend für uns ist die Tatsache, dass die Verwaltung die Erhöhung für Inhaberinnen und Inhaber eines Köln-Passes deutlich gering gehalten hat. Die Preissteigerung für den Personenkreis mit Köln-Pass beträgt lediglich 1,50 Euro im Jahr auf dann 13 Euro. Außerdem ist es für uns wichtig, dass die unter 18-Jährigen weiterhin beitragsfrei bleiben. Gerade für diese beiden Gruppen ist die neue Gebührenordnung ein Gewinn. Alle digitalen Medien - ich habe es schon erwähnt -, für die bislang eine Einzelausleihgebühr zu zahlen war, sind nun in diesem Betrag enthalten.

Die Entleihe wird zudem künftig reibungsloser über Selbstbedienungsapparate möglich sein. Auch ist geplant, eine Rückgabe auch außerhalb der Öffnungszeiten zu ermöglichen. Dies setzt ein einheitliches System voraus und Abbau von Verwaltungsabläufen.

Die Vollzahlerinnen und Vollzahler, die ausschließlich Lesematerial ausleihen - das sind die einzigen Verlierer der neuen Gebührenordnung. Auch das wollen wir nicht verheimlichen, natürlich nicht.

Selbstverständlich wäre es schöner, wenn all dies ohne Gebührenerhöhungen möglich wäre. Das ist klar. Aber mit der Neuregelung und dem sehr moderaten Anstieg des Mitgliedsbeitrags für Köln-Pass-Inhaber bleibt das Bildungsangebot der Stadtbibliothek auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar und wird zudem deutlich ausgebaut. Die neue Ausgestaltung - auch das ist für uns klar - muss haushaltsneutral abgewickelt werden.

Wenn ich den Antrag der Linken richtig analysiere, fällt mir nur ein: Denn sie wissen nicht, was sie tun.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Die Kompensation, die die Linke vorschlägt, ist für uns völlig indiskutabel. Wir können nicht einerseits sagen: keine Gebührenerhöhung, und gleichzeitig den Etat der Bühnen kürzen. Das Thema ist für uns im Augenblick nicht zu diskutieren.

Wir halten die Neuregelung der Gebühren für vertretbar, und zwar genau so, weil wir dann keinem anderen Kulturangebot eine Kürzung zumuten müssen. Daher stimmen wir der Vorlage zu, nicht aber dem Antrag der Linken. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau von Bülow. - Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, ich will an den Beitrag von Frau von Bülow anknüpfen. Auch ich wundere mich, dass Sie die guten Leistungen, die die Stadtbibliothek für die Kölnerinnen und Kölner erbringt, schlechtreden und sie hier sogar als unattraktiv bezeichnen. Mit Ihrem permanenten Aufzeigen von Defiziten im Vergleich zu anderen Städten, erweisen Sie aus meiner Sicht dieser wichtigen Kultur- und Bildungsinstitution der Stadt einen Bärendienst; denn Sie befördern damit ein schlechtes Image, das der Stadtbibliothek mit ihrem breiten Leistungsspektrum, das sie zweifellos hat, ihrer sehr guten Arbeit und ihren engagierten Mitarbeitern wahrlich nicht gerecht wird.

Ich ärgere mich auch - das muss ich sagen -, dass Sie die ausführliche Debatte, die wir bereits im Kulturausschuss geführt haben, in Ihrer Zeitschrift als „einfaches Durchwinken“ bezeichnen. Das ist nicht richtig. Wir haben lange und ausführlich im Kulturausschuss darüber gesprochen und auch nicht die Einlassungen des Personalrats ignoriert, wie Sie gerade gesagt haben.

Nun zur Vorlage an sich. Die Stadtbibliothek plant zum Sommer eine neue Entgeltordnung. Die Neuregelung beinhaltet insbesondere den Verzicht auf die nicht mehr zeitgemäßen Einzelausleihentgelte. Die Sondergebühr für elektronische Medien fällt weg. Eine Flatrate kommt. Sie schafft mehr Kundenfreundlichkeit - das muss man auch einmal hervorheben - und bringt gleichzeitig auch Entlastungen für das Personal mit sich.

Wir von der SPD halten diese neue Flatrate für zeitgemäß. Für Vielnutzer wird die Gebühr sogar günstiger. Es wird faktisch, wenn man so will, eine Gerechtigkeit zwischen den Ausleihern von Büchern und denen von digitalen Medien, sogenannten Non-Books wie DVDs, CD-ROMs etc., hergestellt. Bisher mussten nämlich - Frau von Bülow hat es auch schon gesagt - die Entleiher von Büchern keine weitere Gebühr zahlen, während die Entleiher von neuen Medien 1,80 Euro pro Ausleihe bezahlen mussten. Bereits nach der Ausleihe von neun CDs profitieren also die Mitglieder von der neuen Regelung. Das ist eine deutliche Verbesserung; denn mit der Flatrate können sie nun eine unbegrenzte Medienzahl zum Festpreis ausleihen.

Meine Damen und Herren, heute sind 70 Prozent der Nutzer unter 40 Jahre alt. Für sie ist die Nutzung aller Medienformen heute selbstverständlich. Es ist für sie unverständlich, warum man für ein Hörbuch oder eine CD extra bezahlen muss, dasselbe Werk in gedruckter Form aber in der Jahreskarte enthalten ist.

Wichtig ist uns auch, dass Kinder und Jugendliche, die immerhin 40 Prozent der Nutzer ausmachen und durch Lesen an Kultur und Bildung herangeführt werden, weiterhin alle Angebote kostenfrei nutzen können. Das niedrigschwellige Angebot der Stadtbibliothek mit einer Auswahl von immerhin 175.000 Medien bleibt für sie kostenlos.

Für Erwachsene wird der neue Beitrag 38 Euro jährlich betragen. Das entspricht einer monatlichen Belastung von 3,60 Euro. Dies halten wir für angemessen. Schüler, Studenten und Azubis zahlen 28 Euro, also 2,33 Euro monatlich. Wie gesagt, für Mitglieder bis zum 18. Lebensjahr bleibt es kostenfrei. Der Unterschied zwischen der bisherigen Jahresgebühr und der Flatrate entspricht in etwa einem Kinobesuch. Dafür gibt es in der Stadtbibliothek fast 30 000 DVDs für das Heimkino zur Auswahl.

Auch für die „Nur-Buch-Nutzer“ ist der Mehraufwand aus unserer Sicht überschaubar. Er entspricht in etwa dem Kaufpreis eines Buches oder nicht einmal zweier Taschenbücher pro Jahr.

Ebenfalls sehr wichtig ist uns, dass Köln-Pass-Inhaber nur 13 Euro jährlich zahlen müssen, was einer Steigerung von 1,50 Euro, wohlgerne für ein ganzes Jahr, entspricht.

In Anbetracht unserer immer noch schwierigen Haushaltssituation - das dürfen wir nicht vergessen, auch wenn wir immer mal wieder von steigenden Einnahmen hören ist ein weiterer Faktor von großer Bedeutung, nämlich: Die Änderung der Entgeltstruktur ist haushaltsneutral. Der Zuschuss muss nicht erhöht werden.

Herr Detjen, auch wir sind an Kultur und Bildung interessiert. Wir halten den von der Stadtbibliothek eingeschlagenen Weg für ausgewogen und richtig. Deshalb werden wir der Vorlage zustimmen und Ihren Änderungsantrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion teilt das Erstaunen über die Linke, das schon die beiden Vorrednerinnen zum Ausdruck gebracht haben. Daran zeigt sich, dass diese Partei wirklich jedes Thema missbraucht und instrumentalisiert wird. Wirklich jedes Thema! Hier gibt es eine Verbesserung für die Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbibliothek. Die Stadtbibliothek kommt mit der Verwaltungsvorlage, die wirklich total klasse ist, im 21. Jahrhundert an. Obwohl also die Verwaltung hier viel Innovatives auf den Weg bringt, wird von der Linken wieder das Haar in der Suppe gesucht. Es werden die Massen mobilisiert und instrumentalisiert. Herr Detjen, damit haben Sie sich jetzt wirklich nachhaltig disqualifiziert, und das nicht zum ersten Mal heute Abend.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Dr. Elster. - Herr Görzel, bitte.

Diese sollen ja um 20 Prozent erhöht werden. Ich bin ganz sicher, dass Sie auf jeden Fall dagegen stimmen.

(Zurufe von der FDP)

Sehen Sie! Aber bei einer Gebührenerhöhung um 62 Prozent stimmen sie nicht dagegen. Deshalb sage ich: Die Rolle, die Sie als Opposition spielen sollten, haben Sie bei diesem Tagesordnungspunkt vergessen. Das dazu.

Meine Damen und Herren, man wird doch noch einmal fragen dürfen, wen diese Gebührenerhöhung trifft. Natürlich haben Sie recht, Frau von Bülow, dass derjenige, der nur CDs ausleiht - bislang mussten dafür 1,80 Euro pro Stück entrichtet werden -, besser wekommt, gar keine Frage. Es gibt aber auch Seniorinnen und Senioren, die nur Bücher ausleihen, und diese müssen deutlich mehr bezahlen. Das ist doch ganz klar. Das ist doch das Rechenbeispiel, das wir hier angesprochen haben.

Meine Damen und Herren, warum antworten Sie eigentlich nicht auf meine These und erklären, warum in anderen Städten die Ausweisgebühren deutlich niedriger sind? Ich habe doch Beispiele genannt; sie wurden übrigens auch im *Stadt-Anzeiger* veröffentlicht. Dazu schweigen Sie einfach, dazu sagen Sie überhaupt gar nichts.

Ich möchte noch auf Folgendes hinweisen: Hier wird ja immer kolportiert, dass die Kostenbefreiung für Kölner Kinder und Jugendliche ja so toll sei. Ich kann Ihnen nur sagen: Bremen ist frei, Dortmund ist frei, Düsseldorf ist frei, Frankfurt ist frei, Köln ist frei, München ist frei, Nürnberg ist frei, und Stuttgart ist frei. Das ist überhaupt nichts Besonderes, sondern das ist Normalität.

Mich ärgert, dass Sie das Problem aussitzen wollen. Andere Städte wirtschaften mit ihren Stadtbibliotheken ganz anders als wir mit unserer. Und daran mache ich meine Kritik fest. Das ist ein hausgemachtes Problem. Daran hat nicht etwa die Stadtbibliothek schuld, sondern daran hat die Politik schuld, und zwar beginnend mit dem Jahr 2004, als Schwarz-Grün der Stadtbibliothek die Mittel gekürzt hat. Damit haben die Probleme angefangen.

Wir müssen in die Stadtbibliothek investieren. Ich hoffe, dass es schon bei den nächsten Haushaltsberatungen zu einer entsprechenden Änderung kommen wird. Ich glaube fest daran. Denn das, was Sie da veranstaltet haben, war schon ziemlich ärglich. - Danke.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Wir haben vorhin schon feststellen können, dass bei der FDP der Pro-Köln-Effekt gewirkt hat. Jetzt können wir das sogar bei der Linksfraktion feststellen, mit der wir im Normalfall wenig Überschneidungen haben. Aber wenn Herr Detjen schon einmal recht hat, dann hat er recht. Anscheinend hat er unsere Fraktionszeitung, die letzte Woche an 50 000 Haushalte in Köln verschickt und verteilt wurde, sehr genau studiert. Darin hat die Fraktion pro Köln die Gebührenabzocke auf breiter Front in Köln im Detail angesprochen, darunter auch die jetzt diskutierte. Herr Detjen hat sich sehr lernfähig gezeigt. In dieser Sache hat er recht. Der Pro-Köln-Effekt schlägt heute ein zweites Mal zu. Wir stehen hier an der Seite der Bürger und gegen eine weitere Gebührenabzocke. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das ist die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über die Vorlage 6.3.1 abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Linke und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.2:

6.3.2 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 4033/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keiner. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.3:

**6.3.3 Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2011 vom 25.11.2010 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
0447/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Linke. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch das mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.4:

**6.3.4 Erweiterung des Sperrbezirkes im Kölner Süden
0674/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0781/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln und des Ratsmitglieds Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0786/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es scheint heute einer der besseren parlamentarischen Tage zu sein, wenn ich einmal von den Ausführungen von Herrn Uckermann und Herrn Ludwig absehe;

(Beifall bei der CDU)

denn wir wollen heute schon zum dritten Mal einen Viererantrag beschließen, bei dem es ausschließlich um das Wohl der Bürger geht. Angesichts der bestehenden Probleme im Kölner Süden werden wir zum Wohle der dort betroffenen Bürgerinnen und Bürger Maßnahmen beschließen, die wir gemeinsam erarbeitet haben. Ich begrüße das ausdrücklich an dieser Stelle und danke sehr herzlich für die engagierte Mitarbeit an dem von meiner Fraktion initiierten Runden Tisch zu ebendiesem Thema. Mehrere Fraktionen haben dort konstruktiv mitgewirkt. Wir haben uns abgestimmt und einen gemeinsamen Antrag beschlossen. Wie ich höre, haben auch die Linke und Herr Zimmermann einen wortgleichen Antrag zu diesem Thema gestellt.

Meine Damen und Herren, die Prostitution wird gerne als „das älteste Gewerbe der Welt“ bezeichnet. In Deutschland ist sie seit 2001 nicht mehr strafbedroht. Man wollte damals nicht nur die Prostitution aus der Schmutzdecke herausholen und Sex gegen Geld nicht mehr verteufeln, sondern auch den Prostituierten mehr Rechte einräumen. Dagegen war und ist nichts einzuwenden, wohl aber die Entwicklungen im Kölner Süden, wo die Prostitution inzwischen bis in die Wohngebiete hineingeht.

Seit der EU-Osterweiterung und seit Inkrafttreten des Bonner Sperrbezirks - Dortmund erlebt übrigens gerade genau dasselbe; dort wurde ein ganzer Stadtbezirk zum Sperrbezirk erklärt mit der Folge, dass sich das Problem jetzt wahrscheinlich nach Gelsenkirchen verlagert - stellen die betroffenen Bürger, die Polizei und das Ordnungsamt deutlich gestiegene Zahlen der Prostitution in Meschenich, im Bereich der Brühler Landstraße und auf dem Privatgelände der Bundeswehr - Sie kennen diese Spange - fest. Immer öfter kommt es zu massiven Belästigungen der Anwohnerinnen und Anwohner durch die Anbahnung und Verrichtung sexueller Dienstleistungen, die dadurch erheblich beeinträchtigt werden.

Es kann nicht sein, dass es zum Alltag von Frauen und jungen Mädchen gehört, von Freiern vor ihrer Haustür belästigt zu werden, weil sie fälschlicherweise für Prostituierte gehalten werden.

Es darf nicht sein, dass auf einem Supermarktparkplatz, wo Familien zum Einkauf hinkommen, gleichzeitig sexuelle Leistungen angeboten werden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Bürgerinnen und Bürger in Meschenich Tag für Tag schmierige Taschentücher oder Kondome aus ihren Hauseingängen aufsammeln und entfernen müssen.

Es ist auch nicht länger tolerierbar, dass ein im Eigentum der Bundeswehr befindliches Grundstück dauerhaft als Abstellplatz für bis zu 40 Wohnwagen genutzt wird und dass Spaziergänger und Jugendliche mit den dort stattfindenden sexuellen Handlungen konfrontiert werden.

Wir müssen weiterhin sehr frühzeitig gegen die sich entwickelnde, milieutypische Kriminalität vorgehen. Nach vielen intensiven Beratungen in der Bürgerschaft, aber auch mit Polizei und Ordnungsamt wird der Rat gleich mit großer

Mehrheit eine großflächige Erweiterung des Sperrbezirks beschließen. Da wir nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip verfahren wollen, werden wir gleichzeitig die Verwaltung auffordern, ein Konzept zu entwickeln, das Verdrängungseffekten durch die Sperrbezirksverordnung entgegenwirkt und bei der Prüfung von alternativen Standorten hohe Anforderungen an deren Eignung stellt.

Meine Damen und Herren, solange für das Angebot von Prostituierten eine hohe Nachfrage besteht, werden wir die Prostitution nicht aus Köln verdrängen können. Wir werden und wir müssen aber alles daransetzen - da sind sich die antragstellenden Fraktionen sehr einig -, dass neben den Belangen des Jugendschutzes und des Landschaftsschutzes sowie den sozial- und gesundheitspolitischen Aspekte der Betroffenen auch die berechtigten Belange der Anwohner berücksichtigt werden müssen.

Mit dem Beschluss des Rates, den Sperrbezirk zu erweitern, ist ein erster wichtiger Schritt getan. Wir möchten, dass nach sechs bis neun Monaten eine Evaluation gemacht wird, die aufzeigen soll, ob nachgebessert werden muss oder ob die Maßnahmen so ausreichen. Ich bin sehr dankbar, dass auch Herr Stadtdirektor Kahlen zugesagt hat, das mit großer Ernsthaftigkeit zu tun.

Die Politik legt mit diesem Ratsbeschluss die notwendigen rechtlichen Grundlagen. Nun sind in einem nächsten Schritt Polizei und Ordnungsamt gefordert, die Einhaltung der neuen Sperrbezirksverordnung zu kontrollieren und bei Verstößen konsequent durchzugreifen. Ein Beirat, dem auch Mitglieder dieses Rates angehören werden, wird die Auswirkungen der neuen Sperrbezirksverordnung genau beobachten.

Die Polizei hat Hinweise darauf, dass viele der Frauen dort nicht freiwillig als Prostituierte arbeiten und sich Organisierte Kriminalität anbahnen könnte. Davor müssen wir die Frauen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger schützen. Ich erinnere den Polizeipräsidenten an sein Versprechen, Köln sicherer zu machen. Die Politik, der Rat, hat ihm nun alles an die Hand gegeben, was er braucht, um im Kölner Süden tätig zu werden. Er muss nun aber endlich aktiv werden und handeln. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Granitzka. - Frau Mucuk-Edis, bitte.

Gonca Mucuk-Edis (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Herr Granitzka hat sehr vieles von dem, was ich sagen wollte, bereits vorweggenommen. Ich glaube, bei diesem Thema besteht interfraktionell Einigkeit. Auch ich will Ihnen darlegen, warum dort so dringend Handlungsbedarf besteht, wähle aber eine andere Perspektive.

Bereits im November letzten Jahres haben wir als Ortsverein eine Bürgerversammlung vor Ort zu diesem Thema durchgeführt. Wir wussten zwar, dass das Thema interessant und relevant in diesem Stadtbezirk sein dürfte, haben aber nicht damit gerechnet, dass so viele Bürgerinnen und Bürger zu unserer Veranstaltung kommen würden, bei der auch Vertreter von der Polizei, dem Ordnungsamt und dem SkF zugegen waren, um das Thema ganzheitlich zu beleuchten und zu diskutieren. Das Interesse war außerordentlich groß, sodass die Gaststätte, die wir angemietet hatten, förmlich aus allen Nähten geplatzt ist. Obwohl es keine Sitzplätze gab, sind die Bürgerinnen und Bürger dort geblieben und haben diskutiert.

Im Verlauf der Diskussion wurde allen klar, dass es eben nicht ausreicht, den Sperrbezirk auszuweiten, weil es dort wahrscheinlich zu Verdrängungseffekten käme, wie es ja auch in Bonn geschehen ist, sondern dass man an einer ganzheitlichen Lösung arbeiten muss. Das Konzept, das uns die Verwaltung nun vorgelegt hat, ist ein solches ganzheitlich gedachtes Konzept. Einschließlich der von den vier großen Fraktionen eingebrachten Änderungsvorschläge ist es ein rundes, ein gutes Konzept.

Bei aller Notwendigkeit, gegen Zuwiderhandlungen ordnungsrechtlich vorzugehen, dürfen wir aber nicht die Frauen, die vor Ort anschaffen müssen oder freiwillig dort arbeiten, aus dem Blick verlieren. Mir als Frau ist es vor allem wichtig, dass wir uns auch die Freier vornöpfen und überlegen, wie die Freier bestraft werden können, wenn sie sich nicht an die Verordnung halten.

Ich freue mich, dass wir heute diesen großen gemeinsamen Antrag verabschieden können und dürfen. Denn es brennt. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort spüren den Handlungsbedarf jeden Tag. Es ist dort ein sehr großer Druck vorhanden. Deshalb ist es schön, nach der

heutigen Sitzung der Presse mitteilen zu können - diese wird es dann an die Bürgerinnen und Bürgern weitergeben -, dass dieser Rat einen Beschluss gefasst hat, der zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Granitzka hat eben sinngemäß gesagt: Solange es Männer gibt, die käuflichen Sex nachfragen, wird es Prostitution und damit auch Straßenprostitution geben. Es ist einfach ein Trugschluss, zu glauben, dass man mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen allein den negativen Begleiterscheinungen Herr werden kann.

Wir sind uns in den demokratischen Fraktionen einig, dass Straßenprostitution in Wohngebieten, an Sportstätten oder auch auf Parkplätzen von Supermärkten nicht geduldet werden kann. Deshalb ist die Ausweisung eines entsprechenden Gebietes in der Ortslage Meschenich zum Beispiel allgemeiner Konsens. Die Fraktionen sind sich aber auch einig darin, dass wir allein mit der Ausweisung eines Sperrbezirks entlang des Militärrings, angefangen von Müngersdorf bis unten an den Rhein, den aus der Straßenprostitution resultierenden Problemen nicht gerecht werden.

Erstens wird es dann an anderen Stellen der Stadt zu Problemen kommen, weil wegen der Verdrängung neue Standorte gesucht und auch gefunden werden. Wir gehen davon aus, dass der Standort an der Straße entlang des Güterverkehrszentrums Eifeltor, an der Straßenprostitution weiterhin geduldet wird, die Anzahl der Wohnwagen nicht aufnehmen kann. Wir befürchten deshalb, dass die Prostitution durch eine unkontrollierte Verdrängung in die Wohngebiete getragen und dort zu mehr Problemen führen wird, als mit der Sperrbezirksverordnung gelöst werden. Wir gehen davon aus, dass sich viele von den in Meschenich wohnhaften drogenabhängigen Prostituierten nicht ohne Weiteres aus dem Kölner Süden verdrängen lassen. Auch das müssen wir berücksichtigen.

Zweitens sind wir der Meinung, dass Verwaltung, Rat, Bezirksvertretungen und nicht zuletzt auch die Nachbarkommunen ein Konzept entwickeln müssen, das den Verdrängungseffekten - Sie haben es eben auch betont, Herr Granitzka - dieser Verordnung entgegenwirkt und mehr Energie auf die Ausweisung eines Standortes verwendet wird, an dem die Straßenprostitution geduldet wird, damit sie auch für die Ordnungsbehörden besser kontrollierbar bleibt. Nur so kann einer Verdrängung der Frauen in die Illegalität entgegengewirkt werden, damit sie nicht für die gesundheitlichen und sozialen Dienste außer Reichweite geraten.

Mit rein ordnungsrechtlichen Verfügungen werden die Probleme der Zuhälterei, die damit einhergehende Bandenkriminalität, die es ja gerade im Kölner Süden gibt, und nicht zuletzt die Ausbeutung der Frauen, die meist aus Süd- und Osteuropa stammen, aber nicht gelöst werden können. Herr Granitzka, auch das haben Sie angesprochen. Im Gegenteil: Wer nach dem Sankt-Florians-Prinzip die Prostitution in dunkle Ecken der Stadt verdrängen will, schafft genau den Raum, wo illegale und kriminelle Machenschaften von Banden auf fruchtbaren Boden fallen. Das wollen wir verhindern.

Jahrelang war die Stadt Köln froh, dass die Bundeswehr auf ihrem Gelände nicht gegen die Prostitution vorging. Das vorliegende Ultimatum der Bundeswehr, die Wohnwagen zum 1. Mai von ihrem Gelände entfernen zu lassen, hat für Zeitnot gesorgt.

Mit dem vorliegenden Ergänzungsantrag beauftragen wir die Verwaltung, den Gremien des Rates bis zum Jahresende Lösungsvorschläge hinsichtlich Konzeption und Standortfrage vorzulegen. In diesem Zusammenhang halten wir es für nötig, den Handlungsbedarf, der über die bisherigen gesundheitlichen und sozialen Angebote für die Prostituierten hinausgeht, zu ermitteln. Wir setzen weiterhin auf die gute und verlässliche Arbeit des Gesundheitsamtes, des Sozialdienstes katholischer Frauen und von Vision e. V.

Zum Schluss möchte ich mich auch bei den Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Linken bedanken, dass eine parteiübergreifende Zusammenarbeit dazu geführt hat, dass dieses Thema nicht zum Gegenstand eines öffentlichen Gezänks geworden ist. Ich bin froh, dass wir einen Antrag entwickelt haben, der konsensfähig ist. Aber wie so oft im Leben ist es auch hier so, dass der schwierige Teil der Arbeit noch vor uns

Nach den positiven Erfahrungen mit der Geestemünder Straße ist es selbstverständlich, auch im Kölner Süden über alternative Standorte nachzudenken. Ich freue mich, dass es gelungen ist, diese Formulierung parteiübergreifend in den Änderungsantrag zu schreiben. Jetzt gilt es, die Verwaltung - hier spreche ich den Oberstadtdirektor an -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] Oberstadtdirektor? Das haben wir Gott sei Dank überstanden!)

- Entschuldigung, lieber Herr Kahlen, ich spreche jetzt ausdrücklich Sie an - bei der Suche nach diesem Standort nachdrücklich zu unterstützen, damit dieser politische Wille auch Realität wird.

Meine Damen und Herren, eine große Bitte: Vergessen wir bei all unseren Diskussionen über Straßenprostitution und Sperrbezirke niemals die betroffenen Frauen. Wer die Situation im Kölner Süden kennt, weiß, dass es sich hier nicht um eine homogene Gruppe von Prostituierten handelt. Da gibt es die drogenabhängigen Frauen und es gibt die Frauen aus Osteuropa, die allein aufgrund der unterschiedlichen Sprachen nur schwer zu erreichen sind. So unterschiedlich die Lebenssituationen dieser Frauen sind, so unterschiedlich müssen auch die Hilfeangebote sein. Die individuellen Angebote müssen sowohl der physischen als auch der psychischen Verfassung der Frauen entsprechen. In diesem Bereich sind bereits Vision e. V., Gesundheitsamt sowie der Sozialdienst katholischer Frauen tätig. Sie sind für die Frauen die Ansprechpartner vor Ort. Politik tut gut daran, auf die Meinung dieser Träger und Institutionen zu hören und deren Erfahrungen mit in die Beratungen des Beirates einfließen zu lassen.

Meine Damen und Herren, der heute zu fassende Beschluss ist ein erster Schritt. Erliegen wir aber damit nicht der Hoffnung, dass damit das Thema Straßenprostitution ad acta gelegt werden kann. Wir befinden uns auf einem Weg, an dem wir immer überprüfen müssen, ob wir die zentralen Koordinaten, nämlich Schutz der Bürger sowie Unterstützung der betroffenen Frauen, erreichen werden. Falls nicht, müssen wir entsprechend nachsteuern. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Linken.Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Hoyer. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin! Ich möchte mich zuerst bei Herrn Granitzka bedanken, der die Diskussion im Arbeitskreis moderiert hat. Man kann, glaube ich, schon jetzt sagen: Wir sollten diese Zusammenarbeit fortsetzen. Wir werden auch immer wieder den Oberstadtdirektor einladen, wenn wir dieses Thema diskutieren.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kahlen, über Ihre erste Vorlage waren wir schon sehr erschrocken. Aber das hat sich dann durch die Einrichtung dieses parteiübergreifenden Arbeitskreises zum Positiven gewendet. Man muss in diesem Zusammenhang aber auch einmal ganz klar sagen, Herr Granitzka, dass diejenigen, die da zusammengekommen sind, verschiedene Interessen im Blick hatten. Wir haben auf einem ähnlichen Niveau diskutiert - das ist sowieso klar -, aber das Thema wurde aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Frau Hoyer hat mir zum Beispiel mit ihrem Redebeitrag aus dem Herzen gesprochen, weil sie auch auf die soziale Lage dieser Frauen eingegangen ist. Sie, Herr Granitzka, haben einen anderen Aspekt dargestellt; das ist auch okay. All das sind Gesichtspunkte, die in der Diskussion eine Rolle spielen müssen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir die Diskussion zu diesem Thema fortsetzen sollten. Das wäre uns sehr wichtig. Wir hatten anfangs gesagt, wir können der Vorlage so nicht zustimmen, weil darin die soziale Lage dieser Frauen überhaupt nicht - null! - berücksichtigt wurde. Das geht einfach nicht. Gerade das muss in der Betrachtung und Diskussion eine große Rolle spielen. Der SkF hat mitdiskutiert, das Gesundheitsamt hat mitdiskutiert. Es war wichtig, dass wir von dieser Seite Argumente und Anregungen bekommen haben.

Nun müssen wir prüfen, welcher Ersatzstandort infrage kommen kann. Dass das komplizierter als in Longerich wird, ist gar keine Frage. Aber wir müssen einen Weg finden. Wahrscheinlich wird es dazu wieder unterschiedliche Meinungen geben. Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Diskussionsprozess fortsetzen, damit wir einen Ersatzstandort zu finden, der wirklich geeignet ist. Wie man diesen dann

ausstattet, das müssen wir dann noch einmal diskutieren. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Der Änderungsantrag der Linken hat sich damit erledigt.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Der war wortgleich!)

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.5:

6.3.5 Einstweilige Sicherstellung des geplanten Naturdenkmals "Mittelterrassenkante in Müngersdorf" 0031/2011

Abstimmung wie Anlage 6. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Ergänzung!)

- Mit Ergänzung. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das mit der Ergänzung einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.6:

6.3.6 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung) 5016/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/0451/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? -

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Wir haben einen Änderungsantrag gestellt!)

Frau Kirchmeyer.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Frau Bürgermeisterin! Kollegen und Kolleginnen! Ich stehe hier heute stellvertretend für eine Mehrheit von Kölnerinnen und Kölnern und vor allen Dingen für unsere Kolleginnen und Kollegen aus vielen Bezirksvertretungen. Die Beschlüsse, die sie sowohl in der letzten Legislaturperiode als auch in den letzten Wochen zur sogenannten „Brötchentaste“ - das heißt: eine Viertelstunde kostenfreies Parken - gefasst haben, wurden seitens der Verwaltung schlichtweg missachtet. Die Verwaltung hat in ihrer Vorlage 5016/2010, Seite 5, nur folgenden lapidaren Satz dafür übrig - ich zitiere -:

In der gegenwärtigen Haushaltslage können die Mindereinnahmen für die Regelung des 15 Minuten freien Parkens nicht vertreten werden. Daher konnte diese Möglichkeit in der nunmehr vorgelegten Gebührenordnung nicht aufgenommen werden.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen: Wo bleibt denn da der politische Wille der Mehrheiten, mit denen die Bezirksvertretungen für das 15-minütige kostenfreie Parken votiert haben?

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale stellen uns vor die Bürgerinnen und Bürger und den politischen Willen der Mehrheit der Bezirksvertretungen und haben deshalb den Antrag zur Einführung einer „Brötchentaste“ in allen Bezirkszentren hier heute erneut eingebracht.

Wir kritisieren die weitere Gebührenerhöhung, wie sie die heutige Verwaltungsvorlage vorsieht, auf das Schärfste. Sie belastet nicht nur die Kölnerinnen und Kölner, sondern auch für die Besucher unserer Heimatstadt, ganz zu schweigen von den negativen Auswirkungen auf die Geschäfte für den täglichen Bedarf vor Ort. Es entfällt der Anreiz, in den Stadtteilzentren einzukaufen, wenn die Parkgebühren als völlig überzogen empfunden werden. Die Argumentation in der Vorlage, man solle die vorhandenen Parkhäuser nutzen, ist mehr als fragwürdig. Wo ist bitte schön ist denn ein Parkhaus an der Dürener Straße oder am Höniger Weg?

Uns wurde von der Verwaltung ein umfangreiches Einzelhandels- und Zentrenkonzept zur Beratung vorgelegt. Nun stellt sich die Frage: Wofür? Die heutige Vorlage zur Parkgebührenerhöhung in den Stadtteilzentren konterkariert die eigenen Planungen der Verwaltung zum vorgenannten Konzept.

(Beifall bei der FDP)

In der nächsten Verkehrsausschusssitzung wird eine Mitteilung der Verwaltung diskutiert werden. Darin wird die Einführung einer „Brötchentaste“ in den Stadtteilzentren befürwortet; denn in der besagten Mitteilung werden seitens der Verwaltung - meine Damen und Herren, man höre und staune - Kriterien genannt, die für die Einführung einer „Brötchentaste“ sprechen. Es werden dort auch Zahlen genannt, und zwar wie hoch die Mindereinnahmen pro Bezirk ausfallen würden, wenn diese „Brötchentaste“ eingeführt würde. Die Mindereinnahmen werden für alle neun Stadtbezirke mit circa 58 000 Euro beziffert. Im Verhältnis zu den 900 000 Euro, die wir eben für die Stadtbezirke beschlossen haben, ist das relativ wenig.

Meine Damen und Herren, in der hier heute vorliegenden Vorlage zur erneuten Parkgebührenerhöhung wird die „Brötchentaste“ rigoros von der Verwaltung weggewischt, in einer Mitteilung für den Verkehrsausschuss werden jedoch Kriterien für neue Ausweisungen seitens der Verwaltung aufgestellt. Das kommt uns Liberalen spanisch vor. Offensichtlich weiß in der Verwaltung die linke Hand nicht, was die rechte tut.

Die heutige Vorlage zur Parkgebührenerhöhung ist für uns Liberale völlig indiskutabel. Wir werden sie dementsprechend ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie mit uns den Bürgerwillen auf, stärken Sie heute Ihre und unsere Bezirksvertretungen und stimmen Sie unserem Antrag zur Einführung einer „Brötchentaste“ in den Stadtbezirken zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Kirchmeyer. - Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die hier heute zu diskutierende Vorlage beinhaltet zunächst einmal eine massive Kostenerhöhung für das Parken in den bewirtschafteten Gebieten. Diese Kostenerhöhung ordnet sich ein in eine Reihe massiver Gebührenerhöhungen, die nicht erst seit Anfang dieses Jahres, sondern schon im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen wurden - und das, obwohl schon erhebliche Einnahmeverbesserungen, zum Beispiel durch die Erhöhung der Gewerbesteuer, von der Ratsmehrheit vorgesehen worden sind.

Die in der Vorlage enthaltene Begründung, damit werde eine vergleichbare Situation zu den Parkhäusern hergestellt, die die Gebühren schon seit längerem erhöht hätten, ist meiner Ansicht nach falsch. Ich schließe mich hier der Argumentation von Frau Kirchmeyer an. Wenn man schon einen solchen Vergleich zieht, dann sollte man dabei auch berücksichtigen, dass beispielsweise privat betriebene Parkhäuser wie das am Maternusplatz in Rodenkirchen bereits die „Brötchentaste“ eingeführt haben.

Es ist hier auch die Frage nach der Berücksichtigung des politischen Willens in den Bezirksvertretungen zu stellen. Keine einzige Bezirksvertretung hat diese Vorlage in dieser Form so beschlossen.

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]:
Doch, Ehrenfeld! Und Nippes auch!)

- Ja, gut. Ehrenfeld hat dazu einige Anmerkungen gemacht. Aber die allermeisten Bezirksvertretungen haben sie abgelehnt oder nur unter Bedingungen zugestimmt. Wenn man die Beschlussergebnisse durchgeht, stellt man fest, dass mit wechselnden Mehrheiten, meistens gegen die Grünen, in einem Fall sogar einstimmig alle der Bezirke der Meinung waren, dass zu dieser Gebührenordnung auf jeden Fall die Einführung einer „Brötchentaste“ gehört.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein!)

- Die gehört dazu.

Die Verwaltung hat uns in der Mitteilung im letzten Verkehrsausschuss ihre über Jahre hinweg angestellten Überlegungen, unter welchen Kriterien eine solche Einführung sinnvoll ist, ausdrücklich vorgestellt.

Es ist doch so - das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -, dass sich die Einnahmeausfälle in einer Größenordnung

bewegen - diese sind vielleicht nach der Parkgebührenerhöhung ein bisschen höher -, die dem im Haushalt enthaltenen städtischen Zuschuss für die Begrünung der Südseite von Privatwohnungen entspricht, dem Sie zugestimmt haben. Da frage ich mich: Wo ist da die Verhältnismäßigkeit, die „Brötchentaste“ oder das Kurzzeitparken kostenlos zu machen? In der Severinstraße ist das ein echtes Erfolgsmodell. Das führt dort zu Einnahmeausfällen von unter 30 Euro pro Parkuhr und Jahr. Dieses Konzept wäre eine Wirtschaftsförderung für unsere Stadtteilzentren, die sie unbedingt brauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir beraten über ein Einzelhandels- und Standortkonzept. Wie man in diesem Kontext zwei ganz wesentliche Elemente, nämlich Kundennähe und Erreichbarkeit, schlichtweg ignorieren und sie für einen Appel und ein Ei einfach wegbügeln kann, dafür habe ich nur zwei Erklärungen: Nickeligkeit oder Ideologie. Ich überlasse Ihnen die Wahl, welche der beiden Erklärungen zutrifft.

(Beifall bei der CDU)

Der Rat bzw. die Ratsmehrheit hat öfter bewiesen, dass Nickeligkeit nicht zu ihren Eigenschaften gehört. Es bleibt also keine andere Erklärung als die, dass hier wieder einmal der ideologische Hammer zuschlägt.

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das stimmt nicht! Das ist albern!)

In der Mitteilung der Verwaltung werden ja die Kriterien, wo eine solche Kurzzeitparktaste sinnvoll ist und wo nicht, im Einzelnen aufgeführt. Es geht hier nicht um Nahverkehrsversorgung, also nicht um die Einkäufe, die man fußläufig oder mit dem Fahrrad erledigen kann. Vielmehr geht es um jene Bereiche, für die man einen größeren Anlauf braucht. Zum Beispiel muss man auch die Möglichkeit haben, seine Einkaufstaschen einmal kurz abzustellen. Nicht zuletzt geht es auch um Umsatz, wenn die Menschen ihre Einkäufe auf diese Art und Weise schnell erledigen können.

Wir fordern Sie auf: Stimmen Sie nicht für diese Vorlage! Wir stimmen dem Änderungsantrag der FDP zu und werden die Vorlage ansonsten ablehnen. Ich sage Ihnen voraus: Dieses Thema ist nicht zu Ende. Sie können den Wunsch und die Vorstellungen der großen Mehrheit in den Bezirken nicht einfach ignorieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Noch einmal: Hier steht der mögliche Einnahmeverlust in keinem Verhältnis zum Nutzen. Deswegen fordere ich Sie auf: Lehnen Sie die Vorlage in dieser Form ab und lassen Sie die Kurzzeitparktaste zu! - Danke schön fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau dos Santos, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir lehnen den Änderungsantrag der FDP ab und stimmen der Verwaltungsvorlage zu.

(Zuruf von der FDP: Bravo!)

Ich darf darauf aufmerksam machen, dass Ulrich Soénius, Geschäftsführer der IHK Köln und dort für den Verkehrsbereich zuständig, in einem Schreiben, das ich bekommen habe - möglicherweise haben es auch die anderen Sprecher erhalten -, dargestellt hat, dass er dem Konzept der Verwaltung durchaus zustimmen kann. Auch die Erhöhung der Parkgebühren nach 15 Jahren hält er für in Ordnung. Zugegeben: Er fordert genau wie Sie die Kurzzeitparktaste. Er hat aber genauso wie die Bezirksvertretungen, die sich dafür ausgesprochen haben, nicht dargestellt, wie das dann im Gesamtkonzept ausgeglichen werden sollte.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir sind zurzeit der Auffassung, dass die Verwaltungsvorlage in Ordnung ist. Wir halten das Konzept für schlüssig und stimmen deswegen zu.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau dos Santos. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausführungen von Frau Kirchmeyer und Herrn Möring sind natürlich in weiten Teilen zutreffend und sinnvoll. Gestatten Sie mir trotzdem eine Anmerkung: Ich darf Sie daran erinnern, dass pro Köln in allen Bezirksvertretungen in den letzten Jahren

Anträge eingebracht hat, die genau diese Möglichkeit des kostenlosen Kurzzeitparkens beinhalteten. Wenn ich mich richtig erinnere, haben CDU und FDP damals immer dagegen gestimmt. Das sei einmal zur Ehrlichkeit und zur Historie hinzugefügt. Nichtsdestotrotz ist der FDP-Änderungsantrag sinnvoll. Wir haben keine Probleme damit, diesen zu unterstützen. Wir sind nicht nachtragend.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Tull, bitte.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Wir werden der Vorlage auch unverändert zustimmen, wie übrigens auch eine ganze Reihe von BVen. Was Sie eben hier erzählt haben, Herr Möring, stimmt einfach nicht. Die BVen geben an dieser Stelle ein ziemlich durchwachsenes Bild ab: Einige haben sich für die Einführung einer „Brötchentaste“ ausgesprochen, einige waren dagegen. Wir halten die Einführung einer „Brötchentaste“ aber auch aus Verkehrsabwägungssicht insgesamt nicht für sinnvoll. Es sind nicht nur rein monetäre Gründe, warum wir sie ablehnen. Wir sind vielmehr der Meinung, dass sie dazu führen wird, dass die Leute länger die Parkplätze blockieren, die wichtig sind, weil in den städtischen Bereichen schnell umgeschlagen werden muss.

(Lachen bei Christraut Kirchmeyer
[FDP])

- Ja, das ist so. Auch aus diesem Grund halten wir die Vorlage, so wie sie jetzt ist, für sinnvoll.

Wir sind froh, dass das Thema damit endlich vom Tisch ist. Sie haben damals gegen die BV Innenstadt mit schwarz-gelber Mehrheit im Verkehrsausschuss ein Modellversuch durchgedrückt. Dieser Modellversuch ist gescheitert.

(Widerspruch von CDU und FDP)

Wir sind froh, dass wir das Ganze jetzt beerdigen können. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Tull. - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir von der FDP-Fraktion künden nach jeder Sitzung den Spruch des Tages. Ich werde die Aussage von Frau dos Santos Herrmann: „Wir müssen sehen, wie wir die 60 000 im Gesamtkontext ausgleichen“, als Spruch des heutigen Tages vorschlagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber ich hatte mich eigentlich aus einem anderen Grund gemeldet. Frau Kirchmeyer hatte ja auf den Widerspruch in den beiden Verwaltungsvorlagen hingewiesen und gesagt, dass in der Vorlage hier die Einführung einer „Brötchentaste“ abgelehnt wird, in der Vorlage im Verkehrsausschuss allerdings Kriterien vorgegeben sind, wo es sinnvoll ist, die „Brötchentaste“ einzuführen.

Wir haben doch eigentlich eine einheitliche Verwaltungsmeinung. Deswegen die Frage an die Verwaltung und an den Oberbürgermeister: Wie kommt es dazu, dass in zwei verschiedenen Verwaltungsvorlagen so unterschiedliche Meinungen formuliert sind? Diesen Widerspruch haben wir und auch die Bezirksvertretungen ja aufgegriffen. Im Grunde wollen wir hier eine einheitliche Verwaltungsmeinung wiederherstellen, wenn wir fordern, dass die Einführung einer „Brötchentaste“ entsprechend der Vorlage im Verkehrsausschuss nun auch in der hier vorgelegten Vorlage vorgesehen wird.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, ich weiß nicht, worum es geht. Ich habe nicht zugehört. Ich bitte um Entschuldigung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der FDP)

Ralph Sterck (FDP): Herr Streitberger, das ist wenigstens ehrlich von Ihnen. Andere Kollegen hätten darüber einen halbstündigen Vortrag halten können, ohne die Frage überhaupt gehört zu haben

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Herr Streitberger, es geht um den Sachverhalt, dass es zu diesem Thema offensichtlich zwei unterschiedliche Verwaltungsmeinungen gibt.

Zum einen besagt die hier vorliegende Vorlage, dass die „Brötchentaste“ abgeschafft wird. Zum anderen führt eine Mitteilung im Verkehrsausschuss aus, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit die „Brötchentaste“ eingeführt werden kann. Das ist ein Widerspruch, der nicht zur einheitlichen Verwaltungsmeinung des Oberbürgermeisters dieser Stadt gehören sollte. Wir wollen mit unserem Antrag die einheitliche Verwaltungsmeinung wiederherstellen und schlagen deswegen vor, dass die hier abzustimmende Vorlage auf die Mitteilung im Verkehrsausschuss angepasst wird.

Meine Frage an Sie lautet: Wie können Sie sich diesen Widerspruch erklären?

Beigeordneter Bernd Streitberger: Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, das ist kein Widerspruch, und das wissen Sie ganz genau. Das eine ist eine Entscheidungsvorlage, das andere ist eine Mitteilung. In der Mitteilung finden Sie die Bedingungen für die Einführung einer „Brötchentaste“ aufgeführt, über die es in der Vergangenheit aber keine Entscheidung gegeben hat. Es erschien uns wichtig - gerade weil jetzt wieder die Diskussion über dieses Thema läuft -, noch einmal aufzublättern, welche Möglichkeiten darin stecken und welche nicht. Insgesamt ist das ja eine überschaubare Problemlage, wie Sie wissen.

Die Verwaltungsvorlage zu den Parkgebühren enthält keine Entscheidung über die „Brötchentaste“: weder zu ihrer Abschaffung noch zu ihrer Einführung. Sie enthält auch keine Entscheidung über den Status quo der Bereiche mit „Brötchentaste“, die es ja nach wie vor auf der Severinstraße und auf der Mittelstraße gibt. Wir würden vorschlagen, sie auf der Mittelstraße abzuschaffen, weil sie sich dort nicht bewährt hat, und sie auf jeden Fall auf der Severinstraße beizubehalten.

(Ralph Sterck [FDP]: Hört! Hört!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage, wie Verkehrsausschuss und AVR. Wer ist dagegen? - Die CDU, die FDP, Herr Hoffmann und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage so abgestimmt und genehmigt.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 7:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für die Hj. 2010 und 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 0730/2011

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine.

Dann kommen wir zu den Vorlagen unter Tagesordnungspunkt 10:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen 4570/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

(Martin Börschel [SPD]: Wie Verkehr!)

- Abstimmung wie Verkehrsausschuss. Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen, keine Gegenstimmen. Dann ist 10.2 so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Baubeschluss für den Ausbau der Lützerathstraße von Rösrather Straße bis Rather Mauspfad sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze 4814/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? -

Wer enthält sich? - Beides ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 Förderung von freien Trägern der Wohlfahrtspflege und der interkulturellen Arbeit - Rücknahme von Kürzungen zur Vermeidung von Härtefällen
4904/2010/1**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegenstimmen von pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.4 so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

**10.6 Erneuerung/Umgestaltung S-Bahn-station Chorweiler-Nord hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Absatz 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln über die Haushaltsjahre 2010 und 2011
0063/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 10.6 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

**10.7 Bundeseinheitliche Behördenrufnummer D115 - Verbesserung des Bürgerservices in der Region hier: Teilnahme des Service-Centers 115 Köln und weiterer kommunaler Partner in der Region an der Betriebsphase
0110/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist auch 10.7 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

**10.8 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2011
0145/2011**

Ergänzung in der Anlage 6. - Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Frau Bürgermeisterin! Wir haben schon im Finanzausschuss darüber gesprochen und wollten wissen, wie hoch das Eigenkapital noch ist. Mittlerweile haben wir große Bedenken im Hinblick auf die fortwährende Kapitalaushöhlung der Gebäudewirtschaft. Es werden nämlich bis 45 Millionen Euro an den allgemeinen Haushalt abgeführt. Wenn wir das hochrechnen, wird in drei bis vier Jahren kein positives Eigenkapital mehr da sein. Wir halten dies für sehr gefährlich und möchten das hier zu Protokoll geben. In diesem Jahr werden wir angesichts der besonders schwierigen Haushaltssituation noch zustimmen, wollen aber auch zum Ausdruck bringen, dass wir dieser Entnahme sehr kritisch gegenüberstehen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Klipper. - Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Schon in den Legislaturperioden der vergangenen Jahre haben wir immer wieder darauf hingewiesen. Ich freue mich, dass die Kollegen von der CDU das jetzt auch erkannt haben. Darum haben wir schon in den letzten Jahren diese Vorlage abgelehnt und werden das auch heute wieder tun.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich über 10.8 mit der Ergänzung abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die FDP, Herr Hoffmann und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist 10.8 mit der Ergänzung angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Abführung an den städtischen Haushalt für 2011
0154/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Dagegen sind die FDP und Herr Hoffmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.9 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der

Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6607-1201-0-1001, Sickerbrunnen - Generalsanierung 0211/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 10.10 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Wirtschaftsplan 2011 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 0232/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Die FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist 10.11 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes 0253/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 10.12 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Mülheimer Brücke Durchführung der statischen Prüfung für die Gesamtinstandsetzung aller Teilbauwerke 0262/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 10.13 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe sowie Umgestaltung der Bonner Str. zwischen Marktstr. und Verteilerkreis Köln-Süd, Zusätzlicher Stellen-/Personalbedarf

0439/2011

Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Ich mache es vom Platz aus, Frau Bürgermeisterin. - Wir werden dieser Vorlage nicht zustimmen und haben das in den vorlaufenden Ausschüssen auch schon begründet. Ich will es hier noch einmal kurz zusammenfassen.

Wir kritisieren, dass für diese Vorlage zwar ein langer Zeitraum ins Land gegangen ist, der aber nicht genutzt wurde, die Frage zu klären, mit welchem Personal diese Aufgaben durchgeführt werden sollen. Die Vorlage sieht vor, unbefristete Personalstellen zuzusetzen, obwohl es bei der KVB möglicherweise Personal gibt, das nicht mehr benötigt wird. Wir hätten erwartet, dass im Zusammenhang mit dieser Vorlage ein Personalkonzept vorgelegt wird, das überzeugend ist. Stattdessen haben Sie es sich einfach gemacht. Der einfachen Zusetzung von Stellen, zumal von unbefristeten, können wir nicht zustimmen. Deswegen werden wir diese Vorlage hier ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Möring. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Wir haben über den Archiveinsturz und das Unglück am Waidmarkt hier sehr oft diskutiert und in diesem Zusammenhang auch über die dritte Baustufe gesprochen. Ich finde es gut, dass die Stadt Köln für die dritte Baustufe verantwortlich zeichnet. Die jetzt zu treffende Entscheidung ist auch eine strategische Grundsatzentscheidung. Denn damit sorgen wir dafür, dass die Verwaltung mit Personal ausgestattet wird, das in der Lage ist, auch große und schwierige Bauprojekte weiterzuentwickeln bzw. abzuwickeln. Deswegen stimmen wir dieser Vorlage zu. Wir meinen, dass hier ein richtiger Schritt getan wird. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich über 10.14 abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die

CDU und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich.

(Markus Wiener [pro Köln]: Nein, keine Enthaltungen!)

- Keine Enthaltungen, gut. Dann ist 10.14 angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Koelnmesse GmbH
hier: Entnahme aus der
Kapitalrücklage
0656/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Dann ist 10.15 angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Netzwerk Innenstadt NRW
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
0688/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bei dieser Vorlage, die auch schon im Stadtentwicklungsausschuss beraten wurde, stellt sich für uns die Frage: Warum soll die Stadt Köln einem neuen Verein beitreten? Damit soll nur weiter Bürokratie aufgebaut werden. Es gibt doch schon heute Aufgabenkritik. Hier soll es um ein „Netzwerk Innenstadt NRW“ gehen. Es stellt sich schon die Frage, warum wir mit Städten wie Bocholt einen Verein gründen sollen. Wir sind eine Metropole, die ihre ganz spezifischen Anliegen hat. Mit den hohen Beiträgen, die die Stadt Köln dann zu zahlen hätte, würden wir nur die anderen alimentieren. Man kann sich selbstverständlich austauschen, keine Frage; aber hier soll ein neuer Wasserkopf in der Verwaltung aufgebaut werden. Darum lehnen wir das ab.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich lasse jetzt über 10.16 abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.16 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen an den Stadtbahnanlagen im rechtsrheinischen Stadtgebiet
0856/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen? - Dann ist 10.17 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

10.18 Geplante Dienstreise des Ausschusses für Umwelt und Grün zur Bundesgartenschau nach Koblenz
0979/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.18 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

10.19 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Südbrücke
Instandsetzung der Fuß- und Radwege hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern
3177/2010

Abstimmung wie Verkehrs- und Finanzausschuss. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte, Herr Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns sehr, dass da endlich etwas passiert. Es wird auch allerhöchste Zeit. Aber das Prozedere ist kritikwürdig. Herr Möring hat ja eben schon angesprochen, dass solche Sachen zu lange dauern.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Brücke 1910 gebaut wurde und seit 2005 ein Prüfbefund der Bahn vorliegt, frage ich mich: Was ist denn in all den Jahren passiert? Wir alle wissen, wie die Brücke aussieht. Wir schreiben heute das Jahr 2011. Seit 2005 liegt der Prüfbefund vor, 2008 gab es dazu einen Ratsbeschluss, 2009 erfolgte ein Bauauftrag, und heute geben wir endlich das Signal zur Umsetzung. Das dauert einfach alles

10.26 Leitbild Köln 2020**Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht 2225/2010**

Das nehmen wir nur zur Kenntnis, es erfolgt keine Abstimmung.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

10.28 Gesetzliches Vorkaufsrecht gemäß § 36a Landschaftsgesetz 4959/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Die Linke enthält sich. Dann ist 10.28 mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 12:

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 75340/03

Arbeitstitel: Alte Burgstraße in Köln-Porz-Libur, 2. Änderung 0586/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Frau Bürgermeisterin, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass der Kollege Helge Schlieben an dieser Abstimmung nicht teilnimmt und den Ratssaal verlassen hat. Er kommt später wieder.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das nehmen wir so zu Protokoll. - Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer ist gegen 12.1? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 12.1 einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 14:

14 Erlass von Veränderungssperren

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld

Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld 0071/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 14.1 mehrheitlich angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 15 auf:

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu Tagesordnungspunkt 15.1:

15.1 Entwicklungskonzept Lindweiler 2212/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Dann ist 15.1 einstimmig angenommen.

Als Nächstes kommen wir zu Tagesordnungspunkt 17:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Antrag der SPD-Fraktion hier: Benennung einer Vertreterin für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Höfe AN/0645/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 17.1 einstimmig angenommen.

Ich übergebe die Sitzungsleitung jetzt wieder Herrn Oberbürgermeister Roters.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir setzen die Abstimmungen fort.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Besetzung des Unterausschusses Ganztage 0612/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Nicht der Fall. Also gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Neuwahl eines Mitglieds des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde durch vorzeitiges Ausscheiden gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Landschaftsgesetzes NRW (DVO-LG)
0925/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Wechsel im Unterausschuss Ganztage"
AN/0777/2011**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Schule und Weiterbildung"
AN/0778/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Antrag der FDP-Fraktion hier: Wechsel im Jugendhilfeausschuss
AN/0779/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 Antrag der Fraktion pro Köln hier: Umbesetzung Finanzausschuss
AN/0791/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Bei Enthaltung der Fraktion der Grünen und der Fraktion der Linken so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Antrag der Fraktion pro Köln hier: Benennung eines Mitglieds im Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB)
AN/0792/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diesen Personalvorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Enthaltungen von der SPD, den Grünen und der Linken. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 Antrag der Fraktion pro Köln hier: Benennung eines Mitglieds im Verwaltungsrat der Sparkasse Köln/Bonn
AN/0793/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Das muss natürlich richtigerweise heißen: in der Zweckverbandsversammlung. Da ist uns ein Bürofehler unterlaufen. Ich bitte jetzt mündlich korrigieren zu dürfen, dass es hierbei um unseren Sitz im Zweckverband geht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zur Entscheidung darüber. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Enthaltungen von der SPD, den Grünen und der Linken. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

**17.10 Antrag der CDU-Fraktion hier: Neuwahl eines Sachkundigen Einwohners für den Gesundheitsausschuss
AN/0797/2011**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Erhöhung der Eintrittspreise für Erwachsene im Ostermärchen und den normalen Kinderstücken ab der Spielzeit 2011/2012
0596/2011**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Es gibt keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer gegen diesen Vorschlag ist, bitte ich um das

